
Die Repräsentanten der entscheidenden Verfassungsorgane der Bundesrepublik bewegen sich deutlich spürbar auf ein NPD-Verbot zu. Innenminister Otto Schily hat die Initiative von Stoiber und Beckstein zurückerobert. Der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge ausgerechnet am Nationalfeiertag war eine allzu schmerzhaftige Provokation.

Niemand sollte so tun, als ob ein Verbot dieser kleinen rechtsradikalen Organisation ein Anschlag auf die prinzipielle Liberalität der Bundesrepublik wäre. Strategisch-taktisch spricht vieles gegen Parteiverbote. Mag schon sein, dass das Verbot »eher schadet«, wie der nordrhein-westfälische Innenminister vermutet. Ein entschlossener Staatsschutz bleibt trotzdem möglich. Nur darf der Symbolismus dieses Verbots die Deutschen nicht in falscher Sicherheit wiegen. Es geht nicht nur um 9000 rechtsradikale Gewalttäter im Umfeld der NPD, es geht um 10 oder 20 Millionen klammerheimlicher Sympathisanten von Fremdenfeindlichkeit, latentem Rassismus und Volksgemeinschaftsmystik. Kurt Lenk analysiert diese Problematik im Interview mit Norbert Seitz mit schonungsloser Klarheit.

Das November-Heft unserer Zeitschrift widmet sich im besonderen dem Thema »Kultur & Politik«. Die Regierung Schröder hat mit der Berufung eines Staatsministers für die kulturellen Aufgaben des Bundes gezeigt, dass man Jahrzehnte lange Stagnation durch eine einzige mutige Entscheidung aufbrechen kann. Michael Naumann, mit dem Michael Schmidt ein langes Gespräch geführt hat, hat schon viel bewegt. Er bewegt aber nicht nur Geld, er bündelt kulturpolitische Themen und entlarvt Scheindebatten. »Die Vorstellung«, so Naumann »dass der Bund schwarz-rot-goldene Kunst macht, ist ebenso absurd wie die

Vorstellung, dass Herr Dorn an den Münchner Kammerspielen weiß-blaues Theater macht«. Wohl wahr.

Scheindebatten entlarvt auch Martin Hiel-scher zum Thema Literaturbetrieb. Nicht jede Mc-Kinsey-Analyse von wirtschaftlich wackeligen Verlagen ist ein Anschlag auf den Geist. Wie sagt Egon Ammann, einer der erfolgreichsten Kleinverleger des deutschen Sprachraums? »Es gab doch einfach in allen Verlagen eine Überproduktion«. Ein schmales, gut durchdachtes, jedes einzelne Buch ernst nehmendes Programm bleibt erfolgversprechender als ein Mischmasch aus teuren Lizenzen, waghalsigen Spekulationen und mangelhaft betreuten Schnellschüssen. Kultur und Wirtschaftlichkeit, so unsere These, sind nicht naturnotwendig Gegensätze.

Wir verweisen im übrigen auf zwei provozierende Essays. Peter Becher, ein Protagonist der deutsch-tschechischen Freundschaft und Böhme deutscher Zunge, fragt die deutsche Linke, warum sie das Unrecht der Vertreibung so lange tabuisiert hat. Und Matthias Machnig, Bundesgeschäftsführer der SPD, begründet, warum seine Partei nur als Netzwerk eine Zukunft hat. Schade, dass der Vorstand der SPD dieses Konzept gerade ankratzt, indem er gegen die Öffnung zur Gesellschaft hin – zum Beispiel das Konzept »Zehn von außen« – Front machte.

PETER GLOTZ

Inhalt

Editorial



Prof. Kurt Lenk hält die rechtsextreme Gewalt für eine »Extremvariante der deutschen >Normalität<«.

Aktuelles

- 645 GESPRÄCH MIT KURT LENK
Rechtsextremismus in Deutschland – Ursachen, Motive, Konsequenzen
- 649 PETER BECHER
Die Linke und die Vertriebenen
- 653 KLAUS HARPPRECHT
**Die Glosse:
Über Plebiszite kein Europa**

Kontrovers

- 654 MATTHIAS MACHNIG
Auf dem Weg zur Netzwerkpartei
- 661 THOMAS MEYER
Zivile Gesellschaft und soziale Demokratie

Das Thema: Kultur & Politik

- 666 GESPRÄCH MIT MICHAEL NAUMANN
Kultur als bundespolitische Aufgabe
- 670 CHRISTINE LEMKE-MATWEY
Kulturbetrieb braucht Visionen
- 673 MICHAEL SCHMIDT
**Perspektiven des Kulturradios
in der Multimediazukunft**
- 676 MARTIN PIEPER
Dimensionen der Fernsehkultur
- 679 MARTIN HIELSCHER
Literaturbetrieb im Wandel
- 682 WOLFGANG SCHIRMACHER
Netzkultur

Berliner Facetten

Lokalitäten

686 HEP KREKEL

Die Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg

Die Reportage

689 ELKE SCHUBERT

Vor Ort gegen rechts

Berlin-Bücher

692 SONJA THRÄNERT

Christian Saehrendts »Berliner Jahre«

Kritik

694 JOACHIM RIECKER

**Michael Schweliens Versuch
am Aufstiegsphänomen Joschka**

696 JOHANO STRASSER

**Christian v. Ditfurths
alte Verfallsgeschichten**

697 NORBERT SEITZ

**Heinrich Potthoffs Bilanz
der Deutschlandpolitik**

700 HANS MARTIN LOHMANN

**Zeitschriftenforum:
Die schleichende Abdankung der Väter**

703 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

704 IMPRESSUM

Titelfoto: Staatsminister Michael Naumann, vor dem Alten Museum, Berlin-Mitte;
Foto von Dietmar Gust/images.de



Foto: © Klaus Kallabis

Das kritische Fischer-
Porträt von Michael
Schwelen (Foto) rezen-
siert Joachim Riecker.



Foto: Marcus Cloger/Joker

Stationen der Medienkunst.

GESPRÄCH MIT PROF. KURT LENK **Rechtsextremismus in Deutschland** – Ursachen, Motive, Konsequenzen

Der Erlanger Politologe Kurt Lenk hat sich seit Jahrzehnten in zahlreichen Veröffentlichungen mit dem Konservativismus und Rechtsextremismus in Deutschland auseinander gesetzt. Seine bekanntesten Bücher sind »Deutscher Konservatismus« (CAMPUS 1989) und »Rechts, wo die Mitte ist« (NOMOS 1994). Lenk wurde 1929 im deutsch-böhmischen Kaaden/CSR geboren und studierte u.a. bei Adorno, Horkheimer und Carlo Schmid in Frankfurt a. M. Er lehrte von 1966 bis 1972 in Erlangen und von 1972 bis zu seiner Emeritierung 1994 an der RWTH in Aachen.

Norbert Seitz sprach mit Kurt Lenk im Ostseebad Grömitz.

NG/FH: Herr Prof. Lenk, heute am 11. September ist Adornos 97. Geburtstag. Er war Ihr Lehrer in Frankfurt a. M. und hat 1966/67 den Einzug der NPD in die Landtage mit den Worten kommentiert, dass das Fortleben des Nationalsozialismus in diesem Staat – damit meinte er Figuren wie Kiesinger, Globke, Oberländer – viel schlimmer sei als das dezidiert gegen den Staat gerichtete Fortleben des Rechtsradikalismus in Gestalt der NPD. Auf die Situation heute scheint dieser Befund nicht mehr zuzutreffen, denn das Fortleben des Nationalsozialismus gegen den Staat ist für die Regierenden längst zum negativen Imagefaktor der Exportnation Deutschland geworden.

Kurt Lenk: In der Tat. Seit Adorno sind entscheidende Veränderungen eingetreten. Damals war die Deutsche Einheit noch nicht absehbar, die mit den Besonderheiten der heutigen Erscheinungsformen und Aggregatzuständen rechtsextremer Bewegungen sehr eng zusammenhängt, was vor allem die

Gewaltförmigkeit betrifft. Es ist ja kein Zufall, dass die ersten spektakulären Gewaltphänomene 1991/92 gewesen sind – denken Sie nur an Hoyerswerda oder Solingen. Heute muss man leider feststellen, dass rechtsextreme Gewalttaten längst zur Extremvariante der deutschen »Normalität« gehören. Insofern ist es eigentlich verwunderlich, dass erst mit der spektakulären Bombe von Düsseldorf dieses Skandalon ins allgemeine Bewusstsein getreten ist.

NG/FH: Rechtsextremismus avancierte zum Sommerloch-Thema, weshalb ja auch die Ernsthaftigkeit und Effektivität bei der Aufarbeitung in Zweifel gezogen wird. Für wie aussichtsreich halten Sie denn die ziemlich aufgeregte Bekämpfungsstrategie, ein NPD-Verbot anzustrengen und das Versammlungsrecht in Berlin an bestimmten historischen Plätzen einzuschränken? Müssen wir wieder mit »Sonderstrafatbeständen« rechnen wie damals im Kampf gegen die RAF?

Lenk: Es ist ja nichts Neues, dass bei spektakulären Ereignissen gleich der Knüppel herausgeholt wird. Natürlich hätte ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht eine gewisse symbolische Bedeutung, weil dadurch Mitläufer abgeschreckt werden könnten. Aber es hat sich auch gezeigt, dass zwischen 1992 und 1998 Funktionäre von fünfzehn verbotenen rechtsextremen Organisationen danach noch in der NPD erneut Karriere machen konnten. Die langfristigen Einstellungspotenziale, aus denen der Rechtsextremismus entsteht, auch die Gewaltbereitschaft der unorganisierten Gruppierungen wie der Kameradschaften ließ sich dadurch überhaupt nicht abschrecken. Was ferner gegen ein Verbot spricht, ist die lange Frist zwischen der Antragstellung bis zum Urteil. Hier erhält eine inkrimierte Partei natürlich ausreichend Gelegenheit, sich zu frisieren und sich allmählich verfassungsfreundlicher darzustellen. Ich halte es mehr mit einer langfristigen Prävention. Dazu gehört etwa eine Neubesinnung auf den fort-

währenden Skandal der Jugendarbeitslosigkeit und ihre Konsequenzen. Die politische Bildung im weitesten Sinne braucht zudem eine gründliche Orientierung.

NG/FH: erinnert die derzeitige Bekämpfungsstrategie nicht doch ein wenig an die völlig zum Scheitern verurteilten Weimarer »Republikschutzgesetze«, mit denen man fehlendes republikanisches Bewusstsein glaubte kompensieren zu können?

Lenk: Jede Einschränkung der Grundrechte ist kontraproduktiv, wirkt sich möglicherweise als Bumerang gegen die aus, die, oft in bester Absicht, den Rechtsextremismus bekämpfen wollen. Zugegebenermaßen befindet sich der Rechtsstaat dabei in einer schwierigen Situation. Er muss einerseits alles tun, um keine Schutzgarantie für seine erklärten Feinde zu bieten. Auf der anderen Seite muss er sehen, dass er sich nicht im Sinne eines Bumerang-Effekts selber das Wasser abgräbt, das er zu seiner eigenen Lebendigkeit nötig hat.

NG/FH: Lassen Sie uns auf die Ursachen, Motive des Rechtsextremismus eingehen. Ist er zum Beispiel ein ostspezifisches Phänomen, das mit der strukturellen Ungleichheit nach der Neuvereinigung zu tun hat. Selbst ostdeutsche Politiker wie Reinhard Höppner geben unumwunden zu, dass es eine dumpfe Stammtischakzeptanz oder stille Permissivität gegenüber den Untaten der Rechtsextremisten gibt. Sie werden gern als verständliche Konsequenz von perspektivlosen Jugendlichen im übervorteilten Osten verniedlicht.

Lenk: Es gibt in den neuen Ländern seit langem einen latenten Rassismus. Die mangelnde Erfahrung mit Ausländern und die staatsautoritär gepflegte Form des Antifaschismus in der alten DDR wirken sich hier aus. Dass wir noch immer in einem geteilten Land leben, beweisen zum Beispiel Untersuchungen über das höchst unterschiedliche Lese- und Fernsehverhalten in Ost und West. Zudem gilt für die NPD, dass sie in den Westländern weitgehend nur ein unattraktiver Altherrenverein ist, während sie es vor allem



Prof. Kurt Lenk beobachtet seit Jahren die Bewegungen in der rechten Szene.

in Sachsen, Thüringen und in Brandenburg geschafft hat, eine Art Jugendbewegung zu werden mit eigener Subkultur in Gestalt von »Jungen Nationaldemokraten« nebst Schlägertruppen wie Skinheads und so genannten Kameradschaften. Die Erscheinungsformen und der Aggregatzustand des Rechtsextremismus in den östlichen Ländern sind in der Tat vom Westen verschieden.

Dennoch wäre es grundfalsch, das Problem des Rechtsextremismus als ein regionales oder gar bloßes Jugendproblem zu behandeln. Es waren ja westdeutsche Hauptlinge, die im Osten ihre Gefolgschaft fanden, der *Input* für die Ideologien, Propaganda und Parolen kam im Wesentlichen aus dem Westen, wobei natürlich nicht zu leugnen ist, dass es seinerzeit einen als kriminell geltenden Rechtsextremismus in der DDR gab. Seit Anfang der sechziger Jahre ist es immer wieder zu – allerdings örtlich begrenzten – Übergriffen gekommen, die dort aber nur als kriminelle Strafdelikte und nicht als politische Phänomene wahrgenommen wurden.

NG/FH: Betrachten wir den Rechtsextremismus als weltanschauliches Syndrom. Wie würden Sie die generationsübergreifenden ideologischen Konstanten definieren?

Lenk: Es gibt viele Ansätze, um zu definieren, was eigentlich rechtsextrem ist. Man könnte eine Merkmalskette des Rechtsextremismus aufzeigen, die es erlaubt, wie ein Parameter den Aggregatzustand zu messen. Das zentrale Motiv ist das *Dogma der Ungleichheit*, wonach die Menschen von Haus aus ungleich und vor allem ungleichwertig sind, was zum Ethnozentrismus und zur Ablehnung alles Fremden, Farbigen usf. führt. Zweitens wäre das *Führer-Gefolgschaftsprinzip* zu nennen, wonach die autoritäre Führung als einzig akzeptable Form der politischen Organisation gilt. Dazu kommt die Tendenz der *Homogenisierung des Volkes*, alles gleich und »arisch« zu machen. Dahinter verbirgt sich ein metaphysisch aufgeladener Volksbegriff, der sich genauso wenig wie der Begriff des »Reiches« übersetzen lässt. Alles das Genannte gibt es natürlich in manchen Spielformen des Konservatismus auch. Die *differentia specifica* ist die Frage der Gewalt. An der Gewaltbereitschaft entscheidet sich der Zugang zum Rechtsextremismus im engeren Sinne.

NG/FH: Wie steht es um das intellektuelle Umfeld dieses gewaltbereiten Rechtsextremismus?

Lenk: Wenn man sich mal die Feuilletons der rechtsextremen Presse ansieht, dann stößt man immer wieder auf Kernbegriffe, mit denen operiert wird. Zum Beispiel *Schicksal*. Schicksal ist der Kontrabegriff gegen Geschichte. Damit ist ein schlechthinniges Ausgeliefertsein des Menschen gemeint, etwa sich zum Volk zu bekennen. Das Zweite wäre ein *apokalyptisches* Moment, wonach entweder die Entwicklung nach rechtsextremer Programmatik zu verlaufen hat oder der Untergang Deutschlands bevorsteht. Dahinter verbirgt sich ein ebenso dezisionistisches wie voluntaristisches Denken, dass wir nur zu wollen oder aufzustehen brauchen, um uns

der Umerziehung nach dem Kriege durch die Alliierten und der Bevormundung durch eine »linksliberale Mafia« usf. zu entledigen. Hier wird permanent ein Bedrohungsgefühl erzeugt, um die Adressaten mobil zu machen. Die Agitation der Rechtsextremen findet rund um die Uhr statt, es gibt kein Halten. Daraus entsteht ihr Aktionismus und heute verstärkt die Militanz.

Ein weiteres wichtiges Moment in den Originalbeiträgen der rechtsextremen Protagonisten ist die *Pose des Märtyrers*: Wir sagen die Wahrheit, und was bekommen wir? Nur Schläge und Prügel! Das Pendant zu diesem Märtyrer-Syndrom ist die Erzeugung eines *kollektiven Bösen*. Dahinter steht die Empfindung, dass die Deutschen, die ökonomisch so potent sind, politisch Zwerge geblieben seien.

NG/FH: Lassen Sie uns einen Blick auf die rechtsextreme Szene insgesamt werfen. Das Spektrum reicht von der recht erfolgreichen DVU als Phantom- und Postkartenpartei des Millionärs Gerhard Frey, daneben die konkretistische NPD, die in xenophoben Wohnbezirken im Osten Patrouille fahren lässt, schließlich die grauen Relikte von Schönhubers teilweise verbeamteten REPUBLIKANERN.

Lenk: Moment, das Spektrum wäre noch zu erweitern durch die »Kameradschaften«, lokalen Vereinigungen und vielfältigen Männerbünde. Hier ist eine Palette des Angebots, die gleichsam nach der bekannten Devise verfährt: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Die DVU hat sich offenbar einen Seriositätsschub verordnet, um nicht auch nur im Entferntesten in die Nähe der ausländerfeindlichen Exzesse zu gelangen. Erst jüngst leistete sich Herr Frey die Absurdität, zu verkünden, seine DVU sei schon immer der Auffassung gewesen, dass wir in der besten aller möglichen Demokratien lebten. Dass die REPUBLIKANER auch honorig den rechten Flügel der Union besiedeln könnten, zeigt zudem, wie bunt und vielgestaltig das rechte Arsenal seit der Deutschen Einheit geworden ist. Dies gilt im Übrigen auch für die neurechten Diskurse in ihrer



Gespräch in Grömitz an der Ostsee:

»Es gibt in den neuen Ländern seit Jahren einen latenten Rassismus.«

»modernsten« Form. Ich denke da vor allem an die beiden Organe DEUTSCHE STIMME und OPPOSITION. Diese Buntheit ist die Stärke des Rechtsextremismus, so dass man kaum sagen kann »Verbietet die NPD und dann ist Ruhe«. Diese Erwartung wäre fatal.

NG/FH: Verweilen wir bei der Presse-landschaft der konservativen bis rechten Intelligenz. Wie verhält sich eigentlich die JUNGE FREIHEIT gegenüber dem rechtsextremen Gewaltpotenzial im Osten?

Lenk: Sie will explizit damit nichts zu tun haben, hält es offenbar für den »Nationalismus der dummen Kerls«. Sie distanziert sich verbal von den Gewalttaten, verhält sich aber auf der anderen Seite ein bisschen wie seinerzeit Heinrich von Treitschke gegenüber den antisemitischen Ausschreitungen in der Gründerzeit des Kaiserreiches, als er schrieb, zwar lehne er die Form dieser gewaltsamen Taten ab, man dürfe freilich nicht vergessen, dass es eine nur zu berechnete dumpfe Wut im Volk gebe, die zu solchen Exzessen führe. Hier wird Gewalt gerechtfertigt, trotz verbaler Distanzierung.

Es raschelt derzeit heftig im rechten Blätterwald. Zum Beispiel kann man lesen, die NPD werde jetzt zerschlagen, weil sie allmählich die Hegemonie im rechten Lager gewonnen und sich als die eigentliche Avantgarde eines neuen Deutschen Reiches exponiert habe. Andererseits wird wieder das Gerede von der so genannten Faschismuskule bemüht, die die fremdbestimmten Medien gegen die deutsche Wahrheitspresse schwingen. Liest man die rechtsextreme Presse, so spielen die Gewaltexzesse gar keine Rolle mehr, weil sie nicht in die Politik, sondern in die Abteilung Pathologie gehörten. Gleichzeitig wird vor der Vorstellung gewarnt, eine Bewegung im deutschen Volk auf »diese wenigen« spektakulären Fälle zu reduzieren. Schließlich sei es ein legitimes Grundbedürfnis des deutschen Volkes, sich zu wehren gegen jede »Überfremdung«.

NG/FH: Kann man denn immer noch von einem Boom von Blättern der rechten Intelligenz sprechen, für den einst Zeitschriften wie MUT, STAATSBRIEFE, WIR SELBST oder die

JUNGE FREIHEIT standen? Läuft jene Intelligenz nicht Gefahr, über die rechten Gewaltexzesse eher bedeutungslos zu werden?

Lenk: Das glaube ich nicht. Ein Niedergang der neurechten Presse ist nicht festzustellen. Eher findet eine Streuung statt. In der Diskussion um die Rede Martin Walsers hat man ja sehen können, wie Motive, die ursprünglich in der Rechtspresse *en vogue* waren, durchaus einen gewissen Normalitätszuwachs erfahren können. Es streut also und geht nicht zurück.

NG/FH: Es fällt auf, dass in der rechten Szene immer mehr frühere Aktivisten von links aufkreuzen. Dabei spielt der ehemalige RAF-Anwalt Horst Mahler eine besonders schändliche Rolle, gilt er doch mittlerweile als der radikalste antisemitische Agitator in Deutschland, der öffentlich Positionen aus Hitlers *Mein Kampf* vertritt. Womit hat dieses Konvertitentum, so es denn überhaupt eines ist, zu tun, – mit einer eher infantilen Affinität zur permanenten Bewegung, einer ewigen Kampfstellung gegen das jeweilige Establishment, einem regressiven Antiamerikanismus, womit?

Lenk: Ich glaube nicht, dass Mahler der Einzige ist. Er ist nur einer, der weiß, wie man die Medien bedient. Für mich sind solche Figuren weniger im Blick darauf interessant, was sie selber von sich geben, sondern was sie in der Öffentlichkeit erregen. Die Tatsache, dass er Eingang findet in verschiedene Diskussionskreise, erscheint für mich als Politikum wichtiger als das, was aus seiner merkwürdigen Psychologie stammt. Es gibt solche Agitatoren heute in verschiedenen Temperaturlagen. Denn das Angebot von Seiten einer Linken, die einmal auf sich hielt, theoretisch informiert zu argumentieren, ist ja ziemlich schmal geworden. In dieses Vakuum tritt in der Tat ein Teil der intellektuellen Rechten. Ich erinnere mich zum Beispiel, dass zur Zeit Gorbatschows in der JUNGEN FREIHEIT eine knappe Analyse des Vorgangs der Transformation der Sowjetunion erschien, die mir mit Carl Schmittschen Kategorien plausibler

vorkam als vieles, was an vagen Hoffnungen mit dem Phänomen *Glasnost* verbunden worden ist.

NG/FH: Wie diskutiert man mit solchen Leuten?

Lenk: Man muss aufpassen, dass man die politische Stoßrichtung rechtsextremer Argumente nicht mehr ernst nimmt. Es kommt vor allem darauf an, offensiv zu argumentieren, nicht nur die Abweichung von irgend einem »Normalitätsbefund« festzustellen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es gar nicht erfolglos ist, wenn man in Diskussionen mit Rechten vor einem interessierten Publikum die schlichte Frage stellt: »Gesetzt den Fall, sie hätten das Sagen in Berlin, was würden sie denn machen?« Dann kommt nämlich meistens die erbärmliche Antwort: »Ich bin froh, dass ich das nicht muss!« Wenn sie aber programmatisch antworten – mit Grenzschießung, Zurückeroberung der alten Ostgebiete usw. – verfangen sie sich meist in ihrem ganzen Wahn. Das heißt, man muss solche Leute ganz konkret stellen und darf nicht auf der Ebene einer magischen Spekulation im Trüben fischen. Erst wenn es konkret wird, kommt das Politikum in seiner Absurdität zum Vorschein.

NG/FH: Herr Prof. Lenk, wir danken Ihnen für das Gespräch.

PETER BECHER Die deutsche Linke und die Vertriebenen

Seit der Vertreibung der Kosovo-Albaner wächst die Bereitschaft, das Schicksal der deutschen Vertriebenen im Zusammenhang anderer Vertreibungen zu würdigen und nicht mehr allein im Kontext der ns-Vergangenheit zu sehen. Das war jahrzehntelang undenkbar. Wer an ihr Leid erinnerte, sah sich dem Generalverdacht ausgesetzt, revanchistische oder gar neonazistische Standpunkte zu vertreten. Und wer diesen Ver-

dacht als Vorurteil bezeichnete, wurde auf Fernsbilder verwiesen, die Jahr für Jahr zu Pfingsten die aktuelle Bestätigung brachten: Trachten, Fahnen, Wappen und empörte Politikerreden. Nicht kritische Fragen, sondern plakative Urteile bestimmten den Umgang mit den Vertriebenen, Geringschätzung und Ablehnung prägten den Tonfall.

Es war direkt eine Offenbarung, als Antje Vollmer bei einer Podiumsdiskussion im November 1995 den Mangel an Mitgefühl für das Schicksal der deutschen Vertriebenen als Defizit der Linken einräumte. Auch andere Politiker wurden im Laufe der 90er Jahre nachdenklich. Plötzlich nahmen sie zur Kenntnis, dass polnische und tschechische Intellektuelle die Einrichtungen der Vertriebenen keineswegs pauschal ablehnten, sondern auch als Bewahrer mitteleuropäischer Kulturlandschaften achteten, für die in Deutschland, zumal in Westdeutschland, kaum noch jemand sehr viel Verständnis aufbrachte.

Darin scheint mir ein besonderes Dilemma der Linken zu liegen. Sie ist so stark auf ein Muster der Konfrontation fixiert, dass sie mit einem Wort wie Schlesien nicht etwa eine reiche alte europäische Kulturlandschaft assoziiert, sondern lediglich den Bohnerwachsgeruch biederer Heimatstuben, in denen Trachtenpuppen stehen und chauvinistische Schriften aufliegen.

Erst die Epoche machende Wende von 1989/90 löste das Muster der Konfrontation durch das Muster der Integration ab. Seitdem ist es nicht mehr der Ost-West-Konflikt, der die Rahmenbedingungen stellt, sondern die große Aufgabe der europäischen Integration, seitdem erleben wir einen Prozess des Umdenkens und Neuformulierens. Dieser Prozess ist ebenso spannungsgeladen wie spannend, er ist noch lange nicht beendet und mutet allen zu, lieb gewonnene Sichtweisen und Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen.

Der Eindruck drängt sich auf, dass die Gebildeten unserer östlichen Nachbarstaaten in diesem Sinne weitaus europäischer den-

ken als die deutschen, und dass innerhalb von Deutschland die Gebildeten der östlichen Bundesländer ebenfalls ein ganz anderes Empfinden für gesamteuropäische Zusammenhänge haben als die der westlichen Bundesländer. Was die deutsche Kultur den mittel- und osteuropäischen Regionen verdankt, scheint hier weitgehend aus dem Bewusstsein getilgt oder auf eine abstrakte Reihe von Namen reduziert zu sein.

Linkes Vertriebenenklischee à la Mussolini

Ein Hauptproblem scheint mir dabei darin zu bestehen, dass viele Linke eine ausgesprochen diffuse Vorstellung von den Vertriebenen haben. Diese verschwimmen für sie zu einer unstrukturierten Masse, die von chauvinistischen Funktionären geführt wird, sozusagen von Mussolinis und Francos im Taschenformat. Die Vertriebenen gliedern sich in ganz unterschiedliche politische Gruppen, von betont nationalen bis zu sozialdemokratischen und grünen. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten zum Beispiel bauen auf einer Tradition, die bis zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in der Donaumonarchie zurückreicht. Sie waren es, die den reichsdeutschen Sozialdemokraten nach dem Machtantritt Hitlers in Prag und in vielen Städten des Sudetenlands eine erste Heimstatt des Exils und eine geradezu ideale Infrastruktur für die Widerstandsarbeit geboten haben. Sie waren es auch, die bis zuletzt für den Erhalt der Tschechoslowakei gekämpft und diesen Einsatz in vielen Fällen mit KZ-Haft und Exil gebüßt haben. Sie waren es schließlich, die nach Kriegsende in einem Land wie Bayern die neue Sozialdemokratie mit aufgebaut und bis zum Landesvorsitzenden und Oppositionsführer im Landtag wesentliche Positionen eingenommen haben. Das Schicksal der Vertreibung und Aussiedlung ist ihnen ebenso wenig erspart geblieben wie den anderen Vertriebenen. Deshalb haben auch sie stets für die Ächtung aller Vertreibungen plädiert und das Junktim abgelehnt, das den Hinweis auf das Leid der

deutschen Vertriebenen als Verharmlosung der ns-Verbrechen denunziert.

Neben den politischen Gruppen der Vertriebenen gibt es eine Vielzahl von kulturellen Einrichtungen. So zum Beispiel das Nordostdeutsche, das Schlesische und das Südostdeutsche Kulturwerk. Diese Einrichtungen zählten zu den ersten, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Künstlern aus Ländern wie Polen, Ungarn und Rumänien suchten. Unter dem Etikett der »Vertriebenenkultur« hat sich auf diese Weise ein europäisches Potenzial entwickelt, das Altlinken und Altnationalen gleichermaßen unverständlich bleibt. Den Altnationalen, weil sie in dem Brückenschlag den Verlust nationaler Identität sehen, den Altlinken, weil sie darin eine kulturelle Kaschierung nationaler Ansprüche wittern.

Auch bei dem Seminar des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft über *Vertriebene im linken Diskurs*, das am 1. April 2000 in Erfurt stattfand, zeigte sich, dass einige Vertreter der pds noch ganz im Stil des alten Konfrontationsmusters ein negatives Bild der Vertriebenen zeichneten, für das sie einschlägige Zitate anführten. Mit einer unter dem Gesichtspunkt der Bestätigung ausgewählten Reihe von Zitaten lässt sich jedoch nahezu alles beweisen oder auch widerlegen. Für entscheidend halte ich nicht die Existenz solcher Zitate, sondern die Frage, welchen Stellenwert sie haben. Ob sie tatsächlich repräsentativ für die Vertriebenen sind, ob es nicht auch ganz andere Zitate gibt und schließlich, welche Rolle die Gruppe in dem Jahrzehnt seit der Wende von 1989/90 gespielt hat, aus deren Kontext ein Zitat stammt. Genau diese Fragen wurden in Erfurt nicht gestellt. So waren den Teilnehmern die *Brannenburger Thesen* der sudeten-deutschen Seliger-Gemeinde ebenso unbekannt wie der seit 1994 verliehene »Kunstpreis zur deutsch-tschechischen Verständigung« oder das Wirken der Ackermann-Gemeinde in der Tschechischen Repu-

blik. Zeitweise hatte ich den Eindruck, das Bild der Vertriebenen stammte aus den 60er Jahren, angereichert lediglich um eine selektive Auswahl jüngerer Äußerungen.

Es sei nicht verschwiegen, dass mir das Auftreten der bdv-Mitglieder in Erfurt ebenso einseitig vorgekommen ist. Auch sie schienen mir ganz dem Muster der Konfrontation verpflichtet zu sein und den Paradigmenwechsel von 1989/90 noch nicht verarbeitet zu haben. Wie überfällig ein neues Verständnis auch hier ist, lässt sich am besten zeigen, wenn man den außen- und innenpolitischen Kontextwandel beachtet, in dem sich die Vertriebenenpolitik der vergangenen 50 Jahre vollzogen hat.

Kein Konzept für die neue Situation

Dazu ein kleiner Rückblick: Der innenpolitische Kontext prägte die Entwicklung der Verbände als Bestandteil der westdeutschen Gesellschaft und Geschichte. Dabei lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden. Auf die *existenzielle* Phase der ersten Nachkriegsjahre schloss sich die *integrative* Phase der fünfziger und sechziger Jahre an, in der die Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft vollzogen wurde. In den 70er und 80er Jahren traten vorgetragene Ziele und tatsächliches Verhalten der Vertriebenen immer deutlicher auseinander, so dass man von einer zunehmend *ideologischen* Phase sprechen muss. Seit 1990 befinden sich ihre politischen Verbände in einer *anachronistischen* Phase, welche durch eine anhaltende Konzeptlosigkeit gegenüber der neuen Situation gekennzeichnet ist. Ansatzweise in der ersten, vor allem dann aber in der zweiten Phase haben die Vertriebenenpolitiker einen spezifischen Code entwickelt, der Schicksalsbewältigung, Identitätswahrung, Integration und Zukunftserwartung in ein ausgewogenes Verhältnis brachte. Das war die große Leistung ihrer führenden Repräsentanten.

Die Vertriebenen schufen und erhielten auf diese Weise eine Binnengesellschaft.



Aufbruch zu neuen Ufern? Kanzler Schröder beim Bund der Heimatvertriebenen. An seiner Seite BdV-Präsidentin Erika Steinbach.

Umgekehrt wurden ihre politischen und ökonomischen Kräfte zum Nutzen der Gesamtgesellschaft organisiert und kanalisiert. Spätestens als man erkannte, dass sie nicht nur als zusätzliche Esser die einheimische Bevölkerung belasteten, sondern mit ihrer Arbeitskraft und ihren Fachkenntnissen bestens geeignet waren, den wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern, wendete sich das Blatt. Wirtschaftlich gesehen waren die Vertriebenen die ersten Gastarbeiter, die noch dazu den Vorteil hatten, dass sie auf Grund der gleichen Sprache und Kultur geradezu problemlos assimiliert werden konnten. Höhepunkt dieses Zusammenspiels war die Mitte der 60er Jahre.

Danach begannen sich Leitvorstellungen und Entwicklungen immer weniger zu decken, bedingt durch eine Reihe von Faktoren, zu denen der wirtschaftliche Erfolg und die beruflichen und familiären Bindungen der neuen Heimatwelt ebenso zählten wie die Funktionalisierung der Vertriebenenverbände durch die rechten Parteien und das

weit gehende Ausbleiben der nächsten Generationen. All dies zeichnete sich in den 70er und 80er Jahren immer deutlicher ab und liegt seit der Wende unüberschbar zu Tage.

Auch im außenpolitischen Bezugssystem des Kalten Krieges hatten die Vertriebenen eine besondere Rolle zu spielen. In der Auseinandersetzung mit dem Osten waren sie eine der Trumpfkarten des Westens, welche eine moralische Vorderseite (Unmenschlichkeit der Vertreibung) und eine machtpolitische Rückseite (Gebiets- und Restitutionsansprüche) besaß. Der Gegensatz zwischen innenpolitischer Mitleidlosigkeit gegenüber dem Schicksal der Vertreibung und ihrer außenpolitischen Instrumentalisierung prägte dabei das öffentliche Bild der Vertriebenen ebenso wie das Selbstverständnis ihrer Politiker, deren schwierigste Aufgabe darin bestand, das Spannungsverhältnis zwischen Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft und Aufrechterhaltung ihrer Identität zu bewältigen.

Die Wende von 1989/90 setzte innen- wie außenpolitisch eine unüberschbare

Zäsur. Nun entstand ein neuer Kontext, der die alten Leitvorstellungen außer Kraft setzt, auch wenn sich deren Vertreter durch die Euphorie der ersten Monate bestätigt fühlen.

Während also eine nicht unerhebliche Zahl von deutschen Politikern und Vertriebenenfunktionären auf spiegelbildliche Weise der Zeit vor 1990 verhaftet bleibt, bemühen sich andere, zumeist kleine Gruppen schon seit Jahren Selbstverständnis und Ziele im Sinne der europäischen Integration neu zu formulieren. Insbesondere bemühen sie sich, das selektive Geschichtsbild durch ein komplexes zu ersetzen und die böhmische und polnische Vergangenheit nicht mehr als nationale, sondern als mehrkulturelle Geschichte darzustellen. Sie sehen sich selbst nicht mehr ausschließlich als Opfer, sondern gestehen auch ihre Täterrolle ein, und sie zeichnen die anderen nicht mehr nur als Täter, sondern als Menschen, unter denen es viele Opfer und manchmal sogar helfende Hände gab. Sie gehen nicht mehr davon aus, dass allein die anderen etwas gut zu machen haben, sondern dass dies beide leisten müssen. Sie wissen, dass eine Lösung nicht mit der Durchsetzung eigener Forderungen, sondern mit der Erarbeitung von Kompromissen verbunden ist. Und sie geben sich selbst nicht mehr als Inhaber der Wahrheit aus, sondern achten diese als anzustrebenden Wert, den niemand von vorneherein besitzt.

Unter den Vertriebenen setzen sich die Vertreter des neuen Paradigmas nicht mehr für die Rückkehr ihrer Volksgruppen ein, deren größter Teil sich längst assimiliert hat, sondern für die großzügige Ausstattung der Minderheitenrechte der Deutschen in den Nachbarstaaten, nicht mehr für die Wiederinbesitznahme alter Heimat Erde, sondern für die Verbesserung der kulturellen und ökologischen Infrastruktur der Regionen, nicht mehr für die Restitution der enteigneten Güter, sondern für eine symbolische Wiedergutmachung, welche die seelischen Wunden heilt.

KLAUS HARPPRECHT

Die Glosse:

Über Plebiszite kein Europa

Der Trommelbube aus Kärnten, der sich mit seiner Enthaltensamkeit von den Wiener Regierungsgeschäften und der formellen Verantwortung für seine Partei so bauernschlau die Freiheit gesichert hat, auf den Ressentiments seiner Landsleute herumzuschlegeln: Der Volkstribun Haider will die Zustimmung Österreichs zu einer Erweiterung der Europäischen Union von einem Referendum abhängig machen. Wenn es so kommen sollte, dann dürfen sich die Tschechen und die Polen, die Ungarn, womöglich auch die Slowenen auf eine lange Wartezeit einrichten, denn es müsste ein Wunder geschehen, wenn sich die Majorität unserer süd-östlichen Vettern dazu bereit fände, ihren Nachbarn Tür und Tor zu dem Brüsseler Paradies zu öffnen, von dem sie inzwischen voller Verbitterung feststellten, dass es keines ist: gewiss nicht jenes, das sie sich selber – und niemand sonst – bei ihrem Eintritt versprochen hatten. Auch wenn die Cousins und Cousinen in Prag und Umgebung ihre gesamten Sippen in Wien mobilisierten: es würde für eine Mehrheit nicht reichen, zumal sich manche der Bürger, angefangen mit dem unvergesslichen Waldheim, keinesfalls daran erinnern wollen, dass sie die Enkelinnen und Enkel einstiger k.u.k.-Untertanen böhmischer und mährischer (oder slowenischer) Herkunft sind (was übrigens für die Deutschen polnischen Ursprungs, ob in Berlin oder im Ruhrgebiet, nicht weniger zutrifft).

Es war so sicher wie das Amen in der Kirche, dass sich die CSU der Anregung aus Klagenfurt nicht verschließen würde. Günter Verheugen, der Europa-Kommissar, erntete denn auch den prasselnden Beifall der Rechten, als er in einem Anfall partieller Umnachtung – der ihm hernach eher peinlich war – die Idee einer Volksabstimmung über die Osterweiterung gutieß. Indes, die Gefahr ist noch nicht gebannt. Jacques Chirac verkündete, von dem blamablen Ergebnis des Referendums über die Verkür-

zung der Amtszeit des Präsidenten unangefochten, dass er künftig das Volk öfter zu einem Votum aufrufen wolle. Die Republik, so pfeift es in Paris von allen Dächern der prangenden Staatsresidenzen, soll »demokratischer« werden – und wir alle fordern seit langem mit Stenorstimmen ein »bürgernahes Europa«.

Weiß man, ob der Hausherr im Elysée-Palais nicht um das Urteil seiner Kompatrioten bittet, ehe er den französischen Bauern, diesen heiligen Kampfkühen der Nation, zumuten wird, ihre Subventionen künftig mit dem Agrarvolk der Polen zu teilen? Und wie würden die Franzosen (oder die Deutschen) reagieren, wenn sie zu entscheiden hätten, ob ihre Nationalstaaten – die eher heilige Stiere der stampfenden Art sind – weitere Souveränitätsrechte an die über-staatliche Gemeinschaft abgeben sollen? Der Vertrag von Maastricht, den Mitterrand dem Volk zur Disposition gestellt hat, fand mit knapper Not eine zustimmende Mehrheit. In Deutschland wäre ihm vermutlich ein böses Geschick beschieden gewesen. Den EURO, der trotz seiner vermeintlichen Schwäche eine der großen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts ist (was inzwischen auch die Amerikaner begriffen), hätten unsere Landsleute kaum akzeptiert, wenn sie gefragt worden wären. (Die querköpfigen Dänen stimmten mit Nein, weil sie wissen, dass sie der Währungsunion später beitreten können – zum Beispiel mit den Briten, wenn deren Zeit gekommen ist.)

In einem Satz: Die EUROPÄISCHE UNION wäre niemals geschaffen worden, hätten wir uns auf zu viele Experimente mit der »direkten Demokratie« eingelassen, die plötzlich so attraktiv zu sein scheint. Sie mag für die Gemeinden, vielleicht auch für die Länder gut sein. Das Geheimnis einer lebensfähigen Demokratie aber ist, dass die großen Entscheidungen den frei gewählten Vertretern des Volkes anvertraut bleiben: Die Gründerväter der Bundesrepublik waren sich dessen sicher. Eine »Volksdemokratie«, gleichviel welcher Farbe, wollten sie nicht.

Kontrovers

MATTHIAS MACHNIG

Auf dem Weg zur Netzwerkpartei

Reformern in der SPD wird gelegentlich der Vorwurf der Geschichtsvergessenheit gemacht, verbunden mit der Warnung davor, mit bewährten Traditionen zu brechen. Dabei können sich gerade diejenigen, die der SPD eine Erneuerung empfehlen, mit gutem Grund auf die lange Geschichte der Partei berufen. Denn die SPD hat sich nie durch Unbeweglichkeit ausgezeichnet.

Nun steht die Partei erneut vor der Aufgabe, politisch und organisatorisch auf die Entwicklungen der Informations- und Wissensgesellschaft zu reagieren. Die Anforderungen an die Reform der Parteiorganisation sind klar zu benennen, sie ergeben sich aus dem Strukturwandel der letzten Jahrzehnte. Er fordert von einer Partei ein Bündel von Kompetenzen:

Erstens: Die Individualisierung von Lebensläufen, die Vielfalt neuer Lebensstile und die damit verbundene Lösung alter Partei-bindungen stellen ganz neue Anforderungen an die Dialogkompetenz der SPD. Sie kann Unterstützung nur noch durch Moderation von Konflikten und Diskursorientierung erreichen. Nur so ist die Bindewirkung von Politik zu verbessern.

Zweitens: Politik wird von den Bürgern fast ausschließlich über den Filter der Medien wahrgenommen. Die SPD muss deshalb ihre Kommunikationskompetenz weiterentwickeln, also ihre Fähigkeit, Personen und Symbole für die Verbreitung von Ideen und Werten zu nutzen.

Drittens: In der Mitte der Gesellschaft orientieren sich immer mehr Wähler an der Plausibilität von Konzepten und den Ergebnissen politischen Handelns. Gleichzeitig hat sich das Tempo, mit dem neue Problemlagen entstehen, erheblich beschleunigt. Das ist

eine Herausforderung an die Programm- und Handlungskompetenz der SPD, d. h. an ihre Fähigkeit, in zentralen Politikfeldern neue Optionen und Chancen aufnehmen, Korridore für deren Realisierung aufzeigen und sie konsequent in Regierungshandeln umzusetzen.

Viertens: In der Wissensgesellschaft können Organisationen nicht mehr alle notwendigen Kompetenzen zur Lösung wechselnder Probleme vorrätig halten. Das gilt für Unternehmen ebenso wie für Parteien. Als lernende Organisationen müssen sie Netzwerke als Form strategischer Kooperation knüpfen, um schnell auf wechselnde Anforderungen reagieren zu können. Die Fähigkeit, Kompetenznetzwerke zu knüpfen und damit gesellschaftliche Veränderungen in organisatorischen und institutionellen Strukturen abzubilden, ist das zentrale Erfordernis der Organisationskompetenz einer modernen Partei.

Die neue Gesellschaft unterscheidet sich von der Industriegesellschaft durch die Flexibilität ihrer Austauschbeziehungen und durch das Tempo der permanenten Neustrukturierung dieser Beziehungen.

Die Umwälzung gesellschaftlicher Formationen folgt einem Muster, das der amerikanische Soziologe Manuel Castells als Vorbote einer Netzwerkgesellschaft bezeichnet. Wenn die SPD den Anspruch hat, gesellschaftliche Formationen abzubilden, um so Interessen artikulieren und bündeln zu können, dann ist zu fragen, ob sie nicht selbst zu einer Netzwerkpartei werden muss. Das ist eine Partei mit in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichen Zeiten aktiven Mitgliedern, aktiven Unterstützern und interessierten Dialogpartnern. Sie sind das wichtigste Kapital der Netzwerkpartei, weil ohne sie kein direkter Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern möglich ist. Das Ziel dieser vernetzten Zentren politischer Aktivität ist es, demokratische Bürgerkoalitionen zusammenzufügen, die sozial und kulturell weit heterogener sind, als es die sozialdemokrati-

sche Wählerschaft in der Glanzzeit der Volksparteien gewesen ist.

Nicht zuletzt muss die SPD die Jungen in der Gesellschaft erreichen. Nur noch 11 % der Mitglieder sind unter 35 Jahren, ganze 1,3 % sind unter 21. Über 15 % der Mitglieder sind dagegen bereits über siebzig, und noch die Quote der über 80-Jährigen liegt höher als die der unter 25-Jährigen.

Sowohl die Partei als auch ihre Jugendorganisation finden überdies keine jugendspezifischen Formen der Ansprache mehr. Die Ausbildung von Nachwuchseliten kann deshalb nicht mehr in ausreichendem Umfang gesichert werden. Heute dominiert die Kultur der 50- bis 60-Jährigen das Erscheinungsbild der SPD. Die Überalterung der Partei hat einen verheerenden Nebeneffekt. Sie koppelt die SPD von neuen Lebens-, Denk- und Politikstilen ab. Damit verliert sie den Anschluss an wichtige Erfahrungen und Wissensbestände.

Gleichzeitig jedoch hat im letzten Jahrzehnt ein beispielloser Prozess der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Lebensstile und Einstellungen eingesetzt. Dies erklärt einen Teil des Vertrauensverlustes der politischen Parteien bei jungen Menschen. Große Organisationen haben Mühe, dem Tempo des Wandels der Lebensstile zu folgen. Schaffen sie es aber nicht, droht ihnen mittelfristig der Verlust ihrer Innovationsfähigkeit.

Programm- und Handlungskompetenz im digitalen Kapitalismus

Digitaler Kapitalismus: So hat Peter Glotz die neue Gesellschaftsformation genannt, die sich seit dem Ende der 1970er Jahre allmählich durchsetzt. Sie zeichnet sich durch die gestiegene Bedeutung der Vernetzung von Wissen aus. Dessen Organisation und Austausch wird durch seine digitale Codierung erheblich erleichtert. Die Fähigkeit dazu gehört untrennbar zur technischen Revolution des digitalen Zeitalters.

Ebenso wie die Wissens- oder Informationsbestände, auf die Produktion, Admini-

stration und Distribution von Gütern und Dienstleistungen heute zurückgreifen, weltweit nachgefragt werden, wird das Kapital, das die *global players* unter den Wirtschaftsunternehmen benötigen, an international tätigen, rund um die Uhr geöffneten Börsen aufgebracht. Die Internationalisierung der Märkte und das Tempo des Wandels haben dem Kapitalismus eine neue Dimension gegeben.

Eine Partei, die auf der Höhe der Zeit stehen will, muss sich deshalb zu einer lernenden Organisation wandeln – dauerhaft. Dafür benötigt sie primär Programm- und Handlungskompetenz: Das bedeutet, sie muss gesellschaftliche Trends rechtzeitig analysieren, in zentralen Politikfeldern neue Optionen und Chancen aufnehmen, Korridore für deren Realisierung aufzeigen und sie konsequent in Regierungshandeln umsetzen.

Im digitalen Kapitalismus gibt es neue Formen von Ungleichheit. Arbeit und Einkommen sind in noch höherem Maße als bisher ungleich verteilt, und die schiere Größe moderner Wirtschaftsunternehmen wirft Fragen der Demokratie und der Möglichkeit von staatlichem und privatem Handeln auf. Märkte erzeugen keine demokratischen Republiken; schon gar nicht können sie Chancengleichheit garantieren, die untrennbar mit staatsbürgerlicher Gleichheit verbunden ist. Ohne ein politisches Korrektiv können Märkte nicht einmal die Grundbedingungen der eigenen Funktion sichern.

Zwei Voraussetzungen gibt es dafür, neue Bürgerkoalitionen zu entwickeln. *Erstens:* Das Schmieden von Allianzen zwischen individualisierten Menschen braucht Organisationskerne. Funktionierende Parteien sind dafür unverzichtbar. Und sie müssen über nationale Grenzen hinweg Kooperation suchen. *Zweitens:* Allianzen benötigen konkrete Ziele. Handlungsoptionen können aber nur in kleineren diskussionsfähigen Einheiten formuliert werden – eine klassische Aufgabe politischer Parteien. Und eine Rolle im

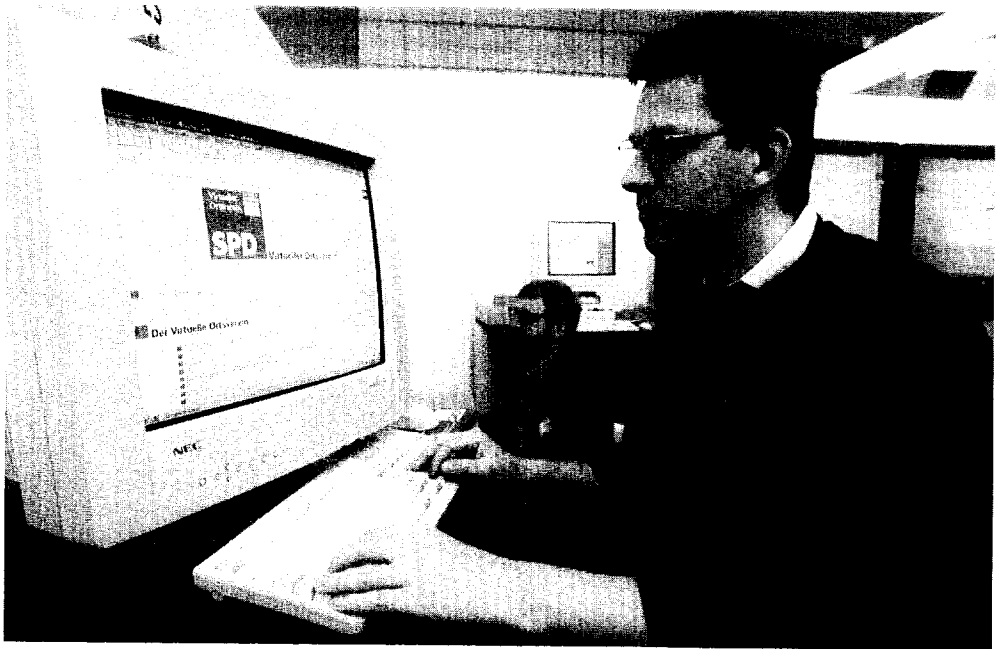
übrigen, die ihnen auch das Grundgesetz zuweist.

Wie auch immer die Parteien der Informationsgesellschaft aussehen werden: Sie müssen, wenn sie die politische Kraft zur Gestaltung der Verhältnisse erlangen wollen, wahrhaftig zu dem werden, was Otto Kirchheimer in den 60er Jahren *catch all party* genannt hat. Parteien werden künftig mehr oder minder befristete, sozial und kulturell heterogene Wählerallianzen organisieren müssen, ganz anders als die Volksparteien während der ersten drei Jahrzehnte der Nachkriegszeit.

Parteien sind heute nicht mehr Teil des ideologischen und symbolischen Überbaus bestehender gesellschaftlicher Gegensätze. Ihre Rolle hat sich dramatisch gewandelt: Angesichts der Vielfalt neuer gesellschaftlicher Differenzen, und angesichts des Tempos, mit dem diese sich verändern, fügen Parteien – über den Filter der Medien – ihre Unterstützerguppen selbst zusammen. Sie gewinnen Zustimmung für ihre Problembezeichnungen, für ihre Lösungskonzepte, und für die Prinzipien, die diesen Konzepten Richtung geben. Daraus entstehen die mehr oder minder befristeten Wählerallianzen, die heute für Wahlerfolge erforderlich sind.

Dialogkompetenz in der Informationsgesellschaft

Parteien sind als Ausdruck gesellschaftlicher Gegensätze entstanden, die als zentral für die politische Verfassung gelten konnten. Die Stabilität der dabei entstandenen politischen Lager signalisiert, wie stabil die zugrunde liegenden Formen sozialer Ungleichheit gewesen sind. Unter solchen Bedingungen ist die Dialogfähigkeit einer Partei innerhalb eines festen Milieus nie ein Problem gewesen. Heute jedoch ist es eins, weil die spezialisierte Politik sich aus vielen gesellschaftlichen Teilbereichen verabschiedet hat. Die SPD muss deshalb ihre Dialogkompetenz verbessern: Das bedeutet in der unübersichtlichen Informationsgesellschaft, die Unterstützung



**Der virtuelle Ortsverein lässt grüßen.
Müniteferings reformierte Partei als multimediale Trendsetterin?**

von Reformen durch Moderation von Konflikten und Diskursorientierung zu erreichen.

Zahlreiche Warnsignale weisen auf einen tief greifenden Vertrauensverlust von Parteien hin. Er geht einher mit dem Wandel gesellschaftlicher Strukturen. In Deutschland, einem Land mit im internationalen Vergleich ausgeprägter politischer Loyalität, identifizieren sich nur noch etwa zwei Drittel der Bevölkerung mit einer Partei. Die Jugendstudien von SHELL oder dem DEUTSCHEN JUGENDINSTITUT zeigen, dass sich von den Menschen unter 25 Jahren noch nicht einmal die Hälfte fest an eine Partei gebunden fühlt. Gleichzeitig ist das Ansehen der Politik auf einen Tiefpunkt gesunken. Bei vielen herrscht der Eindruck vor, Politik sei zu einem Selbstzweck verkommen. Die für die politischen Verhältnisse der Bundesrepublik extrem anmutenden Schwankungen bei den Wahlen seit dem Herbst 1998 waren Warnzeichen – nicht nur für die SPD.

Eine sinkende Identifikation mit Parteien bedeutet aber nicht zwangsläufig ein

zurückgehendes Interesse an Politik. Fast zwei Drittel aller Deutschen können sich heute beispielsweise die Teilnahme an Unterschriftenaktionen vorstellen, und auch das Interesse an politischen Diskussionen ist nicht rückläufig, nimmt man die Reaktion auf eine zumindest nicht abnehmende Zahl politischer Programme im Fernsehen als Maßstab. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Initiativen und Aktionen außerhalb der traditionellen Parteien. Allerdings ist dieses Engagement sehr viel individueller und kurzfristiger als die auf lange Zeit angelegte Mitarbeit in starren Parteistrukturen.

In den letzten 50 Jahren ist die Wahlbeteiligung in Deutschland im Schnitt um etwa 10 Prozent gesunken. Für die SPD heißt dies: Zur Mobilisierung eines breit gefächerten Unterstützerpotenzials wird sie vielfältige Formen direkter Kommunikation in den gesellschaftlichen Lebenswelten einsetzen müssen. Um Bürgerdialoge führen zu können, um also handlungsorientierte politische Gesprächsforen aufzubauen, auf denen die

Interessen zusammengebracht werden, die von Entscheidungen und Projekten betroffen sind, darf sich die SPD nicht einkapseln. Lässt sie sich auf diesen Dialog ein, hat sie gute Chancen, auch schwierige Entscheidungen im Konsens zu fällen.

Die Chancen, die eine Organisation gesellschaftlicher Netzwerken der SPD bietet, kann die Partei nur ergreifen, wenn sie verschiedene Formen der offenen Mitarbeit anbietet. Der Nutzen ist groß. Horizonte gemeinsamen Handelns können auf diese Weise neu erschlossen werden, ohne dabei unterschiedliche Erfahrungen, Optionen und Perspektiven aufzugeben. Auf diese Weise besteht die Chance, gesellschaftliche Erfahrungen und Kompetenzen einzubeziehen, die nicht schon durch einen Filter parteiinterner Sichtweisen gegangen sind, und die eine Partei allein heute gar nicht mehr in ihren Reihen erfassen kann. Überdies werden notwendige Unterstützer gewonnen, ohne deren Kommunikation wichtige Projekte keine Mehrheiten fänden.

Dialogkompetenz heißt zusammengefasst: Von gesellschaftlichen Multiplikatoren und Organisationen aktive Unterstützung für programmatische Zielsetzungen erlangen; unterschiedliche Interessen zu gemeinwesenorientierten Perspektiven bündeln; nicht nur Mittler sein, sondern auch als Anreger fungieren sowie Entscheidungsvorschläge zur Diskussion und zur Abstimmung stellen; politische Handlungsoptionen im Gespräch mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern formulieren; bei einer deutlichen Mehrheit in Meinungsbildung und bei Wahlen Zustimmung für das angebotene Handlungsprogramm finden.

Innerparteiliche Demokratie, Transparenz, zeitgemäße Partizipation, das sind Schlüsselbegriffe der Parteireform. Offenheit ist dabei aber keineswegs mit Beliebigkeit gleichzusetzen: Die SPD muss auch weiterhin eine Wertepartei sein, um erkennbar zu bleiben. Auch als Konkurrent im Wettbewerb um die besten Lösungen für gesellschaftliche

Probleme kann sie nicht auf Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verzichten, denn diese Werte sind die Prinzipien, nach denen die Partei gute und schlechte Lösungen unterscheiden kann.

Kommunikationskompetenz in der Mediengesellschaft

Für die Vermittlung politischer Inhalte in der Mediengesellschaft bedarf es professioneller Kommunikationskompetenz. Das heißt, die Partei muss für die Verbreitung von Ideen und Werten auch Personen und Symbole einsetzen, die in den Medien komplexe Sachverhalte und Entscheidungsgrundlagen auf einfache Weise vermitteln können. Das ist keine manipulative Werbestrategie, sondern die Voraussetzung dafür, Vertrauen in Politik wiederherzustellen. Eine Politik, die nicht verstanden wird, kann nicht auf Unterstützung hoffen.

Professionelle, klar strukturierte Medienkommunikation ist eine Voraussetzung dafür, in Massengesellschaften Gehör zu finden. Überdies brauchen moderne Parteien in einer Gesellschaft, in der alte ideologische Grenzen verwischen, klar erkennbare Ziele. Die SPD muss zum Subjekt der Vermittlung der eigenen Politik werden. Sie darf sich nicht damit begnügen, Objekt des Medieninteresses zu sein.

Dafür benötigt die SPD ein geschlossenes Erscheinungsbild, Disziplin und eine verbindliche Aufgabenteilung. Medienarbeit als aktive Inszenierung setzt intensive analytische und kommunikative Vorarbeiten voraus. Weil das Fernsehen weiterhin Leitmedium der politischen Informationsbeschaffung bei der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen ist, und weil Fernseher bis auf weiteres nur einseitige Botschaften ohne direkten Rückkanal aussenden, sind regelmäßige demoskopische Untersuchungen der einzige Weg, die Außenwirkung der eigenen Instrumente in unterschiedlichen Zielgruppen zu prüfen. Nur so kann eine Wahlkampagne einen Kommunikationsprozess in Gang set-

zen, der an Bedürfnisse und Wahrnehmungen der jeweiligen Zielgruppen rückgekoppelt ist.

Schon heute ist das Internet von einiger Bedeutung für das strategische Ziel, in der SPD ein Nebeneinander von Mitglieder- und Unterstützerpartei zu organisieren. Das Internet, das zumindest belegen die bisherigen Erfahrungen der Partei, trägt viel zur Aktivierung der Mitglieder bei. Deshalb hat es sich die SPD zum Ziel gesetzt, die erste *Online-Partei* in Deutschland zu werden. Mindestens die Hälfte der 12.000 Ortsvereine sollen bis 2002 ans Netz gebracht werden. Damit wird ein weiterer Schritt getan, die Dienstleistungsfunktion des hauptamtlichen Bereichs zu stärken. Auch hier sind aber Investitionen in die Qualifikationen und Professionalität der Mitarbeiter erforderlich.

Das Internet schafft die technischen Voraussetzungen dafür, die SPD einem viel breiteren Publikum von Menschen zu öffnen, die den Dialog mit der Politik suchen. Damit verändert sich im öffentlichen Diskurs über politische Konzepte der Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Das ist nicht zum Schaden der Partei. Es wird die SPD langfristig zu einer Plattform von Innovationskonzepten machen. Das ist der Kern der Vorstellung von einer Netzwerkpartei.

Organisationskompetenz für eine individualisierte Gesellschaft

Die wichtigste Aufgabe, vor der die SPD heute steht, ist die Weiterentwicklung ihrer Organisationskompetenz. Sie muss gesellschaftliche Veränderungen in organisatorischen und institutionellen Strukturen abbilden. Allianzen quer durch die sozialen Schichten der Bevölkerung sind die einzige Chance der Politik, die Gefahr einer Polarisierung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu vermeiden. Das ist das Ziel.

Damit die SPD in der Lage ist, dort ein demokratisches Korrektiv zu den Netzwerken des digitalen Kapitalismus aufzubauen, wo es um die Herstellung menschlicher

Lebensverhältnisse und einer demokratischen Ordnung in Zeiten ökonomischer Beschleunigung geht, braucht sie eine offene, flexible und professionelle Organisation. Das heißt nicht, dass die Partei auf politische Profis reduziert wird. Ohne ein großes Umfeld von Mitgliedern und aktiven Unterstützern aus allen Teilen der Bevölkerung um die professionellen Kerne in Partei und Fraktionen herum bestände die Gefahr der Abkoppelung von den Wählern.

Die SPD richtet sie ausdrücklich auch an die Jüngeren in der Gesellschaft, die noch nicht sesshaft geworden sind. Sie sollen angesichts der Unübersichtlichkeit des Lebensverlaufs in dieser Phase ohne Bindung an feste Orte und ohne Zwang zu lebenslanger Mitgliedschaft mitmachen können bei Projekten oder Diskussionsforen.

Dass Innen und Außen sich für die Partei verändert – verändern muss, wenn vielfältige Kompetenzen aus dem weiten Umfeld der SPD genutzt werden sollen –, signalisiert das Angebot, mindestens zehn Menschen ohne das Parteibuch der SPD über die eigene Liste zu einem Mandat im Bundestag zu verhelfen.

Die SPD wird deshalb aber nicht aufhören, politische Heimat für die bereits sesshaft Gewordenen zu sein, wenn sie Arbeitsformen für alle Lebensabschnitte anbieten will. Im Gegenteil: Fördern wir die Dialogkompetenz von Ortsvereinen, lokalen Mandatsträgern und aktiven Unterstützern, qualifizieren wir sie für politische Dienstleistungen, ergeben sich für diese Teile der Partei neue Aufgabenbestimmungen.

Mit dem Beginn der Öffnung der SPD für neue Formen der Mitarbeit, mit der Professionalisierung ihrer Hauptamtlichen und Mandatsträger und mit der Entwicklung einer neuen Dienstleistungskultur in der Partei gewinnt ein neues Modell von Parteiarbeit Konturen. Die alte, dezentral organisierte, eng an der parlamentarischen Arbeit orientierte linke Volkspartei SPD entwickelt sich zur Netzwerkpartei weiter.

Das Spezifische an einer solchen Netzwerkpartei ist die Flexibilität bei der Verknüpfung verschiedener Knotenpunkte: Diese Kompetenzkerne bestehen aus den Fraktionen und den Parteizentralen, aus den europäischen Schwesterparteien, Verbänden, professionellen Beratern oder Institutionen mit deckungsgleichen Interessen. Darum vernetzt ist ein Kreis von ehrenamtlichen Funktionären und Mandatsträgern, von Mitgliedern und je nach Interessenlage und Betroffenheit aktivierbaren Unterstützern.

Dieses weite Umfeld der professionellen Kerne der Parteiarbeit garantiert sowohl, dass genügend Multiplikatoren für Ideen und Konzepte der Partei bereit stehen, als auch die Kontaktpunkte, an denen die SPD offen ist für die Problemwahrnehmung in der Wählerschaft. Auf diese Weise wird die Kommunikation mit einer heterogenen Gesellschaft in dauerndem Wandel zu einem wechselseitigen Prozess. Gelingt der SPD diese Transformation, erfüllt sie die Anforderungen an eine lernende Organisation.

Handlungsfelder einer Netzwerkpartei

Zur Schnittstelle verschiedener Kompetenznetzwerke zu werden, hat Voraussetzungen.

Das erste ist die Qualifikation ihrer Mitarbeiter und Mandatsträger. Professionalität wird in einer Netzwerkgesellschaft anders definiert. Lernfähigkeit und -bereitschaft, Orientierungswissen und soziale Kompetenzen sind die Schlüsselqualifikationen – nicht nur von Beschäftigten einer Partei. Diese sind heute vor allem als Dienstleister sowie als Koordinations- und Kommunikationsexperten gefragt – nach innen und nach außen. Diesem Leitbild muss die Rekrutierung neuer und die Weiterbildung der bisherigen Mitarbeiter folgen. Die SPD hat mit dieser Qualifikationsoffensive begonnen.

Netzwerke sind grundsätzlich eine flexible und offene Organisationsform. Offenheit bedeutet für Parteien, Ansatzpunkte für verschiedene Formen der Mitarbeit, der Unterstützung, aber auch der Kritik zu bieten.

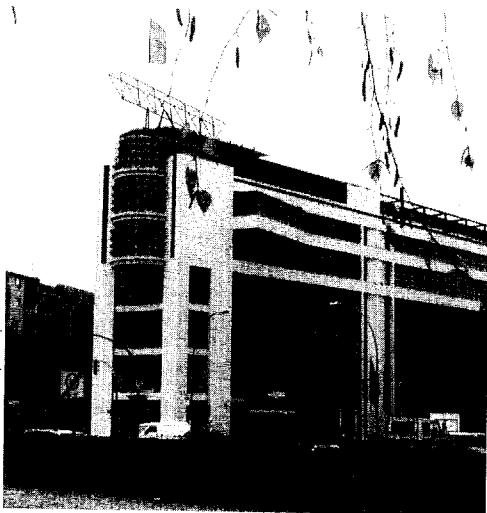
Das ist die Voraussetzung für das Fortbestehen der Mitgliederpartei SPD, es ist aber auch wichtig für den Aufbau von flexiblen, problemorientiert arbeitenden Kompetenznetzwerken. Die Nutzung des Internet bietet sich für beide Ziele geradezu an. Von der flächendeckenden Vernetzung der SPD über das Angebot von Online-Mitgliedschaften bis hin zu themenspezifischen Plattformen und Foren für Innovationskonzepte reichen hier die Handlungsmöglichkeiten.

Die Erschließung des Internet für politische Organisation und Diskussion zählt zum Kern der Medienkompetenz, die eine Netzwerkpartei benötigt. Sie erschließt neue Chancen gezielter Kommunikation. Aber auch weiterhin werden das Fernsehen und die Printmedien für die politische Information und im politischen Diskurs eine überraschende Rolle spielen. Herr über die eigene Botschaft in den Massenmedien zu sein, erfordert einen professionellen Auftritt und auch kommerzielle Beratung.

In einer komplexen Gesellschaft müssen Parteien Orientierungswissen zur Verfügung stellen, sie müssen Standards und Wertorientierungen vorgeben. Vor allem jedoch müssen sie Vertrauen schaffen in die Politik. Das ist nicht nur eine Frage politischer Moral und Glaubwürdigkeit, sondern – grundsätzlicher – die Frage der Handlungsfähigkeit, der Fähigkeit, gemeinsam erkannte Probleme auch zu lösen.

Wenn die Politik dazu beiträgt, das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für eine komplexer werdende Gesellschaft wachzuhalten, wenn sie öffentliche Partizipation an der Formulierung von Lösungen anstoßen kann, erfüllt sie ihre gesellschaftliche Aufgabe: das Allgemeinwohl zu organisieren.

Demokratie braucht Partei, so lautet das Motto der Reform der SPD: Das heißt, dass für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unabdingbare Aufgaben ohne funktionierende Parteien nicht erfüllt werden können. Das wäre zu aller Schaden.



THOMAS MEYER Zivile Gesellschaft und soziale Demokratie

Die Zeit, in der differenzierte politische Reformprojekte, die alle Teilbereiche der Gesellschaft einschließen, in jahrelanger Kleinarbeit konstruiert werden, um dann im Maße sozialdemokratischer Mehrheitsbildung und Regierungsverantwortung Zug um Zug realisiert werden zu können, scheint vergangen. Das Berliner Grundsatzprogramm von 1989 war offenbar ein letzter ernst gemeinter Versuch dieser Art. Was viele von denen, die ihre Hoffnung in das Programm gesetzt hatten, heftig enttäuschte, war die Art, wie es auf der Umsetzungsseite einfach ignoriert wurde. Auch die Medien hatten es kaum zur Kenntnis genommen. So schien es, als sei mit dem Anbruch der Mediendemokratie die Zeit für Grundsatzprogramme endgültig vorüber.

Nun beginnt die Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung heraus doch noch einmal mit dem Versuch einer programmatischen Neubestimmung. Denn ohne Zweifel bedeutet der Übergang von der Bonner Republik zur Republik in Berlin zugleich auch eine demokratiepolitische Zäsur von weit reichender Bedeutung. Die Bundesrepublik entwickelt sich in raschen Schritten von der Parteiendemokratie zu einer medial-präsentativen Republik, zur Mediendemokratie. Die Regeln der Medienkommunikation greifen zunehmend auf das politische System über. Deshalb müssen die Parteien sich in dieser Situation ihrer Rolle und ihrer Aufgaben neu vergewissern – und diese dann künftig, vermutlich in zähen Stellungskämpfen, erobern und behaupten.

Es ist behauptet worden, in der Mediendemokratie entwickelten sich politische Projekte überhaupt erst im Prozess ihrer medialen Kommunikation. Vorausschauende Programmarbeit sei darum prinzipiell überholt. Das mag zwar für bestimmte Weichenstellungen gelten, etwa beim Test der gesellschaftlichen Akzeptanz großer Fragestellungen

Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte

Podiumsgespräch

»Auf dem Weg zur Netzwerkpartei«

Dienstag, 14. November 2000,
18.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus

Teilnehmer:

Matthias Machnig
SPD-Bundesgeschäftsführer

Siegmar Mosdorf
Parl. Staatssekretär im
Bundeswirtschaftsministerium

Michael Mönninger
Berliner Zeitung

Moderation:

Norbert Seitz
Frankfurter Hefte

oder in der Phase der parlamentarischen Umsetzung von Projekten. Die These ist im Ganzen gesehen dennoch eine Übertreibung. Auch in der Mediendemokratie gelten für die Rolle und das Zustandekommen politischer Projekte durchaus differenzierte Bedingungen:

Erstens: Mediale Selbstdarstellungskunst von Politik ist fast immer eine ihrer Erfolgsbedingungen. Aber ohne zwei, drei große übergreifende politische Ideen, die an den Nerv gesellschaftlichen Selbstverständnisses, gesellschaftlicher Problemwahrnehmungen und Hoffnungen rühren, wird der Wettbewerb der Darstellungsstrategen letzten Endes zu einem Zufallsspiel.

Zweitens: Die gesellschaftlichen Interessengruppen – wenngleich in der Mediendemokratie zurückgestuft –, die politisch interessierten Aktiv-Bürger – unter ihnen viel rationale Wechselwähler – und die Qualitätsmedien fragen neben der Darstellung immer noch, und vielleicht in Zukunft auch wieder mehr, nach der Qualität der zugrunde liegenden Projekte, ihrer Problemlösungskraft, ihrer Nachhaltigkeit und ihrer Seriosität.

Drittens: Damit politische Führungen in Parlamenten, in Regierungen und in den Kommunikationsspitzen der Parteien in gegebener Lage Politiken formulieren können, die diese Bedingungen erfüllen, bedarf es auch in Zukunft der Vorarbeit von Parteien und Zivilgesellschaft, um ein Reservoir möglicher Handlungsprogramme in gesellschaftsnahen Debatten ausreifen zu lassen, aus denen allein umsetzungsreife Projekte dann mit Aussicht auf Erfolg hervorgehen können.

Programme können nach alledem heute kaum noch in der Erwartung erarbeitet werden, künftig der heilige Text zu sein, aus dessen Buchstaben jedes politische Handeln der Gläubigen allein zu rechtfertigen ist. Aber als Orientierungstexte, in denen die großen Leitideen formuliert sind, und als Fundus gesellschaftlicher Projekte ihrer möglichen Umsetzung, bleiben sie auch in der Mediendemokratie unentbehrlich, solange es den Parteien überhaupt noch um eine nachhaltige Politik geht.

Unvermeidliche Themen

Erfahrungen und die Diskussionen seit der Mitte der 90er Jahre haben deutlich werden lassen, worauf es bei der programmatischen Neubestimmung ankommt. Es sind vier große Themenkreise und ihr Verhältnis zueinander, die der programmatischen Neubestimmung für eine Politik der Sozialdemokratie im beginnenden 21. Jahrhundert bedürfen: (1) Die neue Ökonomie des digitalen Kapitalismus in einer globalisierten Umwelt (die allen Erwerbsarbeitschancen bieten soll), (2) ein nachhaltig finanzierbarer und gesellschaftlich sinnvoller Sozialstaat (in Verbindung mit einer Bildungspolitik, die Gleichheitschancen schafft), (3) die Neubestimmung der politischen Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft (mit einer neuen Rolle für die politische Selbststeuerung der Zivilgesellschaft) sowie (4) pragmatische politische Kommunikation und mehrheitsfähige Bündnisstrategien.

Die neuen Politiken, die sich aus diesen Problemlagen ergeben, zeichnen sich in der Praxis schon ab. Es wäre in der Sache falsch und als Strategie ein verhängnisvoller Fehler, wenn die begonnene Neuorientierung unter das Motto »Jenseits von Rechts und Links« gestellt würde. Es ist zwar richtig, dass bestimmte Symbolpolitiken der Traditionslinken, wie Vergesellschaftung, Wirtschaftsplanung oder die Botschaft eines platten Egalitarismus nicht mehr die geringste Chance auf öffentliche Zustimmung und Mehrheitsfähigkeit haben, eben weil sie zur Lösung der anstehenden Probleme nichts beizutragen haben. Gleichwohl bleibt sowohl strategisch, wie wahlpolitisch und politisch-moralisch der eigene Akzent, den die Sozialdemokratie bei der Formulierung und Umsetzung der neuen Politik setzen muss, das Markenzeichen Mitte-Links. Dabei kommt es natürlich nicht auf diese beiden Wörter an, sondern auf die fortwirkend glaubwürdige und interne Verbindung der beiden Strategieansätze, mit denen die Bundestagswahlen 1998 gewonnen wurden: Innovation und Gerechtigkeit.

Auf der Ebene der Grundwerte selbst bedeutet das eine Neujustierung im Gerechtigkeitsbegriff. Zunächst: nämlich die Bekräftigung der Gewährleistung eines soliden Sockels bedürfnisorientierter Grundgleichheiten für alle in den Bereichen der Rechte, der Gesundheitsversorgung, des Zugangs zu den Bildungseinrichtungen, der Lebenschancen, des Zugangs zu den Arbeitsmärkten und der sozialen Grundsicherung. Dann aber ebenso deutlich: die Anerkennung legitimer Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen, sofern sie Leistungen entspringen, die für die ganze Gesellschaft und damit auch für die am schlechtesten Gestellten und deren Grundsicherung von Nutzen sind. Das bedeutet auf der Ebene realer Sozial- und Wirtschaftspolitik eine glaubhafte, eindeutige und verlässliche Verbindung von leistungsunabhängigen Grundsicherheiten als verlässlichen Rahmen für Eigeninitiative, Flexibilität und Selbstverantwortung. Und es bedeutet auf der Ebene der symbolischen Botschaften das Bekenntnis zum politischen Gleichgewicht von Sicherheit und Gerechtigkeit auf der einen Seite und der Entschlossenheit zu Reform, Innovation und wirtschaftlicher Leistung auf der anderen.

Flexibilität, Innovation, Marktorientierung und Leistungsethos sind für sich genommen weder liberal noch neoliberal. Sie werden es erst in dem Augenblick, wo sie absolut gesetzt und aus instrumentelle Strategien der gesellschaftlichen Wohlstandssicherung zu einer Art oberstem Grundwert gemacht werden – abgelöst von einem verlässlichen Rahmen sozialer Sicherung und Gerechtigkeit. Diese Doppelbotschaft von Leistung und Gerechtigkeit muss in jedem Augenblick sozialdemokratischer Selbstbesinnung Markenzeichen und Leitlinie, aber eben auch der rote Faden sein, der alle konkreten Einzelprojekte der Politikerneuerung charakterisiert und miteinander verbindet. Nur auf der Basis dieser Doppelbotschaft bleiben Sozialdemokraten glaubwürdig, mit sich selbst im reinen und zu nachhaltigen Wahlerfolgen fähig.

Zivile Bürgergesellschaft

– Basis und Komplement

Das Projekt »Zivile Bürgergesellschaft« spielt in diesem Ansatz eine Schlüsselrolle, aber es kann weder die gesamte Botschaft noch in der Sache der Rahmen sein, der die Einzelpolitiken miteinander verbindet. Es umfasst im Kern vier Handlungsfelder, die alle eine wichtige Rolle für eine erneuerte sozialdemokratische Reformpolitik spielen können, aber es umfasst nicht das ganze Projekt:

Erstens: Das Feld der politischen Foren und Initiativen, die auf die Institutionen des politischen Systems einwirken. Dazu gehören beispielsweise Bürgerinitiativen, die eine Kommunalverwaltung oder eine Landesregierung beeinflussen wollen, Diskussionsforen, die Themen in die Medien transportieren oder das Wahlverhalten von Bürgern verändern wollen. Dieser Teil der Zivilgesellschaft ist politisch, erlangt aber die beabsichtigten Wirkungen letzten Endes dadurch, dass es ihm gelingt, Entscheidungen im eigentlichen politischen System zu verändern.

Zweitens: Politische Selbsthilfeprojekte wie etwa das Wirken von Bürgergruppen für die Erhaltung der Umwelt in einem Wohngebiet, die Selbstorganisation von Lebenszusammenhängen, die selbstbestimmte Organisation und Betreuung von Projekten in den Bereichen öffentlicher Raum oder Sicherheit.

Drittens: Politische Verhandlungssysteme mit oder ohne Beteiligung staatlicher Instanzen zur Selbststeuerung des Handelns gesellschaftlicher Akteure, etwa des ökologischen Verhaltens von Unternehmen in Nachbarschaften.

Viertens: Soziale Selbsthilfegruppen, die im überwiegenden Allgemeininteresse soziale Probleme, die auch eine staatliche Lösung in Anspruch nehmen könnten, selbstbestimmt bearbeiten – mit oder ohne staatliche Unterstützung (z. B. Obdachlosengruppen, Dritte-Welt-Gruppen, Alterselbsthilfe, Stadtteilkulturinitiativen, Krankenselbsthilfegruppen, Spielplatzbetreuung initiativen usf.).

Das Potenzial der Erweiterung und Intensivierung von Aktivitäten in diesen vier Dimensionen Zivilgesellschaft ist beinahe unerschöpflich. Sie bilden zugleich eine moralische Infrastruktur (A. Etzioni), eine Chance wirksamer und direkter Problemlösung von Bürgern für Bürger und damit auch eine enorme Entlastung der öffentlichen Kassen, für deren Auffüllung am Ende ja auch stets nur wieder die Bürger zuständig wären.

Eine der zentralen Dimensionen von Programmenerneuerung liegt infolgedessen, wie von Gerhard Schröder vorgeschlagen, in der Erarbeitung von Konzepten und Ideen für die Belebung der Zivilgesellschaft. Obgleich es schon seit dem Beginn der 90er Jahre Versuche gegeben hat, den kommunitaristischen Impuls in die politische Philosophie und praktische Politik verstärkt aufzunehmen, ist die Erarbeitung eines ernsthaften, praktisch folgenreichen und verbindlichen Handlungskonzepts Zivilgesellschaft für die Sozialdemokratie doch im Wesentlichen Neuland. Die politische Philosophie einer so verstandenen Zivilgesellschaft ist das Gegenteil der neoliberalen Privatisierungskampagne, denn sie zielt ja nicht auf die prinzipielle Entpolitisierung der Aufgabe, sondern auf gesellschaftliche Formen ihrer politischen Bewältigung. Der klassische Leitbegriff der sozialen Demokratie wird auf diese Weise neu belebt und akzentuiert.

Eine große Gefahr bei einem so »weichen« Konzept wie dem der Zivilgesellschaft freilich besteht in der liberalistischen Umdeutung des Konzepts als Feigenblatt für Privatisierung und Ökonomisierung politischer Aufgaben und im Steckenbleiben in bloßen Aufrufen und Proklamationen.

Dennoch, die größte Selbsttäuschung bestünde darin, sich und andere glauben zu machen, das Projekt Zivilgesellschaft sei fortan das übergreifende Gesamtthema, das auf irgendeine Weise alle anderen einschließt. Auch wenn die Erneuerung der Zivilgesellschaft alle Politikfelder beeinflussen und entlasten kann, an die Stelle der großen wirtschafts-, sozial-, umwelt- und bil-

dungspolitischen Handlungsprogramme kann sie keinesfalls treten. Wachstumspolitik, Arbeitsplatzpolitik, Umweltschutz, Bildungsreform, Umbau des Sozialstaates bleiben Themen, für die Handlungsprojekte im wesentlichen im politischen System umgesetzt werden müssen. Die umfassende, praktisch wirksame Leitidee der Sozialdemokratie muss darum soziale Demokratie bleiben. Diese verlangt einerseits eine Politik der Gerechtigkeit, die auf Reformprojekte im politischen System angewiesen ist, und sie verlangt die Demokratisierung der Gesellschaft, also die Stärkung und Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

Für ein starkes Gerechtigkeitskonzept

Zwischen der Leistungsfähigkeit eines Reformkonzepts *Zivilgesellschaft* und einem modernisierten Gerechtigkeitsverständnis besteht ein enges Wechselverhältnis. Ein zukunftsweisendes Gerechtigkeitskonzept muss am Legitimationskern gleicher Freiheit und gleicher Menschenwürde festhalten, sich aber in vier einander zugeordneten Dimensionen konkretisieren: (1) Gleiche Rechte für alle, (2) Chancengleichheit, d.h. gleicher Zugang zu allen gesellschaftlichen Dienstleistungen, die Chancengleichheit ermöglichen, insbesondere Bildungssystem, Gesundheitswesen und Rechtspflege, (3) Leistungsgerechtigkeit, d.h. ungleiche Leistungsbeiträge zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand auch ungleich (also leistungsgerecht) belohnen, sofern sie in der Bewertung durch alle zur Verbesserung der gleichen Grundsicherungsmöglichkeiten und Freiheiten aller beitragen. (Rawls-Kriterium) sowie (4) Schutz der gleichen Würde aller Menschen unabhängig von Verdienst und Versagen durch ein sozial und kulturell angemessenes System leistungsunabhängiger Grundsicherung (Sozialhilfe).

Diese vier Dimensionen sind für ein modernes Gerechtigkeitsverständnis gleich wichtig. Gerade darum muss im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung gelegentlich der ein oder anderen Dimension der Vorrang

eingerräumt werden, wenn die Balance zwischen ihnen verloren geht oder durch die tatsächliche Entwicklung eine überzogene Ausweitung in der einen Dimension die Geltung anderer Dimensionen beeinträchtigt. Natürlich darf die Mobilisierung aller Ressourcen für ein Bildungssystem, das Chancengleichheit verbessert, nicht dazu führen, dass die Grundsicherung der Menschenwürde im Sozialhilfesystem verloren geht. Einkommensungleichheiten sind demzufolge je nach dem Beitrag der einzelnen zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand – keineswegs identisch mit dem reinen Marktergebnis – nicht nur zulässig, sondern geboten, aber eben als Prämie auf soziale Durchsetzungsmacht oder das, was sich am Markt durchsetzen lässt.

Das Projekt *Zivilgesellschaft* wird auch mit Blick darauf diskutiert, ob das von Michael Walzer vorgeschlagene Kriterium der nach sozialen Handlungssphären differenzierten Gerechtigkeit an Bedeutung gewinnen muss. Dieses Kriterium verlangt, dass über die Verteilung für die Lebenschancen des einzelnen so wichtige Güter wie Sozialhilfe, Fürsorge, Schulhilfen, Wohnungsunterstützung und Ähnliches in den jeweiligen Nachbarschaften und Lebenswelten (*communities*) entschieden werden soll, in denen der Einzelne lebt, und zwar von den Bürgerinnen und Bürgern, die ihn und seine Lebensumstände genau kennen, und die am Ende ja auch für die Hilfen aufkomme müssen, die ihm gewährt werden.

Diese Dimension des Gerechtigkeitsverständnisses entbehrt keineswegs der politischen und sozialen Plausibilität, besonders dann, wenn Zivilgesellschaft als Handlungskonzept ins Zentrum politischer Strategien rückt und wirklich mehr sein soll als ein karitativer Zusatz. Sie wird aber äußerst problematisch und gerät mit der übergeordneten Dimension der Sicherung gleicher Menschenwürde in erheblichem Konflikt, wenn sie auf die Verteilung sozialer und wirtschaftlicher Güter im Grundbestand dessen bezogen wird, was zur Sicherung gleicher

Menschenwürde in den sozialen Lebensbedingungen unerlässlich ist. Dann wäre diese nämlich zum einen im Prinzip nicht mehr gesichert, da sie gänzlich vom Wohlwollen und von der Einsicht kleiner Kollektive abhinge und sie wäre in ihrer tatsächlichen Ausgestaltung dem Ermessen, im schlimmsten Falle sogar Belieben, von Nachbarschaftskollektiven anheim gegeben.

Leitprojekt Soziale Demokratie

Der Zusammenhang zwischen den sozialen und politischen Leistungen der Zivilgesellschaft und dem Sozialstaat, bezogen auf das Gerechtigkeitsprinzip, ist daher komplexer, als der simple Gedanke der Ersetzung des einen durch das andere nahe legt. Das, was jeweils die Initiativen von Nachbarschaft und Zivilgesellschaft leisten, muss nicht vom Staat in Anspruch genommen werden. Die Absenkung des staatlichen und durch die großen Organisationen zu leistenden Unterstützungsbedarfs insgesamt wird einen Abbau für Leistungsbürokratie und eine Verringerung des gesamten Kostenaufwandes ermöglichen. Die Verpflichtung, aber auch die Gelegenheiten für den einzelnen, in Gemeinschaft mit anderen die notwendigen Aufgaben zu erfüllen, werden wachsen. Insofern wird die moralische Infrastruktur der Zivilgesellschaft Missbrauch und verselbstständigtes Anspruchsdenken verringern. Aber die Grundgarantie des Schutzes der materiellen Bedingungen der Menschenwürde darf von den Eventualitäten der Aktionsbereitschaft der Zivilgesellschaft nicht abhängig gemacht werden.

Das Handlungskonzept *Zivilgesellschaft* sollte daher Basis und Komplement, aber eben nicht die Klammer sein, die alles andere einschließt. Das weiter gefasste Projekt *Soziale Demokratie*, das Reformkonzepte für das politische System und die Zivilgesellschaft umfasst und aufeinander bezieht und dabei einem an gleicher Menschenwürde und Freiheit orientierten Gerechtigkeitsbegriff folgt, empfiehlt sich als fortgeltende Leitidee.

**GESPRÄCH MIT
STAATSMINISTER
MICHAEL NAUMANN
Kultur als bundespolitische Aufgabe**

Das Gespräch führte Michael Schmidt in Berlin.

NG/FH: Herr Minister, beginnen wir in der Hauptstadt: Die Berliner Festwochen sind zusammen mit dem Jüdischen Museum, dem Martin-Gropius-Bau und dem Haus der Kulturen der Welt die vier Kulturinstitutionen, die der Bund übernehmen wird. Man hat sich inzwischen geeinigt in einem Hauptstadtkulturvertrag mit Christoph Stölzl, dem Kultursenator von Berlin, der zwar die Berliner Philharmoniker nicht hergeben wollte. Aber jetzt scheint die Sache rund. Was spricht für diese vier Institutionen in Bundeshand – sind sie zufrieden mit dieser Lösung?

Michael Naumann: Zuerst einmal ist klarzustellen: Es war nicht so, dass der Bund mit großem Appetit und besitzergreifendem Gestus auf diese Institutionen zugegangen ist, um sie sich einzuverleiben. In Wirklichkeit entspricht die Vollfinanzierung dieser Institutionen dem Wunsch des Deutschen Bundestages und aller im Kulturausschuss vertretenen Fraktionen. Hintergrund dieser Entscheidung wiederum war die Tatsache, dass Zuwendungen, die der Bund in der Vergangenheit für den Kulturhaushalt der Stadt Berlin vorgesehen hatte, dort nachweisbar nicht in der Höhe, wie sie vom Bundestag beschlossen worden war, angekommen sind. Entsprechend galt es nun, Haushaltsklarheit bei den Institutionen herzustellen, die traditionell bereits vom Bund mitgefördert werden. Dabei handelt es sich um die von Ihnen erwähnten vier Institutionen, die nationale oder überregionale Relevanz haben. Die Ver-



Foto: GPs Berlin

Michael Naumann, geb 1941, vormals Verleger, ist seit Oktober 1998 Kulturstaatsminister.

handlungen mit Christoph Stölzl verliefen dabei außerordentlich harmonisch.

Was die Zukunft der Berliner Philharmoniker anbelangt, gab es lediglich seitens der Berliner Lokalpolitiker Vorbehalte. Die Öffentlichkeit weiß, wie es war: Sowohl der momentane Orchestervorstand, als auch Claudio Abbado und Simon Rattle, der künftige Dirigent, sind zusammen mit dem Vorstand des »Vereins der Freunde des Philharmonischen Orchesters« auf mich zugekommen, um die längst fälligen Strukturveränderungen der sehr komplexen Organisation »Berliner Philharmoniker« finanziell zu sichern und das renommierte Orchester unter die Obhut des Bundes zu stellen. Dabei spielte sicherlich auch eine gewisse Skepsis gegenüber den Haushaltspolitikern der Stadt Berlin eine Rolle. Inwiefern dieses Misstrauen berechtigt war oder ist, will ich nicht beurteilen. Jedenfalls gab es keine Rosinenpickerei des Bundes, sondern das Orchester hatte den ausdrücklichen Wunsch, in die Bundesförderung zu kommen.

NG/FH: Nun haben Sie schon das Verhältnis von Bund und Ländern in Fragen der Kulturpolitik durchklingen lassen. Engagier-te Föderalisten wie Bayerns Kulturminister Hans Zehetmaier befürchten eine repräsentative, gigantomane Hauptstadtkultur auf Kosten regionaler Kulturidentitäten. Wie sehen Sie ein sinnvolles Zusammenspiel von Bund und Ländern in Fragen der Kulturpolitik?

Naumann: Kultur findet nicht auf den abstrakten Podien »Bund« oder »Land« statt, sondern in den Kommunen. Die Frage, wer hier wen fördert bzw. wer von wem Zuwendungen erhält, ist allenfalls von fiskalischem Interesse. Für das kulturelle »Endprodukt« und für das Ohr des Zuhörers spielt dies letztlich keine Rolle. Die Vorstellung, der Bund mache gewissermaßen schwarz-rot-goldene Kunst, ist ebenso absurd wie der Gedanke, Dieter Dorn spiele in München weiß-blaues Theater. All das sind Diskussionen, die mit der Wirklichkeit herzlich wenig zu tun haben.

Die Verfassung sieht vor, dass die Pflege der Kultur Ländersache ist, aber sie schließt damit natürlich ein Engagement des Bundes in kulturellen Angelegenheiten nicht aus. Die rot-grüne Regierung hat als erste den Sachverhalt, dass fast zwei Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt pro Jahr für Kultur zur Verfügung stehen, ernst genommen und die politische Verantwortung hierfür jemandem übertragen. Darüber hinaus gibt es nach fast vierzig Jahren wieder einen Kulturausschuss des Deutschen Bundestages. Auch damit wurde der Stellenwert der Kultur und auch der Medien in der Öffentlichkeit entschieden verbessert.

Es ist eine besondere Aufgabe – von Bund wie von den Ländern –, dafür zu sorgen, dass die gewachsenen Strukturen unserer Kultur und Kulturpolitik bis hin zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch europäische Anfechtungen nicht gefährdet werden. In dieser Frage weiß ich mich mit Herrn Zehetmaier durchaus im selben Boot, wenngleich er manchmal in eine

andere Richtung zu rudern sucht. Aber das ist sein gutes Recht.

NG/FH: Sie haben das Stichwort Finanzmittel genannt. Vielleicht gibt es auch die Angst, dass Engagements des Bundes, wie sie bisher noch in Bayreuth oder bei den Bamberger Sinfonikern stattfinden, unter Umständen zurückgefahren werden zu Gunsten eines stärkeren Hauptstadtengagements.

Naumann: Es gibt in Ostdeutschland – einem Teil Deutschlands, der vielleicht nicht so sehr im Blickwinkel der Münchner Staatskanzlei liegt, – nach einem halben Jahrhundert des Totalitarismus eine riesige Menge an Defiziten, die beseitigt werden müssen: Die DDR hat kein einziges Museum gebaut; die Hebebühnen der Theater heben sich nicht, die Drehbühnen drehen sich nicht. Großartige Baudenkmäler verfallen, es regnet hinein, unzählige Dorfkirchen sind in großer Gefahr. Der Wiederaufbau und die Sanierung der Kulturstätten in den neuen Ländern sind deshalb Schwerpunkte in der Kulturpolitik des Bundes. Das bedeutet entsprechend auch eine Reduzierung der finanziellen Zuwendungen in andere Länder. Allerdings ist dabei festzuhalten: Bayerische Kultureinrichtungen sind nicht von nennenswerten Kürzungen betroffen. Unter allen alten Ländern des Bundes – mit Ausnahme Berlins – steht Bayern immer noch an der Spitze der Zuwendungsempfänger.

NG/FH: Bleiben wir noch ein bisschen beim Geld: Sie haben ein neues Stiftungsgesetz auf den Weg gebracht, um auch über private Mittel Kultur anzuschieben. Es gibt aber besorgte Stimmen, die fragen sich, wenn Kultur eine Angelegenheit privater Finanzierung wird, ob sich da nicht irgendwann der Staat zurückzieht aus kulturellen Aufgaben – gerade in Bereichen, die unbequemer, sperriger sind. Die Avantgarde ist eben oft etwas, was nicht unbedingt Sponsorengelder anzieht und folglich öffentliche Förderung braucht. Was würden sie solchen besorgten Stimmen sagen?

Naumann: Die Sorge ist nicht unberechtigt, aber die Realität sieht anders aus: Gerade mein neu geschaffenes Amt beweist ja, dass der Staat sich keineswegs aus dem zum Teil hoch subventionierten Kulturleben zurückziehen gedenkt. Darüber hinaus hat die jetzige Regierung den Kulturetat trotz Haushaltskonsolidierung erhöht, so dass er auch im Haushaltsjahr 2001 über dem jetzt noch festliegenden Planungsniveau der alten Regierung liegen wird.

Tatsache ist allerdings auch, dass gerade auf kommunaler Ebene vor allem in den Theater- und Opernbetrieben aufgrund der jährlichen Tarifsteigerungen große Finanzprobleme entstanden sind. Es muss einen Strukturwandel in den lokalen Kulturinstitutionen geben – von der Selbstbewirtschaftung hin bis zu einer Veränderung des tarifrechtlichen Rahmens. Aber das müssen die Kommunen, die Kulturinstitutionen und deren Tarifpartner, also die Gewerkschaften, aushandeln.

Es kann nicht die Funktion von Stiftungen sein, den Staat zu entlasten, und sie werden es auch beim größten Optimismus nicht tun können. Im Augenblick wird in Deutschland nur ein Bruchteil der Gesamtausgaben für Kultur durch Stiftungen erhoben: Die Vorstellung, dieser Anteil würde sich jetzt verdoppeln oder gar verdreifachen, hielte ich schon für gewagt. Dann wären wir bei ca. einer Milliarde Mark, die den etwa 20 Milliarden Mark Gesamtvolumen gegenüberstünden, die dieses Land aus Steuereinnahmen für seine Kultur aufbringt.

Die Idee der Stiftung ist eine andere. Es ist der Versuch, die Bürger in einer verwalteten und verstaatlichten Welt wieder stärker an die Idee der Partizipation heranzuführen. Es geht darum, mit eigenem Engagement jenseits staatlicher Traditionen einen persönlichen Beitrag für das Wohlergehen unserer Gesellschaft zu leisten.

Das deutsche Stiftungsrecht ist über 100 Jahre alt und bedarf einer Reform. Die steu-

errechtliche Novellierung haben wir erreicht. Jetzt geht es darum zu prüfen, welche relevanten Teile des Zivilrechts reformiert werden müssen, um Stiftungsgründungen zu erleichtern. Eine Bund-Länder-Kommission ist derzeit dabei, den Reformbedarf in diesem Teil des Stiftungsrechts zu eruieren. Am Ende der Reform soll ein Stiftungswesen entstehen, wie es um die Jahrhundertwende in Deutschland existierte. Um das Jahr 1900 gab es in Deutschland 100.000 Stiftungen; davon sind 10 Prozent geblieben.

NG/FH: Kommen wir nochmals auf die notwendigen Strukturreformen im Bereich der Bühnen. Wenn wir nach Berlin schauen, können wir beobachten, wie drei Opernhäuser – die Deutsche, die Linden- und die Komische Oper – mit sich überschneidenden Spielplänen aber auch mit großen Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben. Glauben sie nicht, dass es zu den Austreibungen der Kommunen für neue Tarif- und Organisationsformen auch gesetzgeberischer Maßnahmen bedarf, um das zu erleichtern?

Naumann: Wenn es solche Gesetze geben soll, dann müssen sie auf Landesebene formuliert werden. Ich denke aber nicht, dass dies eine Frage der Gesetzgebung ist. Es gibt in Deutschland ganz phantastische Opern, die großartige Arbeit leisten mit weniger Mitteln als sie zum Beispiel der Berliner Staatsoper zur Verfügung stehen: Die Stuttgarter Oper ist nicht umsonst zweimal hintereinander von den deutschen Musikkritikern zum Opernhaus des Jahres gewählt worden. Das Beispiel zeigt, dass eine Oper, wenn sie sich nicht als reines Podium für Weltstars versteht, mit den vorhandenen Mitteln durchaus erfolgreich geleitet werden kann. Soweit ich weiß, hat der Intendant der Stuttgarter Oper, Klaus Zehlelein, seinen Etat noch nie überzogen – eine Tatsache, die man sich in Berlin im Augenblick gar nicht vorstellen kann.

Zwei Dinge sind meines Erachtens entscheidend, wenn man langfristig etwas an



Unterzeichnung des Hauptstadt-Kulturvertrags mit Berlins Kultursenator Christoph Stölzl. Der Vertrag sichert Berlin ein zusätzliches Fördervolumen von 100 Millionen DM zu.

der Finanzmisere der Bühnen ändern will: Erstens müssen die Intendanten in die Lage versetzt werden, ihre Häuser nach dem Prinzip der Selbstbewirtschaftung mit einer mittelfristigen Finanzplanung von mindestens drei Jahren zu führen, so dass die Übertragung von erwirtschafteten Geldern in das nächste Haushaltsjahr möglich ist. Zweitens bedarf es angesichts der neuen und keineswegs zu vernachlässigenden Haushaltszwänge auch der Kooperation der Mitarbeiter. Gerade in der Kunst, sollte man meinen, ist die Mentalität *nine to five*, um 17 Uhr wird der Bogen und der Bass beiseite gestellt, nicht angemessen. Die meisten Künstler, die in Deutschland in staatlichen Häusern arbeiten, genießen besondere Vorteile. Entsprechend wäre ein bisschen mehr Bewusstsein und Sorge um den Fortbestand der Institutionen, die einen vergleichsweise guten sozialen Status ermöglichen, angebracht. Auch der DEUTSCHE BÜHNENVEREIN klagt dieses Bewusstsein mit Blick auf die finanziellen Nöte der Intendanten immer wieder ein. Dies soll jedoch nicht missverstanden werden: Ich

möchte mich keineswegs in die Tarifhoheit einmischen, aber es ist für Außenstehende schon erstaunlich zu beobachten, wie es manchem angestellten oder gar verbeamteten Musiker aufgrund unendlich vieler Sonderregelungen möglich ist, nebenher sehr viel Geld zu verdienen – dabei oft genug genau soviel wie das eigentliche Gehalt.

NG/FH: Welchen Stellenwert hat die Musik in der Kulturpolitik des Bundes. – Wo und in welchem Umfang engagiert sich der Bund für die Musik?

Naumann: Die Musik hat in jeder Kulturpolitik einen zentralen Stellenwert. Aufgrund der vorrangigen Zuständigkeit der Länder für Kultur sind die Subventionen und Zuwendungen des Bundes für Musik relativ begrenzt. Wir fördern z. B. den DEUTSCHEN MUSIKRAT mit über fünf Millionen Mark und finanzieren die Bayreuther Festspiele mit. Ebenso ist der Bund an der Förderung der Bamberger Sinfoniker bis zum Jahre 2003 beteiligt. Und es gibt eine Fülle kleinerer und größerer Vorhaben – zum Beispiel den Deutschen Musikinstrumentenfond –, die wir

unterstützen, weil sie für die musikalische Kultur unseres Landes wichtig sind.

Der Bund ist im musikalischen Bereich auch dort tätig, wo strukturelle oder rechtliche Fragen debattiert und geregelt werden müssen. Das geht vom Urheberrecht bis hin zur Zukunft der elektronischen Medien in unserer Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel der Schutz der künstlerischen Leistungen ein entscheidender Punkt. Es geht auch darum, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das Brennen von CDs zum privaten und dann möglicherweise auch privat-kommerziellen Nutzen seine Grenzen haben muss. Die Künstler müssen auch in Zukunft das Recht haben, über ihre Werke zu verfügen und sie wirtschaftlich verwerten zu können. Es darf nicht soweit kommen, dass nur noch das angeboten, vermarktet und dann gehört wird, was mit entsprechend hohem technischen Aufwand von großen Konzernen urheberrechtlich geschützt werden kann. Hier gibt es große Probleme in der entstehenden Medien- und Informationsgesellschaft, die vom Bund sowohl mit Sorge als auch – wo erforderlich – mit legislativen Initiativen begleitet werden müssen.

NG/FH: Sind Sie in Gesprächen mit Einrichtungen der GEMA in München, deren Vorsitzender Herr Kreile neulich gefordert hat, eine Gebührenpflicht für PCs einzuführen, weil damit das von Ihnen angesprochene Kopieren von CDs möglich ist?

Naumann: Das halte ich für einen falschen Weg. Inzwischen gibt es erstklassige Software, mit deren Hilfe man die Verletzung von Urheberrechten an der Quelle aufspüren kann. Um ein Beispiel zu geben: Die Phonoindustrie hat in Moskau einen Studenten ausfindig gemacht, der über 500.000 Musiktitel abrufbar gespeichert hatte. Der Server stand in einer Universität in Moskau. Dies ist ein massiver Eingriff in das Urheberrecht der Künstler. Die entsprechenden internationalen Gesetze werden auch von Rußland unterschrieben und beachtet. Es gibt eine Vielzahl elektronischer Möglichkeiten,

dagegen vorzugehen. Das liegt ganz einfach in der Natur des Mediums selbst: Was immer Sie in das Medium einstellen, kann auch durch dasselbe Medium kontrolliert werden.

Aber wie kann der Gesetzesbrecher bestraft werden? Der Kern meines Arguments geht aber über die alten und kaum noch greifenden Sanktionsmechanismen hinaus: Wer in Deutschland Musik genießen will, muss die Menschen, die diese Musik produzieren, schützen. Man muss verstehen, dass die Musik nicht aus dem Äther kommt, sondern von Menschen komponiert, gespielt, vorgetragen und interpretiert wird, die damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Hier gilt es ganz einfach auch in den Schulen und in den Familien ein Bewusstsein zu fördern für das, was rechtens ist. Ich betrachte es mit einer gewissen Besorgnis, dass es inzwischen fast zum Sport geworden ist, CDs zu brennen und auf dem Schulhof zu verkaufen. Hier muss ganz klar darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei um Diebstahl und Hehlerei handelt. Diebstahl – egal ob geistig oder materiell – ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Schädigung, die die gesamte Musikkultur massiv und nachhaltig beeinträchtigen kann. Ich spreche hier wohlgerne nicht nur für die kommerziellen Interessen großer Phonokonzerne, obwohl natürlich auch diese legitim sind.

NG/FH: Herr Minister, vielen Dank für das Gespräch.

CHRISTINE LEMKE-MATWEY Kulturbetrieb braucht Visionen

Oft sind es die kleinen Dinge, die im Leben wie in der Kunst den Augenblick der Wahrheit bergen. Hierzu zwei Beobachtungen aus jüngerer Zeit.

Die erste Szene spielt in einem Theaterfoyer in der mittleren Provinz. Die Laune ist gespannt bis gehoben: Eine Opernpremiere steht bevor, die Inszenierung eines Klassi-

kers, welche bereits im Vorfeld für Wirbel sorgte. Das Stück sei nicht wiederzuerkennen, murmelt und munkelt es durch die schmalen Gassen der Stadt, die Aufführung sei ein himmelschreiender Skandal. Also bestellt die beherzte Intendanz ihre nicht minder beherzte Dramaturgin dazu, dem Ganzen die Spitze zu nehmen – und eine Einführung abzuhalten. Während die Dramaturgin indes mit ebenso klugen wie gewandten Worten über Gewohnheiten und Konventionen spricht, über die Freiheit der Kunst und die Wahrheit des Stücks, und freundlich davor warnt, die eigenen Erwartungen stets um jeden Preis erfüllt sehen zu wollen, rührt sich Protest. Eine ältere Dame findet sich unterfordert: Das seien doch olle Kamellen, das habe man ihr alles vor dreißig Jahren schon erzählt, murt sie, rafft ihre üppige Abendrobe zusammen – und verschwindet. Die Aufführung übrigens enthält absolut nichts »Himmelschreiendes« und gerät gleichwohl zum Eklat.

Zweite Szene. 50. Berliner Festwochen. Unter den 83 Komponisten, die das Jubiläums-Programm 2000 unter dem Motto »Jahrhundertklang« bestreiten und ausschliesslich Musik des 20. Jahrhunderts meinen, befindet sich eine einzige Komponistin – die Russin Sofia Gubaidulina. Mieser, niederschmetternder hätte die Bilanz gar nicht ausfallen können. Eine schallende Ohrfeige ins Antlitz einer jeden halbwegs erfolgreichen zeitgenössischen Tonsetzerin. Und allen militanten Alt-Feministinnen kräftig eins gegen ihre haarigen Schienbeine getreten, für die Aufmüpfigkeiten, die sie sich seit den späten 60er Jahren geleistet haben. Warum sonst legen die Berliner Festwochen ob eines Verhältnisses von 82:1 nicht einmal mehr das politisch korrekte, schlechte Gewissen an den Tag? Warum ist man nicht wenigstens um ein kleines bisschen Kosmetik bemüht? Das Argument, man habe es den Künstlern freistellen wollen, was sie sich zum Repertoire wählen, auf dass sie auch »wirklich mögen«, was sie da spielen wie der Festwochen-Inten-

dant so überaus charmant formulierte – es geht als Schuss nach hinten los. Künstler und Interpreten sind heute kaum besser als die breite Masse. Alteriert hat sich über diesen Missstand übrigens so gut wie niemand.

Was die beiden Szenen miteinander gemein haben? Metropole und Provinz, Musiktheater und Konzert, Festival und subventionierte kulturelle Grundversorgung? Nun, beide beschreiben ein Phänomen der Regression – und dieses sollte hier wie da den Kulturpolitikern in ihrer Verantwortlichkeit zu denken geben. Den kleineren Theatern (und nicht nur diesen!), heißt es, läuft seit geraumer Zeit das Publikum davon. Und selbst das scheint noch zu hoch gegriffen: Die Leute nämlich kommen gar nicht, durch »schlechte« Kritiken wie durch einschlägige Mundpropaganda abgeschreckt, verweigern sie sich meistbietend. Die Zeiten, da es zum guten politischen Ton gehörte, eine strittige Aufführung in Augsburg, Luzern oder Innsbruck, am Münchener Gärtnerplatztheater oder an der Komischen Oper Berlin gesehen zu haben, sind ein für alle Mal vorbei. Das Theater, so scheint es, hat jede kritisch-aufklärerische, jede aufrührerische Qualität verloren: Erlaubt ist, was gefällt! Warum sich quälen, warum auch noch für etwas bezahlen, was man nur mehr in den seltensten Fällen noch zu goustieren vermag und was man im Kino, vor dem Fernseher oder im Internet viel günstiger, weil billiger haben kann? Alfred Polgars berüchtigt-belustigter Ausspruch, »Was nützen Gläubige, Altäre, Priester, wenn die Götter fort sind?«, erweist sich an der Schwelle zum 21. Jahrhundert als bitterer Cassandra-Ruf.

Derweil entzweit sich das Publikum (siehe oben) in notorische Traditionalisten, die bei Wagner nach wie vor das Bärenfell und bei Verdi lodernde Leidenschaften sehen wollen, und in illustrierte Alt-Linker oder tatsächlich erfolgreich Geläuterte, die unverbesserlich auf »Wirkung« aus sind und auf immer neue kritische Stück-Lesarten. Just an diesem Zwiespalt aber werden die letzten muti-

gen Intendanten scheitern – vom Gros des Publikums wechselweise im Stich gelassen und von der Kulturpolitik mit dem ganz und gar absurden Argument abgespeist, wer zu wenig einspiele (und das heißt: wem das Publikum davon läuft, wer zu geringe Auslastungszahlen erziele), der säe Zweifel an seiner staatlichen Förderungswürdigkeit. Kaum 20, 30 Jahre ist es her, da verstand man dies noch genau umgekehrt, da wurde das Risiko belohnt und das Experiment, der Schritt ins Neue, repräsentativ abgestützt. Heute hingegen, im Angesicht leerer öffentlicher Kassen, geht der Politik immerzu derselbe Satz über die Lippen: Leeres Theater, schlechtes Theater. Kollektive wie Orchester, Chöre oder Tanzcompagnien werden fusioniert, Werkstätten ausgescourt; Spielpläne abgesprochen – mehr Geld für die Kunst erbringt dies in den seltensten Fällen. Aber der Staat hat sich erfolgreich wieder ein Stückchen aus der Verantwortung gestohlen. *Falco meets Amadeus* für alle?

Berlin als Hauptstadt des kulturpolitischen Dilemma

Berlin (und insofern stellt die Provinz nur einen bereits fortgeschrittenen Nebenkriegschauplatz dar) ist gewissermaßen die Hauptstadt dieses kulturpolitischen Dilemmas. So leichtfertig die Festwochen über sämtliche bedeutende Komponistinnen des 20. Jahrhunderts hinwegsehen und -gehen können, weil es offenbar nicht an der Zeit ist, das durch mühsame Aufklärung einstmals längst Erreichte heute, da es Not täte, auch wirksam zu reklamieren, so unpfleglich, so verstört wie verstörend geht der Senat bislang mit der Misere seiner drei Opernhäuser um. Mal soll Daniel Barenboim, der (objektiv sicher zu Recht, taktisch aber äußerst ungeschickt) für sein Orchester, die Staatskapelle Berlin, mehr Geld fordert, unbedingt gehalten werden, mal plant man Christian Thielemann, der seinen Vertrag an deutschen Oper eigenhändig löste, wieder zurückzuholen, mal wird Gerard Mortier (der pikanterweise gerade ein Forschungsjahr am

noblen Berliner Wissenschaftskolleg absolviert) als Generalintendant aller drei Häuser gehandelt, mal wird über Udo Zimmermanns Abfindung getuschelt, der jede Zusammenlegung von Deutscher Oper und Staatsoper Unter den Linden, die nicht unter seiner Gesamtleitung stünde, naturgemäß ablehnt. Es mag richtig und wichtig sein, den mit gut 90 Millionen Mark in der Kreide stehenden hauptstädtischen Kulturetat zuallererst staatlich zu verschulden und die Berliner Theater (wie alle anderen auch) unbedingt und sofort vom Damoklesschwert ihrer tarifvertraglichen Bindung zu befreien. Eine Rechtfertigung für die herrschende Konfusion und Kopflosigkeit indes stellen diese Bedingungen nicht dar. Umstrittene Aufführungen indes stellen diese Bedingungen nicht dar. Umstrittene Aufführungen gibt es an den Berliner Bühnen bezeichnenderweise so gut wie keine mehr. Besser spät als nie: Berlin braucht ein Konzept und sollte aufhören, seinem ach so schwer wiegenden historischen Sonderstatus hinterher zu greinen. Berlin braucht Visionen, braucht Mut, braucht Köpfe – und Politiker, die hin und wieder auch die Provinz bereisen. Auf dass der Kulturbegriff in dieser Stadt, in diesem Land nicht endgültig ins bodenlos Verzopfte, bestenfalls noch Touristische absinkt. Auf dass Signale wieder ausgesandt, Bekenntnisse endlich wieder abgelegt werden.

Der Krieg ist zu Ende...

... aber für viele
Kosovaren beginnt ein
neuer Kampf: Um ihr Leben
zu retten, mußten sie alles
aufgeben. Nun kehren sie
zurück in ihre Heimat – doch die Häuser
sind zerstört, Dörfer geplündert und Wege
vermint. Beim Neuanfang brauchen sie
unsere Unterstützung.





DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
UNO-FLÜCHTLINGSHILFE e.V.
Rheinallee 4a, 53173 Bonn
Tel.: 02 28 / 35 50 57
Fax: 02 28 / 35 50 59

Helfen Sie jetzt!
Konto Nr. 2000 2002
 Sparkasse Bonn
 BLZ 38050000
 Stichwort "Rückkehr"

MICHAEL SCHMIDT
Für eine Polyphonie
der schönen Kanäle
Perspektiven des Kulturradios
in der Multimediazukunft

In absehbarer Zukunft wird die Verbreitung von Radio und Fernsehen *qua* Digitaltechnik das Angebot von Hunderten von Kanälen – »multi-channel« – sowie den individuellen Zugriff auf einzelne Produktionen – »on-demand« – ermöglichen. Der im Mai dieses Jahres gestartete Online-only-Anbieter »Web-radio« erreicht monatlich rund 510.000 der 14- bis 49-Jährigen – so eine bei Infratest Burke in Auftrag gegebene Studie, nach der sieben Prozent aller Befragten bereits Radio im Netz gehört hat. Ein wirklicher Durchbruch des Online-Radios ist allerdings erst erwarten, wenn billige Flatrates und günstige breitbandige Zugänge es dem Nutzer ermöglichen, komfortabel und ohne Angst vor hohen Online-Kosten den ganzen Tag Radio aus dem Netz zu hören. Die digitale Angebotsvielfalt wird uns nicht automatisch zu kulturell Wertvollem führen. Mehr als Wissende werden wir Suchende sein, die weltweit nach kultureller Nahrung Ausschau halten. Schon Anfang der 60er Jahre hatte Marshall McLuhan in seiner visionären Studie *Understanding Media* vorausgesehen: »Der Mensch als Nahrungssammler tritt wieder, widersinnig scheinbar, als Informations-sammler auf. In dieser Rolle ist der moderne Mensch nicht weniger Nomade als seine steinzeitlichen Ahnen«. Welche Rolle sollen die Kulturradios als öffentlich-rechtliche, nicht-kommerzielle, an einen Informations- und Bildungsauftrag gebundene Medienangebote in der Online-Zukunft spielen? Müssen nicht gerade sie neue Aufgaben der Orientierung und Integration in einer immer vielfältiger und unübersichtlicher werdenden Multimediewelt wahrnehmen? Stellen ihre eigenen Archivschatze nicht eine überreiche Fundgrube für zahlreiche, kulturell hochwertige »mul-

ti-channel«- und »on-demand«-Angebote dar?

Jedes Radioprogramm, ob im online- oder im ukw-Bereich, ist ein eigenständiges ästhetisches Phänomen mit eigenen Kompositions- und Rezeptionsgegebenheiten. Schon in einem traditionellen Klassikprogramm können Musikwerte unterschiedlichster Besetzung unmittelbar miteinander kombiniert und sogar kollagiert werden. Wie aber steht es z. B. um die Präsentation klassischer Musik im Kulturrundfunk unserer Tage? Wird da nicht immer noch viel zu oft wie folgt verfahren: »Meine Damen und Herren, auf dem Programm stehen heute Werke von Johann Sebastian Bach, Carl Czerny und Ludwig van Beethoven. Das Konzert beginnt mit der Ouvertüre Nr. 1 von Johann Sebastian Bach. Die Sätze der Ouvertüre sind überschrieben: Ouvertüre, Courante, Gavotte, Forlane, Menuet, Bourree und Passepied.« Oder: »Ein herzliches Willkommen, liebe Hörerinnen und Hörer, zum Samstagskonzert. Eröffnet wurde unser abendlicher Reigen schöner Melodien mit dem prickelnden und spritzigen Champagner-Galopp op. 14 von Christian Lumbye.« – Zwei Beispiele, für das Sprechen über Musik im Radio. Zwei Beispiele von Musikmoderationen, beliebig aus dem deutschen Rundfunk-Alltag herausgegriffen und doch nicht untypisch: Einmal als nüchtern-faktenorientierte Ansage und dann in anbiedernd-geschwätzigem Anekdoten-Stil. Lässt sich wirklich nichts anderes und auf andere Weise sagen über Musik? Muss ein Sprechen über Musik im Radio nicht vielmehr zweierlei Ansprüchen gerecht werden, der gespielten Musik nämlich, und dem Radiokontext, in dem sie gespielt wird? »Musik erschöpft sich nicht, nie und nirgends, in jenem ›rein musikalischen‹ Sinn«, so der Musikwissenschaftler Hans Heinrich Eggebrecht, »sondern sie hat Gehalte. Gehalt ist nicht nur alles, was der Musik bei ihrer Entstehung an Intention, historischer Situation, gesellschaftlicher



**Stationen des
Kulturradios:
Vom klassischen
Wunschkonzert zum
individuell verfügbaren
»on-demand«-
Programm.**

Wirklichkeit einwohnt, sondern auch, was sich in der Geschichte ihrer Rezeption entfaltet und auf ihr ablagert«. Dazu, zum Rezeptionsanteil am musikalischen Sein, gehört auch das Sprechen über Musik, sei es als Wissenschaftsdiskurs, als Kritik oder einfach nur als Meinungs- oder Betroffenheitsäußerung. So wie sich in jeder Aufführung, in jeder Interpretation Musik als klingendes Ereignis mit immer wieder neuen und subjektiven Elementen aktualisiert, so hat jedes Sprechen über Musik im Radio durch die Wahl seiner Inhalte, durch seine Art und subjektive Färbung Einfluss auf deren Wirkung.

Deshalb muss sich gerade bei komplexer oder klassischer Musik in den sie begleitenden, gewöhnlich nur stereotyp-informativen, bildungsschwangeren oder sentimentalisierten Radiomoderationen etwas ändern.

Weiter ist zu bedenken, dass sich nicht jede Musik (z. B. ausgedehnte, extrem leise Klangexperimente) für eine 1:1-Abbildung in Kulturwellen eignet. Sie müsste in aufbereiteten Wort-Musik-Formaten oder auch in spezialisierten und individualisierten Angeboten (z. B. »on demand«) zugänglich gemacht werden – für das Kultur-Vollprogramm also eher eine Informations- und Navigatorenaufgabe. Eine Kulturwelle darf nicht mehr als ein bloßes Medienvehikel fürs Abspielen klingenden Kulturgutes missverstanden werden – damit tut man weder der Musik noch der Welle einen Gefallen –, sondern ist vielmehr ein genuines Radiowerk mit eigenen Kompositions- und Rezeptionsgegebenheiten. Selbstverständlich sollen Neue Musik, Jazz, Technomusik und andere qualitativ hochwertige musikalische Spezialangebote weiterhin Bestandteile einer Kulturwelle sein, aber in der richtigen Form und zur richtigen Zeit.

Computerunterstützte Repertoirestrukturierung kann künftig dabei helfen, einen im Höreindruck organisch-stimmigen Musikfluss zu generieren, das Kulturgut Musik künstlerisch angemessen und zugleich hörergerecht ansprechend zu präsentieren sowie persönlichen Beliebigkeiten auf Kosten des Ganzen entgegenzuwirken, denn: eine Kulturwelle, die ihr Hörerpotenzial nicht erreicht, hat ihren Auftrag nicht erfüllt.

Und nun konfrontiert die anbrechende Multimediazukunft das Kulturradio auch noch mit einer ganzen Fülle neuer Perspektiven und Herausforderungen, die es sich zu stellen gilt. Möglich werden »on demand«-Einzelbelieferungen, spartierte »multi-channel«-Angebote mit Programmcharakter und individuell mitgestaltbare »mediachannels« z. B. mit der Funktionalität einer individuellen Teilhabe an der Musikablaufbestimmung nach wählbaren Kriterien. Damit ist aber keinesfalls gemeint, dass Programminhalte, deren hohes Niveau in besonderer Weise den Vorbildcharakter des öffentlich-rechtlichen Kulturradios ausmachen, in Spezialkanäle oder Abrufangebote abgeschoben werden sollen – dadurch würde die Grundversorgung, die »öffentliche« Vielfaltfunktion des Vollprogramms verarmen. Es geht nicht um ein bloßes Versparten der Programminhalte, sondern vielmehr um deren kreative und attraktive Aufbereitung in einer Fülle neuer »pipelines«, in einer Polyphonie der schönen Kanäle, die in einem engen Verweis- und Vernetzungsverhältnis untereinander sowie zum Vollprogramm stehen.

Über Chats könnten sich die Kultur- und Musik-Freunde zudem mit dem Redaktionsteam und untereinander austauschen. Spartierte Programmangebote in einem digitalen Kulturradiobukett, z. B. für Klavier- und Opernmusik, würden so noch leichter ihre Zielgruppe finden. Aus den Musikbeständen öffentlich-rechtlicher Rundfunkarchive ließen sich darüber hinaus kulturelle »Weltprogramme« herstellen und mit auswählbarer Mehrsprachigkeit versehen – die eigene,

lokale Kultur eines Bundeslandes wie Bayern könnte so global kommuniziert werden. Denkbar wären zudem auch viele, parallel ausgestrahlte Wort- und Musikkanäle mit unterschiedlicher Zusammenstellung von Features, Hörspielen, Klassik- oder Jazzkonzerten, aus denen der Hörer durch elektronische Programmführung eine individuelle Abfolge bestimmt. Weitere interaktive Möglichkeiten ließen sich für den Hörer von Musikkanälen vorstellen, und zwar durch eine persönliche Beeinflussung der Dramaturgie, z. B. hinsichtlich des Stils oder des Tempos.

Einen völlig individuellen und zeitunabhängigen Zugriff würden schließlich frei zugängliche, audiovisuelle Datenbanken erlauben, aus denen sich der Nutzer sein eigenes Programm zusammenstellt.

Seit Januar 1999 bietet das Feuilleton der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG eine ständige und ausführliche Hörfunkseite an, auf der täglich über ausgewählte, kulturelle Programmangebote aller deutschen Rundfunkanstalten informiert wird. Zum Auftakt dieser Hörfunkseite hielt der FAZ-Kulturchef Frank Schirrmacher ein Plädoyer für das gute alte Dampfradio mit Anspruch. So begrüßenswert das Engagement für kulturell hochwertige Medienangebote auch ist, eine verklärende Festschreibung des Status quo oder gar das Träumen von einer Rückkehr zum Status quo ante kann nicht deren Erhalt für die Zukunft sichern. Das Ziel muss vielmehr das Vorantreiben einer zeitgemäßen Radiokultur sein, die sich nicht darauf beschränkt, ihre Online-Präsenz nur zur Begleitung oder Ergänzung herkömmlicher Programmangebote zu nutzen, sondern die alle zur Verfügung stehenden, neuen Gestaltungs- und Kommunikationsmöglichkeiten in spezifische Multimediaformen umzusetzen versteht. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollten die Frage nach ihrer Berechtigung, nach ihrem Auftrag und nach ihrer Weiterentwicklung im digitalen Medienzeitalter selber voranbringen, bevor es andere tun.

MARTIN PIEPER
**Dimensionen
der Fernsehkultur**

Die Frage nach der Kultur im Fernsehen stellt sich immer wieder neu. Vor 2 Jahren erhitzten sich die Gemüter an Talk-Themen wie »Sex ist mein Hobby«, »So was wie Dich habe ich geliebt«, »Selber Schuld, wenn dein Mann dich schlägt«, »Ich zeige mich gern nackt«, »Ich begehre jede Lesbe«, »Fett in Strapsen macht mich an« usw. Nachzulesen in DER ZEIT vom 10. Juni 1998. Allein die Titelaufzählung für die Tagesstrecke dreier Privatsender für einen Drei-Monats-Zeitraum nimmt eine ganze Seite in Anspruch. Heute sind es »Big Brother & Co« und »die Quotenidioten« (DIE ZEIT, 31.08.2000), die die Debatte am laufen halten.

Die Verneinung der Kulturfähigkeit des Fernsehens gehört zu den hartnäckigen Standards intellektueller Reflektion über das Medium: So begründete im Jahre 1979 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Erklärung *Zur Lage der Nation* den später aufgegebenen Widerstand seiner Partei gegen kommerziellen Rundfunk damit, dass die privaten Rundfunkpläne die Substanz des demokratischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland angreifen könnten. Enzensberger spricht vom Fernsehen als Null-Medium. Botho Strauß differenziert in seinem *Anschwellenden Bocksgesang* zwischen dem, was die Masse bei Laune hält und dem, was den »Versprengten«, also den Kulturbeflissenen, gehört und stellt fest, dass beides durch den einfachen Begriff der Kloake, des tv-Kanals, getrennt sei. Pierre Bourdieu, Paul Virilio oder Henri Madelin geißeln das Medium als *chronophage* Vereinfachungsmaschinerie.

Dabei stand die kulturelle Dimension des Fernsehens in seinen Anfängen außer Frage. Zu Zeiten des NWDR, im Jahre 1953 musste die zuständige Redaktion anlässlich der Übertragung des Boulevardstücks *Der Etappenhase* mit Willy Millowitsch eine Rüge des dama-

ligen Generaldirektors Adolf Grimme einstecken: »... ihm fehle für ein derartiges Programm das Verständnis, da es sich beim Fernsehen um eine kulturelle Institution handle.« Nach einer Formulierung des Bundesverfassungsgerichts handelt es sich beim Rundfunk nicht um eine beliebige Ware, sondern auch um ein Kulturgut mit weitreichenden Auswirkungen für eine demokratische Gesellschaft.

Seit der Kommerzialisierung des Fernsehens mutet eine solche Haltung steinzeitlich an. Inzwischen bedarf es fast einigen Mutes, Fernsehen mit Kultur in Verbindung zu bringen. Die »Beteiligten« selbst scheint es nicht zu kümmern. Unverdrossen arbeiten sie an der »Popularisierung« des Mediums und nominieren sogar *Big Brother* für den deutschen Fernsehpreis! Kultur erscheint dabei als Luxus, der sich nicht »rechnet« und den sich sogar die Öffentlich-Rechtlichen immer weniger leisten wollen: ein aus Imagegründen notwendiges Übel, mit dem man sich gerne schmückt, das aber nach Möglichkeit erst in der Tiefschlafphase gesendet wird.

Dabei begannen ARD und ZDF ihre Programme mit Goethes *Faust*. Protagonisten und Syntax der ersten Jahre waren geprägt von Kultur im traditionellen Sinne. Es dauerte lange, bis das Fernsehen eigenständige Formen entwickelte und damit eine genrespezifische Kultur schuf. »Kultur« hat durch das Fernsehen zunächst eine Bereicherung erfahren. Als millionenfacher Multiplikator kultureller Phänomene und Ereignisse wuchs dem neuen Medium schnell eine eigenständige gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Aber auch eine – nein – viele neue ästhetische Möglichkeiten wurden für eine breite Publikumsschicht erobert: Das Fernsehfeature, das Portrait, die Reportage und nicht zuletzt die Darstellung kultureller Varietäten in einer immer schneller zusammenwachsenden Welt. Fernsehen – und das wird heute zu leichtfertig unterschlagen, war von Anfang an der virtuelle Marktplatz, auf

dem die breite Masse der Weltkultur erst begegnete – eine gesellschaftspolitische Funktion, die gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Schon in der frühen Phase des Fernsehens bildete sich eine Dichotomie heraus, die bis heute fortwirkt: Das Fernsehen als Entwickler und Träger einer originären Kultur, der Fernsehkultur, einerseits, und andererseits Fernsehen als Vermittler von Kultur, die an sich ihre Heimat an anderen Orten hat – im Theater, im Konzertsaal oder in der Galerie. Beide Funktionen haben sich bis heute erhalten, auch wenn sich das Kräfteverhältnis und die Gewichtung stark verlagerten.

In seiner Vermittlungsfunktion befindet sich das Fernsehen »nur« insofern in der Kritik, als sich die entsprechenden Inhalte zumindest augenscheinlich immer mehr an die Ränder haben drängen lassen. Die Diskussion ist bekannt und ich möchte es an dieser Stelle mit dem Hinweis bewenden lassen, dass es im herrschenden Wettbewerbsdruck lebensfremd ist, zumindest von den Hauptprogrammen zu erwarten, dass sie vorhandene Publikumserwartungen und -vorlieben nicht in ihre Überlegungen einbeziehen und sich nicht der Natur des Mediums entsprechend verhalten (in der Summe haben übrigens insbesondere mit den öffentlich-rechtlichen Partnerprogrammen ARTE und 3 SAT, aber auch mit der bundesweiten Verbreitung der sogenannten dritten Programme, Kulturangebote zugenommen). In der Verneinung der »Kulturfähigkeit« an sich, also auch der Herausarbeitung eigener Formen des Fernsehens, speist sich die Kritik aus anderen Quellen. Zu nennen sind hier besonders Theodor W. Adorno oder Günther Anders mit ihrer Kritik an der massenorientierten »Kulturindustrie«.

Zweifelloos ist das Fernsehen ein Massenmedium. Man kann also gerechterweise nicht vom Fernsehen verlangen, dass es sich, auch bei der Vermittlung oder Reproduktion von Kultur, in den überkommenen Vorstellungen von Hochkultur bewegt. Es muss sich

nicht erst seit der Zulassung des Kommerzfernsehen dem Massengeschmack widmen. Trotz Regenbogenpresse und Boulevardblättern wird aber auch nicht von einer Unvereinbarkeit von Printmedien und »Kultur« ausgegangen. Der Verweis auf den bloßen massenmedialen Charakter des Fernsehens greift zu kurz. Ein kurzer Vergleich soll dies erhellen: Zum einen bewegen sich Printmedien – vor allem die »seriösen« – in den historisch überkommenen Wertvorstellungen, die wir von der Hochkultur haben. In der von Schriftlichkeit geprägten »Gutenberg Galaxis« bedienen sich die Printmedien der Essenz von dem, was Grundlage unserer Kultur ist: der in linearer Ordnung festgefügte Text.

So gesehen, leidet das Fernsehen in seiner Wahrnehmung auch unter der in dieser Folge zu sehenden Geringschätzung anderer Ordnungen, wie etwa der Mündlichkeit, die in der Antike trotz Kenntnis der Schrift noch in hohem Ansehen stand. So ist etwa von Platon die Schrift als Totengräber des Gedächtnisses kritisiert, also nach heutigem Verständnis als »kulturfeindlich« gegeißelt worden. Auch wenn inzwischen das Fernsehen seine eigene Geschichtlichkeit hat, handelt es sich um ein relativ junges Medium in Bezug auf seine Formsprache. Warten wir also noch ab, vor allem im Hinblick auf die Auswirkungen der sich gerade entwickelnden neuen Medien. Mit der Auflösung der traditionellen linearen oder zentralperspektivischen Strukturen, die mit den Möglichkeiten von Hypertext und Multimedia einhergehen, mag sich auch die Wahrnehmung des Fernsehens verändern.

Entschiedenes Eintreten für Mehrdimensionalität

Das Fernsehen ist aber nicht nur als Vermittler von Kultur in Verruf geraten, sondern auch als Träger und Entwickler einer eigenen genrespezifischen Kultur. Gemeint sind die ästhetischen Möglichkeiten des Mediums

selbst, wie etwa Fernschpiel, Feature, Portrait, Reportage, (Kultur-)Dokumentation. Spätestens an dieser Stelle kommen wir ohne eine kurze Begriffsdefinition von Kultur nicht weiter. Dem Aufmerksamen wird nicht entgangen sein, dass unter den oben genannten Beispielen zur Fernsehkultur etwa Talkshows, Gameshows, Reality-tv, Soaps, ebenfalls spezifische Hervorbringungen des Fernsehens, nicht vorkamen – vielleicht weil sie gemeinhin als »Schmuddeleware« angesehen werden und damit aus dem »Kulturraster« fallen?

Der Einfachheit und Klarheit halber soll zunächst ein weit gefasster Kulturbegriff verwandt werden. In der Postmoderne ist die Kultur ja auch ein weit facettiertes System mit vielen Ablegern und unzähligen Verästelungen geworden. Sie durchdringt alle Lebensbereiche, sie ist beteiligt an der Ausformung des Alltags in all seinen Erscheinungsformen – als Alltagskultur, Unternehmenskultur, politische Kultur etc. Kultur entspricht nach einem Wort von Jürgen Mittelstraß heute mehr denn je der *pluralité des mondes*. In den umfangreichen Sammlungen kultureller Codes wird Kultur, in der Einzahl verwendet, zum Anachronismus. Soweit es das Fernsehen selbst betrifft, gehören in diesem Verständnis alle genannten Erscheinungen sowohl zur Fernsehkultur und, als spiegelbildliche Bündelung der gesellschaftlichen Strömungen, zur anachronistischen Abstraktion »Kultur«.

Wie das Lackmus-Papier im Chemieunterricht, das in eine Flüssigkeit getaucht, die Veränderung des Säuregrades anzeigt, äußert sich in jeder neuen televisuellen Formenschöpfung die Befindlichkeit ihrer Zeit. Gerade aber diese Zeitgebundenheit oder anders gewendet diese notwendige Assimilation zeitgenössischer Tendenzen zwingt »Fernsehen« zu ständiger Aktualität und zur »kulturellen« Anpassung. Formen televisuellen Schaffens wie etwa *Big Brother* mögen nicht den hergebrachten Vorstellungen von »Hochkultur« entsprechen, sie tragen jedoch die Zeichen

aller Einflüsse, die sie umgeben und sind damit, wenn auch als ephemere Erscheinungen, ein Stück »Vergegenwärtigung«. Soweit mit dem Begriff »Kultur« allerdings Wertungen im Sinne einer »Verfeinerung« verknüpft sind, muss differenziert werden. Unbefangen betrachtet, ist ein Phänomen wie *Big Brother* nämlich nichts wesentlich neues, ja es schöpft sogar aus anerkannten Erzeugnissen der »Hochkultur«. Zu nennen sind hier bspw. formale Ansätze des *Cinema Vérité* mit seiner Vorstellung, dass sich mittels einer in den Hintergrund tretenden, nicht wertenden Kamera »Leben« einfangen lässt. Die »Einzelstatements« der Container-Bewohner verweisen auf das etwa von der Shakespeare-Bühne bekannte »Beiseite-sprechen«, die soziale Anordnung der Protagonisten auf literarische Vorlagen wie Sartres *Huis Clos*.

Anders als bei diesen hochkulturellen Phänomenen aber kennzeichnet *Big Brother & Co* die Eindimensionalität, dass ihnen nichts innewohnt, was über sie hinauswiese. Damit sind sie in gewisser Weise pornographischer Natur. So wie die Pornographie den menschlichen Körper funktional auf Stimulation reduziert und sich allen weiteren Dimensionen verschließt, entledigen sich *Big Brother & Co* jeglichen weiteren reflektorisches, emanzipatorischen oder spirituellen Gehalts. Sie sind intentional und in trostloser Eindimensionalität ausschließlich was sie sind. Dies unterscheidet das Big-Brother-Setting übrigens auch von Kunstwerken wie den *Objets trouvés*, den Bottroper Protokollen oder Andy Warhols mehrstündige Verfilmung des *Time Square*, wo zunächst auch Vorhandenes nur eins zu eins wiedergegeben wird. *Big Brother & Co* aber sind vielschichtig nur in der Metaebene, in der Reflektion über sie.

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollte Kultur im Fernsehen demgegenüber das entschiedene Eintreten für Mehrdimensionalität bedeuten. In seinen Ausführungen zum Hörfunk hat mein Kol-

lege Michael Schmidt auf den modernen Menschen als nach geistiger Nahrung suchende Mediennomade hingewiesen. Dieser bedarf der Orientierung, aber auch, um im Bild zu bleiben, der Verdauungshilfen. Information, vor allem in den modernen Medien, wird heute allzu häufig als Selbstzweck aufgefasst, nämlich so, als sei sie schon verarbeitetes Wissen. Wissen aber ist bedeutungsgerecht bewertete Information. Wissen setzt den Wissenden voraus. Das Beherrschen der Technik des Sammelns, sei es als Browsen im Internet oder als das Programmieren des Fernsehdecoders, ist dafür nur die Voraussetzung. Die eigentliche geistige Leistung liegt darin, zu erkennen, was wichtig ist. Entsprechend stelle der Schlußbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Stichwort Medienkompetenz folgendes fest: »Die Wissensgesellschaft verlangt mehr Bildung. Der Bürger kann seine Entscheidungen nur auf der Grundlage hinreichenden Wissens treffen. Dies setzt Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen Lernen ebenso voraus wie eine verantwortungsbewusste Umsetzung von Wissen in Handeln«.

Bestand früher das Problem der Informationsbeschaffung ist die Frage heute, wie aus der Fülle der verfügbaren Informationen die wirklich wichtigen Nachrichten herausgefiltert und richtig eingeordnet werden können. Gerade im Bereich der neuen Medien zeigt sich, dass sich zu dem erwähnten Selektionsproblem auch ein Validationsproblem gesellt. Das Informationsüberangebot, das durch die digitalen Medien sogar noch ansteigen wird, führt dazu, dass die Zuverlässigkeit einzelner Quellen und Nachrichten nicht mehr überprüft werden kann. »Kulturorientierte«, dem gemeinwohlverpflichtete Medienanbieter wie die öffentlich-rechtlichen Sender müssen hier künftig die Orientierungshilfen schaffen. Auch dies ist eine wesentliche Aufgabe von Kulturfernsehen, von mehrdimensionalem Fernsehen.

MARTIN HIELSCHER Literaturbetrieb im Wandel

Der Buchmarkt ist derzeit vor allem durch seine Krisen im Gespräch. Die Schwierigkeiten bei Verlagen wie ROWOHLT und FISCHER, das Ende von Programmen wie beim RESIDENZ VERLAG oder ROWOHLT BERLIN, die Abgänge von Geschäftsführern wie Jochen Jung oder Nikolaus Hansen, das Auftreten von Unternehmensberatern wie McKinsey, die den von ihnen durchleuchteten Verlagen Entlassungen und eine Reduktion der Titelproduktion verordnet haben – im Hintergrund droht die weitere Liberalisierung des Marktes mit dem möglichen Fall der Buchpreisbindung auf der einen und ein weiterer Angriff auf das gedruckte Buch in Gestalt des *e-books* auf der anderen Seite, während der traditionelle Buchhandel unter den Druck des Internetbuchhandels gerät. Und doch sieht die Wirklichkeit der Verlagswelt, des Buchmarktes und auch der Belletristik anders aus, als diese Phänomene und die sie begleitenden Kassandrarufer es erscheinen lassen.

Gewiss, es gibt einen Wandel zu beobachten. Bei den Umsätzen der Verlage etwa verlagert sich das Geschäft vom gebundenen Buch zum Paperback, die Auflagenzahlen der gebundenen Bücher gehen zurück. Das verändert die Programmpolitik, den Spielraum und die ökonomische Situation der Verlage und auch der Autoren bis zu einem gewissen Grade. Auch in der Literatur selbst, besonders eklatant in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, ist ein Wandel zu beobachten, ein Mentalitätswandel, der sich in einer neuen Qualität, einer neuen Fülle erzählerischer Prosa niederschlägt, was bei den Verlagen zu einem verstärkten Interesse an deutscher Gegenwartsliteratur geführt hat. Kurz, es tut sich etwas, was aber gleichzeitig den Verlagen zumindest teilweise ein Umdenken abverlangt. Was nicht der Fall ist: dass weniger Bücher gekauft, weniger gelesen werde, im Gegenteil!

Zugleich herrscht aber auch weiterhin, vor allem im Bereich der gebundenen Bücher, eine Überproduktion. Dazu hat vor allem die Unsitte der *Imprint*-Verlage geführt, d.h. innerhalb schon bestehender Verlage und Programme wird ein weiteres Segment mit einem eigenen Verlagsnamen versehen, das ein abweichendes Programm vermitteln soll, wie ein Verlag im Verlag auftritt und schlicht die Zahl der produzierten Titel erhöht. Für den Käufer ist oft gar nicht zu erkennen, dass es sich nicht um einen eigenständigen Verlag, sondern nur um einen Nebenzweig handelt. Im Konkurrenzkampf um die Regalzentimeter in den Buchhandlungen und Buchhäusern wird so eine regelrechte Verstopfung produziert, die auch zu Unmut im Buchhandel führt. Während man auf der einen Seite in keiner Weise von Kulturabbau und -verfall bei den Lesern sprechen kann, muss man auf der

anderen Seite die Überproduktion zurückfahren, genauer hinsehen, was dem einzelnen Verlag ansteht, womit er identifiziert wird, was sein Programm tatsächlich ausmacht und auch die Buchkäufer für ein Haus interessiert.

Die Ratschläge der Unternehmensberater waren, was diesen Aspekt anbelangt, also durchaus korrekt, nur hätten die betroffenen Verlage diese Erkenntnisse auch selbst erlangen können. Verlage sind Wirtschaftsunternehmen, und das, was sie herstellen, ist auf komplizierte Weise eine Kreuzung aus Geld und Geist. Niemandem ist geholfen, wenn auf Grund einer falschen Programmpolitik ganze Verlage ruiniert werden und vom Markt verschwinden, am wenigsten den Autoren. Das Geheimnis ist eher die berühmte »Mischkalkulation«, ein Programm etwa der wichtigen belletristischen und guten Sachbuchverlage, bei dem auf Qualität geachtet

Nicht nur seichte Literatur verkauft sich in großer Anzahl.

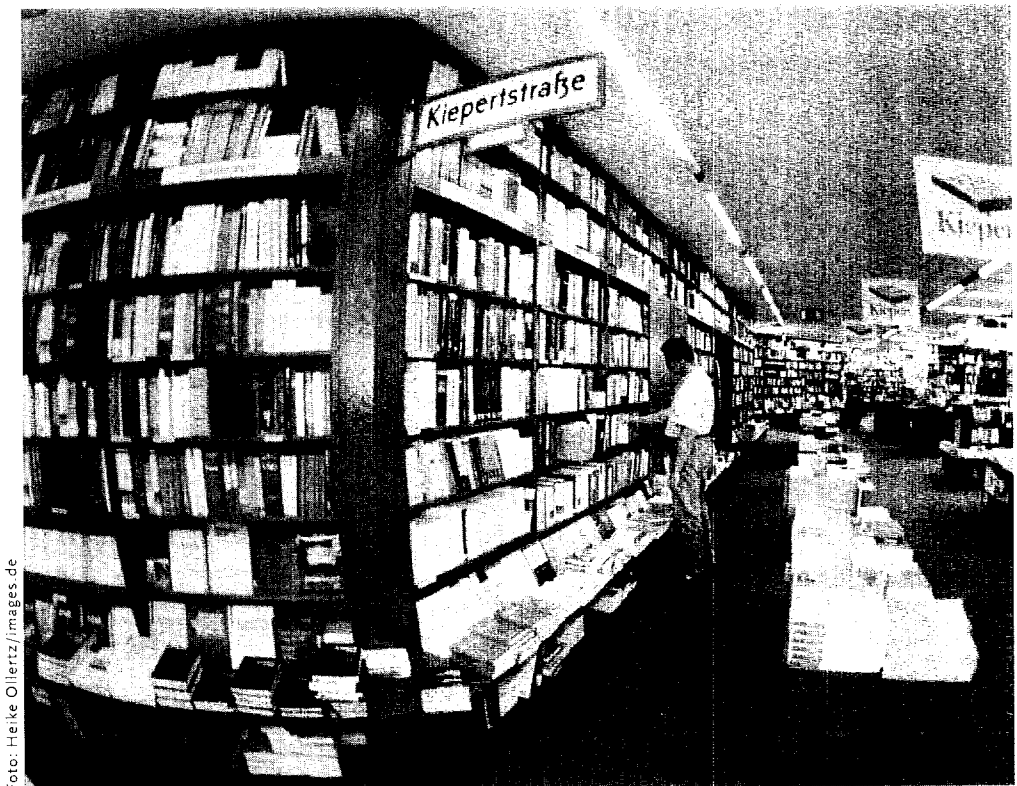


Foto: Heike Ollertz/images.de

wird und die Identität gewahrt und gleichzeitig mit dem entsprechenden Fingerspitzengefühl und passend zum Programm genügend gut verkäufliche Bücher dabei sind. Das können durchaus sehr anspruchsvolle Bücher sein, der *common place*, dass sich nur seichte Bücher in großer Zahl verkaufen lassen, ist nachweislich falsch.

Misstrauen gegenüber dem Lesepublikum ist fehl am Platz

Überhaupt ist wichtig, dass man realisiert, dass es nie ein gleichzeitig so gebildetes wie vergleichsweise gut betuchtes Publikum gegeben hat wie heute, das sehr wohl auch schwierigste Lektüre sucht und schätzt, wenn es sich davon wirklich einen Erkenntnis-, Erfahrungs- und damit einen Lustgewinn erhofft. Das von einem falschen Pädagogismus geprägte Misstrauen gegenüber diesem Publikum ist fehl am Platz, man muss nur begreifen, dass sich Stimmungen, Mentalitäten, Erfahrungswelten, die beschrieben, dargestellt, erforscht werden sollen, ändern. Natürlich sind bestimmte Felder des Literarischen, Lyrik, experimentelle Prosa, Theaterstücke, Essays, für die Verlage schwieriger zu kalkulieren, obwohl das Interesse an zeitgenössischer Lyrik steigt. Verlage müssen auch weiterhin durch die Gesetzgebung vor dem blanken Liberalismus geschützt werden, denn Bücher der genannten Genres sind in jedem Fall Verlustgeschäfte für die Verlage, sind immer subventioniert. Es wäre schön, wenn umgekehrt auch Kultursponsoren stärker bestimmte Verlagsprojekte, Werkausgaben usw. unterstützen würden, auch wenn dies nicht den Eventcharakter trägt wie eine Ausstellung, eine Operninszenierung oder ein Tanzfestival.

Entscheidend ist zu erkennen, welche Teile des Buchmarktes in Zukunft durch andere Medien ersetzt oder massiv ergänzt werden, durch die elektronischen audiovisuellen Medien und das *e-book*, und welche eben nicht. Alles, was Ratgebercharakter

besitzt, Lexika, Nachschlagewerke, Bücher dieses Typus' werden in Zukunft vermutlich als *e-book* erfolgreicher sein oder überhaupt gleich im Internet veröffentlicht. Das traditionelle, gedruckte, belletristische Buch, das dagegen eine besondere emotionale und intellektuelle Erfahrung, einen sehr persönlichen Zugang vermittelt, ist unverwundlich. Der spektakuläre, selbst von den Verlegern kaum hinreichend erklärbare Erfolg der *Harry Potter*-Romane der englischen Autorin Joanne K. Rowling zeigt eindrucksvoll, dass das Bedürfnis nach literarischen Gegenwelten, nach Büchern ungeheuer groß ist, dass das Publikum sich weiterhin latent anarchisch, unkalkulierbar verhält – alle großen Erfolge dieser Art waren vorher nicht absehbar und hinterher nur bedingt zu erklären – und dass es keine kulturelle Stromlinienförmigkeit gibt, die im alltäglichen *ondit* so oft beschworen wird. Nichts wirkt erst einmal so unzeitgemäß, so wenig unserem Alltag verwandt wie die Geschichten vom Zauberlehrling Harry Potter.

Die Bücher sind zum Teil unableitbar, was unseren Lebensstil und unsere Medienwelt anbelangen, ohne deshalb verkniffen konservativ zu sein. Die Welt fächert sich auf, auch der Kulturbetrieb, auch die kulturellen Bedürfnisse und Leistungen, aber sie lösen sich nicht einfach ab oder heben sich gar auf. Die *Harry-Potter*-Bücher oder die Romane von Ransmayr, Schlink, Sparschuh, Brüssig, Jenny, Schulze, von Marias, Hornby, Houellebecq, Ellis, McCourt existieren neben Filmen, Videos, Internet-Seiten, sie werden nachweislich nicht unattraktiver, sondern ihre Verheißung hört nicht auf. Die Verlage müssen nur begreifen, was sie in welcher Menge ihrem Publikum anbieten können, welche neuen Zugänge zum Markt existieren und welche geringere Bedeutung haben und dass sich Geschmäcker und Mentalitäten wandeln, ohne dass gleich das Abendland untergeht.

In den letzten Jahren hat sich mit dem Internet ein Kulturphänomen entwickelt, das in seiner unvergleichlichen Bindekraft und geistigen Auswirkung in der Geschichte seinesgleichen sucht. Nicht einmal die Hochreligionen haben zu ihrer Blütezeit eine solche globale Anziehungskraft besessen, durch die eine Weltkultur durchgesetzt und regionale Unterschiede obsolet werden. Der lange dominierende Unterschied zwischen öffentlichem und privaten Raum ist aufgehoben. Das Internet wird zum universalen Ort der Begegnung.

Ein *Netizen* zu sein ist keine Altersfrage, sondern ein Problem der Gewöhnung. Wie jede neue Lebensweise muss auch die Netzkultur erst gelernt werden. Zunächst scheint dies nicht einmal schwierig zu sein, bietet das Internet doch zunehmend eine Verdoppelung der bekannten Wirklichkeit an. Als gigantisches Warenhaus und wohlsortierter Flohmarkt stillt es gewohnte Bedürfnisse und bietet dabei kaum Überraschungen. Bequemer und Zeit sparend soll der Netz-Einkauf sein, dessen Virtualität endet, sobald man die Kreditkartennummer eingegeben hat. Den Rest besorgt die reale Welt, denn die Waren müssen ja noch geliefert werden.

Die Netzkultur wird nicht über neue Produkte definiert, sondern vielmehr über einen Lebensstil, zu dem sie offensichtlich einlädt. Populäre und Hoch-Kultur vermischen sich im Netz zu einer Melange, die allein dem persönlichen Geschmack zu folgen scheint. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass Nietzsches Diagnose des Herdenmenschen auch unter den Bedingungen des Internets seine Gültigkeit behalten hat: Einen »multikulturellen Massenkongformismus, voller Mikropraxis und Ich-Management«, sehen die Netzkritiker Geert Lovink und Pit Schulz am Werk (www.fiveminutes.net). Wie soll es auch angesichts des ewigen Nachrichtenstroms überhaupt möglich sein, einen eigenen

Standpunkt einzunehmen – Paul Virilio hat zur »Langsamkeit« aufgerufen, eine provozierende Haltung für eine Kultur, die auf Geschwindigkeit setzt. Doch vermutlich ist der »Wille zum Anschluss« (*Lovink/Schulz*) von vornherein zwiespältig: Man will dazu gehören, aber eben nicht um den Preis der Selbstaufgabe.

Netzmenschen wie du und ich

Die bindingslose Monade oder der aufgeschlossene Netzbürger – von welchem Typ wird das Internet heute bevölkert? Festzustellen ist, dass die Phase des anarchischen Netzes vorbei ist, und die Hacker-Ethik bloß noch in Filmen vorkommt. Das *World Wide Web* hat mit seiner einfachen Bedienung sichergestellt, dass man keine Spezialkenntnisse braucht, um mitspielen zu können. Die Normalität des zwischenmenschlichen Umgangs hat auch die Netzkultur erreicht, mit allen Vor- und Nachteilen. Die Netizen sind keine besseren Menschen, die Netzkultur ist nicht höherstehend, sondern man findet das Menschlich-allzu-Menschliche jetzt lediglich in elektronischer Form. Das Internet ist ein Spiegel der bestehenden Verhältnisse, und die Netzkultur kann nicht nachholen, was Erziehung und Selbsterziehung versäumt haben. Statt den Aufbruch zu neuen Horizonten zu ermöglichen, muss derzeit im Internet Sicherheit groß geschrieben werden: die überraschende I LOVE YOU mail entpuppt sich als gefährlicher Computervirus.

Das Internet ist keine Tugendmaschine. Aber je mehr Menschen sich im Internet tummeln und durch ihre schiere Zahl die Begehrlichkeiten von Wirtschaft und Politik wecken, desto sauberer wird das Netz werden. Denn die Programme, die uns überall Zugang ermöglichen, zeichnen auch auf, was wir getan haben. Die Internet-Gesellschaft ermöglicht den gläsernen Menschen. Eltern setzen das Programm Net-Nanny ein, Arbeitgeber lesen die e-mail ihrer Angestellten mit, und Moderatoren von Diskussionslisten achten darauf, dass Beleidigungen und Obszö-



Ein Netizen zu sein, ist keine Altersfrage, sondern Gewöhnung.

nitäten vermieden werden. Doch Überwachungsprogramme können ausgetrickst und e-mails zuverlässig verschlüsselt werden. Netzkultur ist potenziell eine zutiefst tolerante Kultur, da Verbote, die so leicht zu umgehen sind, kaum Tugend erzwingen können.

Wer allerdings einen passiven Umgang mit dem Internet bevorzugt, statt sich im Netz wie ein einfallsreicher Künstler zu bewegen, verschenkt weitgehend, was die Netzkultur zu bieten hat. Denn so sehr diese auch die Alltagskultur des realen Lebens spiegelt, so gibt es doch einige Züge, in denen sie genuin ist und ein anderes Leben ankündigt.

Lob des unbestimmten Lebens

Theodor W. Adorno klagte einst die amerikanische Kulturindustrie an, Aufklärung als Massenbetrug zu betreiben. Durch die Serienproduktion würde gerade das geopfert, was ein Kunstwerk von seinem gesellschaftlichen Umfeld unterscheidet: die Kritik der Verhältnisse. Allerdings hatte sich der Leitphilosoph der Frankfurter Schule auch nicht in seinen kühnsten Träumen ausmalen können, mit welcher Rabiathheit die Komödianten in den USA die amerikanische Lebensweise attackieren. Ob Jerry Seinfeld oder Eddie Murphy, ob *Beavis and Butthead* oder *South Park*, ob Filme wie *Clerks* oder *Dogma* – kein Tabu bleibt verschont und der kritische Blick ist erbarungslos. In der Netzkultur setzt sich fort, was die Medienkonzerne schon in ihren Programmen nicht verhindern konnten, eine Kultur ohne Referenz, für die auch das Sexleben des Präsidenten ein willkommener Stoff ist. Das Problem der Netzkultur ist nicht das Verschweigen von Informationen, sondern die Auswahl aus einer schier erdrückenden Überfülle. Niemals hört das Rauschen auf. Kaum wahrgenommen, verschwindet das Bild, der Text, die Nachricht, ohne je zur Einsicht geworden zu sein. Kulturkritiker wie Jürgen Habermas beklagen das Verschwinden der kritischen Bestimmtheit und klagen

die Unübersichtlichkeit der postmodernen Kultur an, ohne sich zu fragen, ob denn dieses endlose Strömen und die Wiederkehr des ewig Selben nicht viel näher an der Wirklichkeit des gelebten Lebens ist als das Konstrukt einer verfassten Kultur. Niklas Luhmann dagegen hat sich der Medienwelt, wie sie sich in der Netzkultur am deutlichsten ausspricht, mit Gelassenheit gestellt. Wir sind gegenüber den Medien keineswegs in erster Linie bloß passive Konsumenten, stellte der hellsichtige Soziologe fest, sondern organisieren eine auf uns jeweils zugeschnittene Auswahl der Informationen.

Ist es nicht gerade der Vorzug der Netzkultur, dass sie von der Begrenztheit unserer Vernunft und auch unseres gesellschaftlichen Engagements ausgeht, anstatt Maximalforderungen aufzustellen, die nur enttäuscht werden können? Wenn man den Willen zum Netz-Anschluss als Einsicht in die Vergeblichkeit unserer großen Wünsche interpretiert, eröffnet sich eine reizvolle Aussicht auf die Möglichkeiten der Netzkultur. Da werden Lebenstechniken wie selbstverständlich ausgeübt, die nichts Spektakuläres an sich haben und dennoch dem Projekt des Menschen (nicht zu verwechseln mit dem einst viel beschworenen Projekt der Moderne) eine neue Richtung geben. Der von der Netzkultur geprägte Mensch lernt souverän mit seiner Unbestimmtheit umzugehen. Die Menschenzüchter aller Glaubensrichtungen, ob gen- oder erziehungsorientiert, sollten sich daran erinnern, dass »Natalität« (*Hannah Arendt*) wie Sterblichkeit für den Menschen im Gegensatz zum Tier nicht Anfang und Ende sind, sondern Existenzialien, auf die er während seines ganzen Lebens zurückgreifen kann. Keine Bestimmung kann ein gelebtes Leben binden, dessen Theorien sich stets nachträglich bilden und im Augenblick ihres Entstehens bereits lächelnd aufgegeben sind. Wer in das Lob des unbestimmten Lebens einzustimmen vermag, fürchtet keine Informationsverschmutzung, sondern erfreut sich am Ur-

strom des *World Wide Web* ohne Hintergedanken.

Unaufdringlich ist die Technik im Netz, nomadisch unsere berechtigten Interessen, und indirekt die Gemeinschaft, die wir mit anderen bilden. Dass Technologien erst dann vermenschlicht sind, wenn man sie nicht mehr merken kann, ist der Grundsatz einer posttechnischen Epoche, wie sie die Visionäre des Internets ankündigen. Unsere technischen Geräte, vom Nanocomputer in der Blutbahn bis zum Super-Flugzeug, werden vernetzt, und kümmern sich um Lebensvorgänge, die zu zirkulär sind, um unserer aufmerksamen Entscheidung zu bedürfen. Es ist eine sinnlose Verschwendung menschlicher Kreativität, als Aufpasser für Prozesse zu fungieren, die mit interner Rückmeldung mustergültig funktionieren. Die Software wird ins Netz ausgelagert, dem individuellen Blick entzogen, und das kindliche Gejubil über jede neue technische Variante wird endlich verstummen. In der Posttechnik sind die besten Maschinen im Einsatz, und bis auf ein paar Spezialisten findet dies niemand bemerkenswert. Wer diese Beobachtung für unglaublich hält, sollte einmal darauf achten, wie wenig im gesellschaftlichen Diskurs über das Wunderwerk gesprochen wird, das unsere organische Existenz bedeutet.

Die Netzkultur ermutigt eine nomadische Lebensweise. Allerdings sind es Nomaden, die überall zu Hause sind und durchaus nachhaltig mit ihrer Umwelt umgehen. Die Nomaden alten Stils, die nirgendwo zu Hause waren, und ohne Bedauern weiterzogen, wenn sie ihre Umgebung vernutzt hatten, sind im Netz nicht erwünscht. In die virtuelle Kultur bringt man sich selber ein, von der eigenen Webseite bis hin zu den geheimsten Wünschen, für die man lediglich den richtigen chat room finden muss. Hatte man in den Anfangsjahren des Netzes noch vielfach kritisch angemerkt, dass der Cyberspace leibfeindlich sei, so ist davon heute nur bei ober-

flächlichen Beobachtern noch die Rede. Anthropologen der virtuellen Welt wie Sandy Stone vom ACTLAB der Universität Austin haben erfolgreich demonstriert, dass das menschliche Leibgefühl nirgendwo mehr gebraucht und eingesetzt wird als beim Surfen im Netz. Ein Gedanke ist ohne Empfindung von schulmeisterlicher Langweile. Um unser Interesse auch nur zu halten, muss das Angebot auf dem Bildschirm das Leben in seiner ganzen Fülle evozieren.

Generation der Freunde

Das soziale Leben zu intensivieren, ist vielleicht der wichtigste Zug der Netzkultur. Oft angefeindet als solipsistisch vereinzeldes Medium, hat das Internet doch in Wahrheit eine althergebrachte Art von Gemeinschaft wiederbelebt, die sachlich als Freundeskreis beschrieben werden kann. In die virtuellen Gemeinschaft wird man nicht durch Sozialisation aufgenommen, sondern man sucht sich, hat man die Basistechniken des Netzes gelernt, seinen eigenen Kreis. Um diesem anzugehören, braucht man seine Individualität nicht aufzugeben, im Gegenteil, denn der Ausdruck der eigenen Person ist die Voraussetzung dafür, als Freund aufgenommen zu werden. Die Netzkultur ermöglicht einen sozialen Umgang, der bisher Bildungseliten vorbehalten war, indem sie jedem einzelnen die Auswahl derjenigen Personen überlässt, mit denen man kommunizieren will. Jeder kann Diskussionsforen und Mailinglisten seines Geschmacks finden und selber eröffnen. Der Offenheit der Vernetzung und der Durchlässigkeit zwischen den Netzwelten entspricht eine indirekte Kommunikation, die den Anderen wahrnimmt und schätzt, aber nicht vereinnahmt. Avital Ronell hat in dem rhetorischen Akt des Grüßens eine solche Anteilnahme analysiert und unterstrichen, dass man freundschaftlich gerade dann miteinander verbunden ist, wenn man eine gewisse Distanz nicht aufgibt. Die Rehabilitation der Höflichkeit als soziale Geste ist mit der Netzkultur gut zu vereinbaren.

HEP KREKEL

Blumen zur Zwangsehe

Die Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg

»Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.« Das war ein historischer Spruch zur geeigneten Zeit. Elf Jahre nach dem Mauerfall sind dagegen viele Menschen in Friedrichshain und Kreuzberg der Überzeugung, jetzt werde zusammengezwängt, was so gar nicht zusammengehöre. Denn die beiden flächenmäßig kleinsten Berliner Bezirke verbinde nichts weiter als eine Reihe von Problemen und nur eine einzige Brücke über die Spree. So sieht auch Dieter Hildebrandt, nach dem Willen von PDS, SPD und GRÜNEN zukünftiger und inzwischen zurückgetretener Bürgermeister des gemeinsamen Stadtbezirks, die Zukunft eher kritisch. »Stadräumlich betrachtet«, so meint er, »wird die Spree Kreuzberg weiter von Friedrichshain trennen«.

In der Tat trennt der Fluss – wie einst die Mauer – die beiden Bezirke, aber wie schon zu Zeiten der geteilten Stadt ist die 1894-96 erbaute und nach der Wende rekonstruierte *Oberbaumbrücke* auch ein Symbol der Überwindung dieser Trennung. Hier, wo im 19. Jahrhundert nachts ein Baum in der Fahrinne den Zugang zum Zentrum Berlins versperrte, konnten zumindest Westberliner zu Fuß durch die Mauer nach Ostberlin gelangen. Jetzt strömt der Verkehr zweispurig, und die legendäre U1 wurde über die Brücke nach Friedrichshain verlängert. Und hier, im Niemandsland zwischen Spree und Bahngleisen findet sich auch ein gewichtiger Teil der Zukunft des Fusionsbezirks: die *Oberbaum-city*. In den alten Fabrikhallen produzierte in den Zwanzigern der OSRAM-Konzern Glühlampen für ganz Deutschland. Nach dem Krieg erstrahlte der berühmte Leuchtkubus

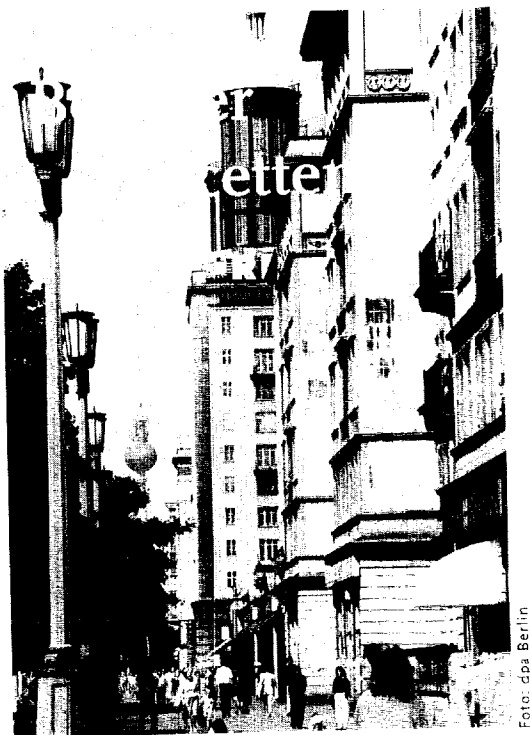


Foto: dpa Berlin

für das Kombinat VEB NARVA ROSA LUXEMBURG, das größte Glühlampenwerk der DDR mit 5000 Beschäftigten. Nachdem 1992 hier die Lampen ausgingen, wurden die Gebäude größtenteils entkernt, der Kubus wurde ausgebaut und beherrscht nun die neue kleine *Technologiecitiy*, in der sich neben dem *INTERNATIONALEN DESIGN ZENTRUM* viele Multimedia- und Kreativfirmen niedergelassen haben. Hier können sich die Tüftler an den Zukunftstechnologien dann nach getaner Arbeit überlegen, ob sie ihren Feierabend eher im ehemaligen Prachtbezirk der DDR verbringen wollen oder lieber ihre Schritte gen Kreuzberg, in das verblasste Mekka von Aussteigern, Künstlern, Punks und Hausbesetzern lenken wollen. Beiden Bezirken ist zumindest gemeinsam, dass sie sich von dem Umbruch nach der Wende und der folgenden Krise erst in den letzten drei Jahren allmählich wieder erholen.

Die Westberliner Politik hatte den Mauerbezirk Kreuzberg in den 60er Jahren verwahrlosen lassen, und ihrem Konzept einer Kahlschlagsanierung konnte erst nach mas-

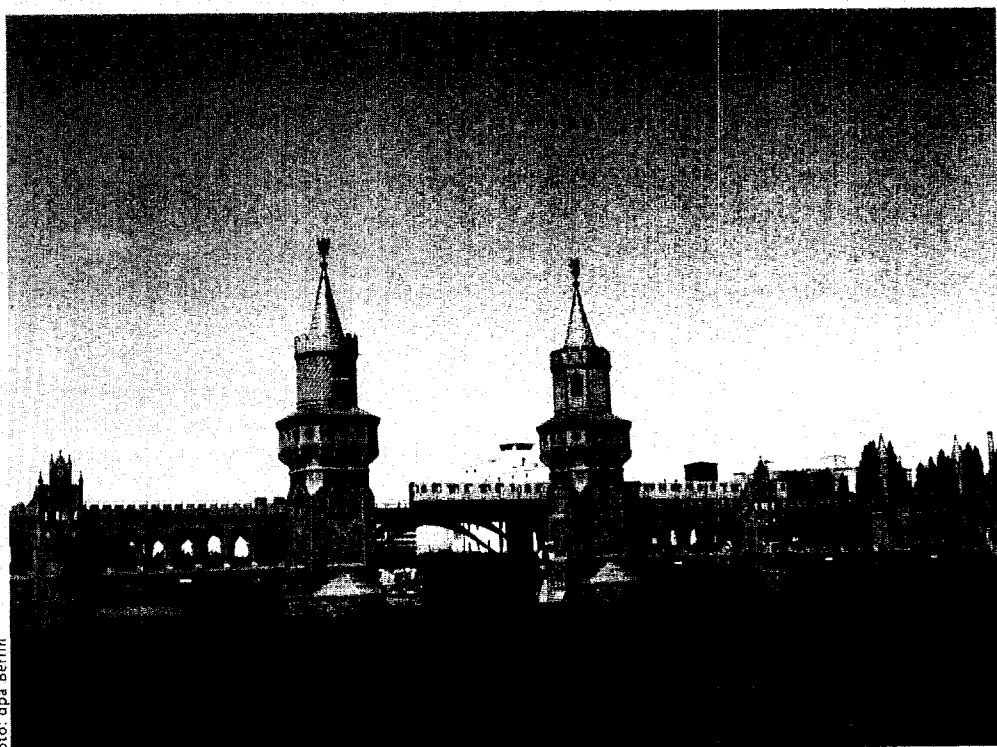
sivem Protest Einhalt geboten werden. Hausbesetzer, Mieterverbände und Bürgerinitiativen erreichten, dass Mitte der Siebziger eine Phase der behutsamen Stadterneuerung einsetzte; die Ergebnisse der Internationalen Bauausstellung von 1987 sind dafür ein beredtes Zeugnis. Waren schon früh wegen der niedrigen Mieten türkische Migranten nach Kreuzberg gekommen, so zog nun das multikulturelle Flair auch Künstler und Studenten an. Eine besondere Szenekultur entstand, Kneipen, Läden und Lofts sprossen aus dem Boden, und jeder, der in der alten Bundesrepublik an ein aufregendes und bewegtes Berlin dachte, meinte Kreuzberg. Als jedoch die Mauer fiel und damit der Bezirk aus der Randlage in die Mitte der Hauptstadt rückte, da eilten die Hausbesetzer auf die andere Seite der Spree, in die verrottenen Friedrichshainer Mietskasernen, die Kultur- und Kneipenszene nistete sich in Mitte und Prenzlauer Berg ein. Zurück blieben die wehmütige Erinnerung der Altachtundsechziger, Drogenprobleme und eine schwierige soziale Struktur. Erst in den letzten zwei Jahren belebt sich Kreuzberg wieder, reumütig kehren einige Ostausflügler zurück und erfinden mit den standhaft Daheimgebliebenen das multikulturelle Kreuzberg in einer etwas beschaulicheren Variante noch einmal neu.

Eine ganz andere Entwicklung nahm Friedrichshain, das ebenso wie Kreuzberg erst 1920 aus recht unterschiedlichen Gebieten zu einem Stadtbezirk geformt worden war. Die ehemals rote Arbeiterhochburg avancierte zum Prachtbezirk der DDR und zum Paradeplatz des SED-Regimes. Unweit des Alexanderplatzes, zwischen Strausberger Platz und Proskauer Straße entstand 1952 unter der Leitung von Hermann Henselmann das einzige städtebauliche Großprojekt der Nachkriegszeit, der Prachtboulevard STALINALLEE, heute Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee. Erbaut im sozialistischen Zuckerbäckerstil wurde sie schnell zur internationalen Flaniermeile des Ostens mit dem

Uraufführungskino INTERNATIONAL, der NATASCHA-BAR, dem CAFÉ WARSCHAU und dem in den 60er Jahren erbauten KOSMOS-KINO. Die Karl-Marx-Allee war nicht nur Aufführungsort zahlreicher Leistungsschauen sozialistischer Stärke bei den Paraden der DDR zum Ersten Mai, sondern auch Schauplatz eines Ereignisses von westdeutscher historischer Bedeutung, dem lange mit dem *Tag der Deutschen Einheit* gedacht wurde. Denn hier fand am 17. Juni 1953 der Streik der Bauarbeiter gegen die Normerhöhung am Vortage statt, der sich schnell ausbreitete und dessen Niederschlagung hundertfünfzig Menschen das Leben kostete.

Nach Fertigstellung der Allee konnten neben den zahlreichen verdienten Antifaschisten auch die am Aufbau mitwirkenden Arbeiter in relativ luxuriöse Wohnungen einziehen. Am letzten Tag vor dem Ende der DDR stellte der Magistrat das städtebauliche Ensemble unter Denkmalschutz. Obwohl die Karl-Marx-Allee nun fast vollständig renoviert ist und ihr großstädtisches Flair viele Besucher fasziniert, ist es äußerst schwer, sie wieder mit Leben zu erfüllen, zu weitläufig ist die ehemalige Prachtstraße, uninteressant für den Handel in einer Zeit, in der das Flanieren nicht mehr angesagt ist. Erst unlängst hat man versucht, unter dem Motto »marx attracts« mit temporären Bars, Galerien und Diskotheken das Interesse an dieser Zeile wieder zu wecken, aber Erfolge lassen noch auf sich warten. Doch trotz der vielen DDR-Hypothesen, zu ihnen zählt auch der ehemalige Hauptbahnhof – nun als Ostbahnhof Endstation vieler Fernzüge und verkehrstechnisch überhaupt nicht in die Stadt eingebunden – Friedrichshain gilt als der aufstrebende Bezirk im Osten, wird von vielen Blättern, die über Berlin berichten, als Geheimtipp angepriesen und ist damit wahrscheinlich schon keiner mehr.

So unterschiedlich auch die Geschichte beider Bezirke gewesen sein mag, es verbindet sie mehr, als nur die OBERBAUMBRÜCKE. Beide liegen an dem breiten Teil der Spree,



Kreuzberg und Friedrichshain verbindet mehr als nur die »Oberbaumbrücke«.

wo zusammen mit dem Landwehr-Kanal das Wasser einen ganz eigenen Reiz entwickelt. Im Urbanhafen auf Kreuzberger Seite schauen die Restaurantschiffe, in Alt-Stralau an der Rummelsburger Bucht wird das Erlebnis Wasserstadt mit neuen Wohnhäusern zelebriert, und es bleibt zu hoffen, dass der kleine GARTEN DER KÜNSTE, in dem man am Wochenende mitten in der Stadt dem Gefühl frönen kann, unter Obstbäumen auf dem Land zu sein, nicht dem Kommerz zum Opfer fällt. Beide Bezirke befinden sich in unmittelbarer Nähe zur neuen Mitte Berlins. Kreuzberg mit seinen bedeutenden Museen wie dem MARTIN-GROPIUS-BAU und dem JÜDISCHEN MUSEUM grenzt direkt an den Potsdamer Platz, schon jetzt eine der wichtigsten Touristenattraktionen der Stadt. Von hier aus wird der Bezirk wahrscheinlich die deutlichsten Änderungen erfahren, und es wird Aufgabe der Politik sein, gestaltend einzugreifen. Friedrichshain, nicht ganz so direkt an der neuen Mitte gelegen, entfaltet

in seinen Sanierungsgebieten eine neue Attraktivität des Wohnens. Intakte Viertel mit einer studentisch geprägten Szene rund um den Boxhagener Platz und die Simon-Dach-Straße erinnern an die Aufbruchstimmung aus vergangenen Kreuzberger Tagen und Nächten. Und dann entsteht ja auch im Herzen des neuen Bezirks jene Oberbaumcity, wo die Politik versuchen muss, möglichst viele Firmen aus den zukunftsweisen den Bereichen der Informationstechnologien anzulocken.

Denn es wird Zeit, dass man nicht mit Schaudern auf die vielen Probleme dieser Vereinigung blickt, nicht mehr länger sorgenvoll auf die vielen Sozialhilfeempfänger und den Haushalt schaut, und sich auch nicht – wie es die Autonomen seit 1998 pflegen – mit faulem Obst auf der Warschauer Brücke bewirft, sondern sich mit dem festen politischen Willen, die Zukunft des neuen Bezirkes gemeinsam zu gestalten, auch einmal Blumen überreicht.

Die Reportage

ELKE SCHUBERT Vor Ort gegen rechts Die RAA Brandenburg

Warum ausgerechnet in den letzten Monaten Übergriffe auf Ausländer ein stärkeres Interesse in Medien und Politik erfahren, erscheint nur auf den ersten Blick rätselhaft. Obwohl das Thema schon seit dem Fall der Mauer virulent ist, als im Osten nichts mehr von der viel gepriesenen »internationalen Solidarität« zu spüren war, setzte im Abstand von acht Jahren in diesem Sommer erneut eine öffentliche Diskussion ein, der daran lag, möglichst schnell und effektiv dem Rechtsextremismus vor allem in den neuen Bundesländern Einhalt zu gebieten. Über die verspätete Reaktion muss man nicht spekulieren. Denn nun mischt sich auch die Wirtschaft mit harschen Statements in die Debatte ein. Sie ist langfristig auf ein Potenzial ausländischer Arbeitskräfte (es müssen nur die richtigen sein) angewiesen und fürchtet um den »Wirtschaftsstandort Deutschland«. Rechtsextreme Übergriffe sollen nun juristisch strenger geahndet werden, hohe Gefängnisstrafen drohen jenen jungen Straftätern, denen ein Leben egal ist, wenn es sich um Menschen anderer Hautfarbe, Obdachlose oder sonst aus der Gesellschaft Ausgegrenzte handelt. Sogar ein Verbot der NPD hat man in Erwägung gezogen. Reichen wird das nicht, zumal Politiker wie Joschka Fischer die Lösung des Problems an die Gesellschaft zurückgegeben haben. Konzepte sind gefragt, doch welche?

Nahezu unbemerkt von einer breiten Öffentlichkeit gibt es schon seit 1992 nicht nur im Land Brandenburg Initiativen von engagierten Sozialarbeitern, Lehrern und ehrenamtlichen Mitarbeitern, die mit ihrer Arbeit vor Ort durch kontinuierliche Beratungen, Zusammenarbeit mit den Vertretern

der Kommunen, Aufklärung in Schulen und Freizeiteinrichtungen rechtsextremen Tendenzen entgegentreten wollen. Vor allem sind sie sich darüber bewusst, dass es mit kurzfristigen Maßnahmen und Lippenbekenntnissen nicht getan ist. Von ihnen soll hier die Rede sein, auch weil sie meist mit geringen finanziellen Mitteln und wenig Personal ausgestattet sind und mehr Beachtung durch die Öffentlichkeit verdient haben.

Die Initiative mit dem etwas behäbigen Namen REGIONALE ARBEITSSTELLE FÜR AUSLÄNDERFRAGEN, JUGENDARBEIT UND SCHULE e.V. (RAA), entstand schon in den siebziger Jahren in Westdeutschland, in einer Zeit also, als zehntausende Immigranten ins Land kamen und man in Schulen und im Freizeitbereich vor dem Problem der Integration von Migrantenkindern stand. Interkulturelle Projekte wurden durchgeführt, Bürgerrechte wie das kommunale Wahlrecht für die Einwanderer gefordert und Lehrer und Sozialarbeiter eingebunden. Mehrere Landesregierungen hatten dieses nicht unumstrittene Projekt – schon damals war man an einer Integration nicht interessiert – finanziert und die FREUDENBERG-STIFTUNG zusätzliches Geld gegeben.

Frauke Postel, Sozialarbeiterin, arbeitet schon seit den Anfängen bei der RAA Brandenburg. Als kompetente Gesprächspartnerin kann sie nicht nur von der Arbeit in ihrer Region berichten, sondern zudem die gesellschaftlichen Zusammenhänge und ihre Auswirkung auf kleine brandenburgische Dörfer und Städte seit der Wende anschaulich darstellen. Gegründet wurde die RAA Brandenburg 1991/92, als eine Welle rechtsextremer Übergriffe das Land erschütterte und Politik und Medien noch von einem »Jugendproblem« sprachen; selbst nachdem der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde zu Tode getreten wurde, regte sich kaum Protest. Heute wissen wir, dass sich in der rechtsextremen Szene meist Jugendliche tummeln, die entweder zur Schule gehen, einen Arbeitsplatz haben oder sich in einer Ausbildung

befinden, also in vergleichsweise gesicherten Verhältnissen leben.

»In den letzten zehn Jahren hatten Jugendliche im Osten kaum eine Möglichkeit, Demokratieerfahrungen zu machen.«, sagt Frauke Postel und will damit keineswegs deren Straftaten entschuldigen. »Das ist ein großer Unterschied zum Westen. Das Feld der Jugendarbeit wurde sehr stark vernachlässigt und damit die Möglichkeiten zur konkreten Partizipation in allen Lebensbereichen nicht genutzt, weil es keine festen Strukturen gibt, weil nicht professionelle Jugendarbeiter in den Clubs und Jugendheimen arbeiten, meist ABM-Kräfte oder Umschüler, die keine Hilfestellung erhalten.« Die rechtsextreme Szene, vor allem die sich jugendnahe gebende NPD, hat hier leichtes Spiel, weil sie all das anbieten kann, was Jugendliche vermissen: den Zusammenhalt der Gruppe, die entsprechende Musik und das Selbstbewusstsein, etwas Besonderes zu sein, wenn man sich gegen Ausländer abgrenzt. Gerade einmal zwei Prozent Ausländer, meist Asylbewerber oder Kriegsflüchtlinge, leben in Brandenburg, und sie leben gefährlich. Auch als Aggressionsobjekte für die-

nicht. Zeigt jemand Zivilcourage, wird er möglicherweise ebenso gnadenlos verfolgt wie diejenigen, für die er eingetreten ist. Hier setzt die Arbeit der RAA an, ihren Mitarbeitern geht es vor allem darum, jene zu unterstützen, die als Lehrer, Sozialarbeiter, Bürgermeister dem Rechtsextremismus Aufklärung und Anschaulichkeit entgegensetzen wollen. So sind zahlreiche Projekte entstanden, welche die Begegnung zwischen den Kulturen fördern, Neugierde auf das Fremde wecken und Weltoffenheit im schulischen und außerschulischen Bereich erreichen wollen.

Im Laufe der Jahre hat die RAA-Brandenburg ein Netz von selbstständigen Einheiten geschaffen, neun Niederlassungen gibt es, in denen je ein Sozialpädagoge zusammen mit einem Teilzeitlehrer arbeitet, unterstützt von zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern. Sie alle haben die Erfahrung gemacht, dass ihre Angebote angenommen werden, ob von Schulen, sozialen Einrichtungen oder ganzen Gemeinden. Jedes Büro hat einen regionalen Zuständigkeitsbereich, in dem sich die Projekte an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Beispielsweise Strausberg: Hier werden vor allem der Jugendaustausch mit Israel intensiviert, Projekte mit Schülern gefördert, die sich mit Antisemitismus beschäftigen, und Reisen zu Gedenkstätten organisiert. In der Geschäftsstelle Potsdam laufen die Fäden zusammen. Die hiesigen Mitarbeiter unterstützen die Entwicklung von Konzepten, entwickeln didaktische Materialien zum Thema Rechtsextremismus im Unterricht und führen Lehrerfortbildungen durch. Entlang des Grenzgebietes zu Polen bietet die RAA unter dem Namen *Spotkanie* polnischen bzw. deutschen Sprachunterricht für interessierte Schüler an. Doch für dieses schöne Projekt, das zum Verständnis mit den unmittelbaren Nachbarn gedacht ist, sind die Fördermittel ausgelaufen, weil kein Geld mehr da ist.

Frauke Postel ist beim MOBILEN BERATUNGSTEAM (MBT) angestellt, das im Sommer 1992 als eine Abteilung der RAA gegründet wurde. »Wir waren vier Leute, sind in die



Foto: RAA-Brandenburg

Aufkleber der Rechten in Storkow

jenigen, die sich als Menschen zweiter Klasse fühlen. Und nicht nur in Brandenburg. Da ist es kein Wunder, dass sich auf Schröders Greencard-Kampagne nur wenige ausländische Spezialisten meldeten. Aus der Gesellschaft heraus und ohne Strafen befürchten zu müssen, können Jugendliche im Osten ganze Städte terrorisieren. Was an organisierten politischen Bezügen hinter diesen Jugendszenen steckt, sieht man auf dem ersten Blick



Das Friedensdorf in Storkow ist eines der ambitionierten Projekte des mobilen Beratungsteams.

Gemeinden gezogen und haben dort teilweise gelebt, in Asylbewerber- und in Lehrlingsheimen. Vor allem haben wir mit den Leuten geredet, wo immer sich eine Möglichkeit bot, und daraus unsere Strategien entwickelt.« Diese Arbeit hat Anerkennung gefunden und wird seitdem vom Programm »Tolerantes Brandenburg« der Landesregierung finanziert. Dreizehn Kollegen arbeiten jetzt in fünf Regionalbüros, Frauke Postel in Neuruppin. Mit dabei ist auch der Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner als wissenschaftlicher Berater. Das MBT berät Behörden, Kommunalpolitiker, Kirchen, Gewerkschaften, Sozialarbeiter und regionale Initiativen, die sich gegen rechtsextreme Tendenzen in ihrer Region stark machen. Mitarbeiter gehen beispielsweise zu Bürgerversammlungen, auf denen sich Einwohner und Geschäftsleute gegen die Etablierung eines Asylbewerberheims in ihrem Ort wehren, um diejenigen zu unterstützen, die differenziert argumentieren, und durch Aufklärungsarbeit Vorurteile abzubauen. Gerade in dieser »Feuerwehrfunktion« stößt das Team immer wieder an seine Grenzen: »Da gibt es im Kern Europas eine Region, wo ein drastisch kleiner Ausländer-Anteil lebt, Menschen, die keinerlei Bürgerrechte haben, weil sie Asylbewerber sind. Sie leben gettoisiert in abgelegenen Massenquartieren, hier kann man keine normalen Nachbarschaftsbeziehungen aufbau-

en. Warum ist das so? Weil die Gesetze so sind.« Das kann man am Beispiel des FRIEDENSDORFES in Storkow, eines der ambitionierten Projekte von RAA und MBT, verfolgen. Die Idee, ein Friedensdorf mit zehn Häusern in internationaler Zusammensetzung und mit Beteiligung der Bürger Storkows zu bauen, ist jetzt nach Jahren harter Arbeit Realität geworden. Allerdings ist der Anteil der nicht-deutschen Mieter kleiner als ursprünglich erhofft, denn nur ein verschwindend geringer Teil der Ausländer in Brandenburg hat wegen der Gesetzgebung überhaupt das Recht auf Niederlassung. Trotz dieser Tatsache und der immensen Schulden, die das FRIEDENSDORF auch nach seiner Fertigstellung belasten, ist immerhin ein Ziel erreicht: Bisher hat sich keine rechte Szene wie in anderen Orten etablieren können.

Hat sich durch die Arbeit der RAA etwas verändert? Es gibt keine messbaren Erfolge. Manchmal komme sie sich vor wie eine Hochstaplerin, meint Frauke Postel, weil man sich Aufgaben stelle, die eigentlich gesellschaftlich gelöst werden müssten. Die aktuellen Initiativen der Bundesregierung, beispielsweise wurden PR-Agenturen beauftragt, sind für Postel »Schnellschüsse«, zwar gut gemeint, aber am kurzfristigen Erfolg orientiert. Erfreulich sei es immerhin, dass jetzt endlich die virulente Ausländerfeindlichkeit von der Politik erkannt worden sei und die

reale Statistik der Übergriffe auf den Tisch komme. Und auch die RAA hat profitiert: Einige Finanzierungslücken seien wohlwollend geschlossen und das Projekt insgesamt bekannter geworden, erklärt die Pressesprecherin auf Anfrage. Mühsam und wenig attraktiv scheint die Arbeit der RAA zu sein, nichts für effekthaschende Berichterstattung in Presse und Fernsehen. Und dennoch ist dieses dezentral orientierte Projekt eine der wenigen Möglichkeiten, die noch bleiben, um eine nachhaltige Veränderung zu erreichen. Die Politik sollte sich überlegen, ob sie Gruppen wie die RAA besser als bisher finanziert, anstatt teure PR-Agenturen zu beauftragen.

Berlin-Bücher

SONJA THRÄNERT Jahrtausendwende in Berlin Christian Saehrendts »Berliner Jahre«

Irritiert schaut der Leser auf das Erscheinungsdatum: Jahrgang 2009 einer Vierteljahreszeitschrift des ARCHIVS FÜR KUNSTGESCHICHTE? Bei näherem Hinsehen stellen sich das Layout, die Redaktion, der Herausgeber als eine geschickte Tarnung heraus: Das Werk *Christian Saehrendt. Berliner Jahre 1995-2000*, im Eigenverlag herausgegeben, ist unter seinem virtuellen Deckmantel ein Tätigkeitsbericht dieser fünf Jahre – ein Künstlerbuch.

Zu diesem außergewöhnlichen stilistischen Mittel griff der Berliner Künstler im Bewusstsein, dass vor der Jahrtausendwende die Metropole Berlin als »stadtgeschichtliches Provisorium« nach dem Fall der Mauer existierte. Es spiegelte die Heterogenität der Lebensstile und kulturellen Prägungen wider. Im Rückblick wird hier ein wichtiger Zeitab-

schnitt des Werkes Christian Saehrendts dokumentiert, und zwar die Mitte der neunziger Jahre, in dem – so definiert es der fiktive Herausgeber des Bandes – aus der »Situation eines Laboratoriums« eine »Mythologisierung der Ereignisse ein[setzte], die von den Stadtmarketingkonzepten der Tourismuslobby und den politischen Entscheidungsträgern überformt und schließlich bis zur Unkenntlichkeit verfälscht wurden«. Saehrendts Dokumentation soll, so der Anspruch, im Gegensatz dazu durch die Verwendung von zeitgeschichtlichen Quellen frei von Kanonisierungen und authentisch sein; sie ist zusammengesetzt aus vielfältigen Eindrücken, künstlerischen Aktivitäten und Produkten, und anderen Dokumenten.

Einleitend stellt Saehrendt autobiografische Materialien mit collagierten Bildern vor, dann folgen beispielsweise »Begebenheiten« aus Wahlkampfveranstaltungen und anderen in Berlin stattgefundenen politischen Ereignissen aus den Jahren 1998 und 1999, welche in einem sehr subjektiven Stil nachgezeichnet sind: Die Eröffnungssitzung des Deutschen Bundestages im neu renovierten Reichstagsgebäude mit beobachteten Gesprächssituationen zwischen Clement, Diepgen, Eichel und anderen Politikern; Schröder und Lafontaine im Wahlkampf; Kohl bei einer Veranstaltung der ADENAUER-STIFTUNG; oder etwa Merkel und Diepgen bei der Einweihung der GEDENKSTÄTTE BERLINER MAUER, ein Auftritt von Außenminister Fischer bei einer Feier in der FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN – in allen »Begebenheiten« fängt Saehrendt die subjektiv empfundene Atmosphäre bei verschiedenen politischen Ereignissen ein, schildert Begegnungen und Assoziationen.

Aufgenommen sind auch eigene Artikel, wie etwa der über die Eröffnung des HOTEL ADLON als »Schauplatz der Geschichte«, als »Prestigeobjekt der Berliner Republik«. Diesen Aufzeichnungen folgen Briefe, die sich mit Saehrendts Werk befassen, sowie Dokumente zu seiner Auszeichnung durch den



Einladungskarte zur Ausstellung »Wahlkampf ist Malkampf«.

Förderpreis 1997 des Schweizer KURATORIUMS FÜR BILDENDE KUNST IN EUROPA, den er für seine »kritischen Analysen gegenwärtiger Kulturpolitik« erhielt.

Schaffensschwerpunkte von Saehrendts Jahren 1995-2000 sind aber vor allem Gruppenausstellungen in den Räumen der STÄNDIGEN VERTRETUNG DER NEUEN ANSTÄNDIGKEIT in Berlin-Mitte, die 1995 als Zusammenschluss mehrerer Künstler eröffnet wurde, sowie Saehrendts viel beachtete Ausstellung *Wahlkampf ist Malkampf*, die 1999 nochmals in der Galerie der IG MEDIEN und einige Monate später in der »Kleinen Humboldtgalerie« der HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU Berlin präsentiert wurde. Saehrendt dokumentiert hier Bilder der Ausstellung und atmosphärische Schilderungen von politischen Veranstaltungen aus dieser Zeit. Als Ensemble sollen sie sich zu einer Art Porträt der Bundesrepublik in den Jahren zwischen 1995-2000 zusammenfügen. Besonders in diesen Bildern und in den »Begebenheiten«

wird der Wandel der Darstellung von Politik in den Medien thematisiert, indem Motive und Szenen subjektiv wahrgenommen sind und darin schon fast an Karikaturen erinnern. Dabei zeigen die Kunstwerke die Inszenierung der Politik durch ein Repertoire festgelegter Gesten und Posen, und auch die Floskelhaftigkeit von Wahlkampfbotschaften.

Christian Saehrendt ist ein Künstler mit aufklärerischem Anspruch, er möchte zum Nachdenken anregen. In seinem Buch hat er die Umsetzung dieses Anspruchs und die Vielfältigkeit seines Schaffens dokumentiert, das könnte Liebhaber von Kunst, aber auch von Politik gleichermaßen interessieren.

»Dokumente zur Kunstgeschichte der Jahrtausendwende: Christian Saehrendt. Berliner Jahre 1995-2000«; Bestelladresse: Redaktion Archiv für Kunstgeschichte, Linienstr. 45, 10119 Berlin, für 48 DM.

JOACHIM RIECKER

Eine außergewöhnliche Wandlungsfähigkeit

Weiterer Versuch am Aufstiegsphänomen Joschka

Vom Taxifahrer zum Turnschuhminister, vom Sponti zum Staatsmann, vom lebenslustigen Feinschmecker zum laufwütigen Fitness-Fan: Kein anderes Mitglied der rot-grünen Bundesregierung hat einen so schillernden Lebensweg wie Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer. Nachdem die Rundfunkjournalistin Sibylle Krause-Burger (*Der Marsch durch die Illusionen*) die bisherige Entwicklung dieses ungewöhnlichen Mannes geradezu verklärt und der Ex-TITANIC-Redakteur Christian Schmidt (*Wir sind die Wahnsinnigen*) sie im gleichen Maße verdammt hat, gibt es nun eine neue Biografie über Deutschlands Außenminister. Der ZEIT-Journalist Michael Schwelien nennt sie schlicht *Joschka Fischer. Eine Karriere*.

Leider misstraut Schwelien der Geduld und dem Interesse seiner Leser und hat sein Buch deshalb in viele kleine Häppchen unterteilt, die chronologisch kaum geordnet sind. Vom Kosovo geht es in die Frankfurter Szenekneipe *Nutten Louis* und von dort gleich in die EVANGELISCHE AKADEMIE, wo Fischer Anfang dieses Jahres einen bemerkenswerten Vortrag über Gustav Stresemann hielt. Schweliens Erzähltechnik, die offenbar Spannung herstellen und Querverbindungen aufzeigen soll, wirkt auf Dauer eher verwirrend. Das Buch ist zwar unterhaltsam und flüssig geschrieben, eine klare Ordnung hätte ihm jedoch keineswegs geschadet.

Schwelien, selbst ein Alt-Linker, traf Fischer zum ersten Mal Anfang der 70er Jahre in einer der zahllosen studentischen Polit-Gruppen Frankfurts. Später liefen sie sich immer mal wieder beruflich über den Weg,

Fischer als aufstrebender Politiker, Schwelien als Redakteur. Er ist überzeugt, dass Fischer seine Karriere vor allem seiner außergewöhnlichen Wandlungsfähigkeit und seinem Geschick im Umgang mit den Medien zu verdanken hat. Schon immer habe er den Hang dazu gehabt, seine Auftritte großartig zu inszenieren. Zuerst in den verräuchten Szene-Kneipen und überfüllten Hörsälen Frankfurts, später auf den chaotischen Parteiversammlungen der GRÜNEN und bei den Rededuellen im Bundestag, schließlich dann als Staatsmann auf dem internationalen Parkett. Über wirklich belastungsfähige Prinzipien habe er jedoch nie verfügt. Zweifellos beschreibt Schwelien damit wichtige Aspekte im Charakter Fischers. Doch reichen sie aus, um das Phänomen seines Aufstiegs zu erklären?

Eine der längsten durchgehenden Passagen widmet Schwelien dem Kosovo-Krieg. Es ist ja tatsächlich eine höchst bemerkenswerte Tatsache, dass ausgerechnet ein grüner Außenminister und ein sozialdemokratischer Bundeskanzler Deutschland in den ersten Krieg seit 1945 führten. Doch Schweliens Buch macht vor allem deutlich, dass diese dramatischen Monate des Jahres 1999 und ihre Vorgeschichte noch kaum aufgearbeitet sind. Die Erleichterung über das glimpfliche und am Ende doch relativ rasche Ende des Krieges ist in Deutschland offenbar immer noch so groß, dass kaum jemand wissen möchte, warum dieser Krieg geführt wurde, welche Folgen er hat und welche Lehren möglicherweise aus ihm zu ziehen sind.

Schwelien stellt wichtige Fragen, ohne sie befriedigend beantworten zu können. Warum forderte Bill Clinton Anfang Oktober 1998 plötzlich ultimativ die Zustimmung Deutschlands zur Androhung von Luftangriffen auf Jugoslawien, obwohl er Gerhard Schröder bei seinem Antrittsbesuch in Washington drei Tage zuvor noch eine Schonfrist mindestens bis zur Wahl des Bundeskanzlers zugesagt hatte? Was hatte es wirklich mit dem Massaker von Racak auf sich, das im

**1999 stürzte seine Partei
über die deutsche Beteiligung
am Kosovokrieg in eine Identitätskrise.
Schafft er es nochmals, seine frustrierten
Weggefährten zu motivieren?**

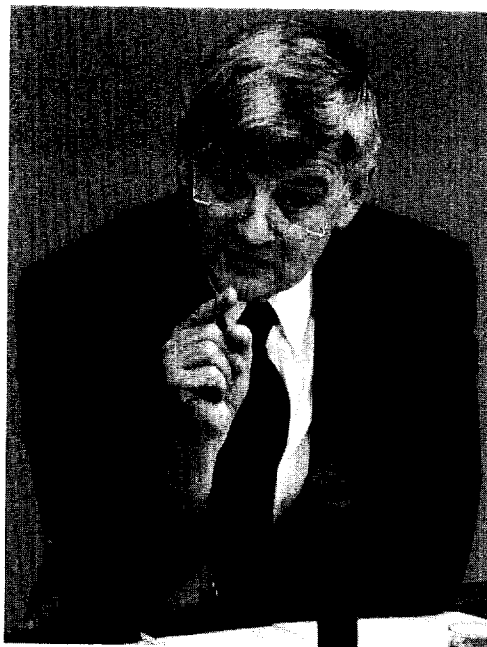


Foto: dpa Berlin

Januar 1999 die Lage eskalieren ließ? Hatte die Konferenz von Rambouillet im Februar nur den Sinn, das Gewissen der Deutschen zu beruhigen? Gab es tatsächlich den berühmten »Hufeisenplan« Milosevics, der die Vertreibung aller Albaner aus dem Kosovo zum Ziel hatte? Und wie ernsthaft waren die NATO-Pläne für einen Bodenkrieg?

Unter Berufung auf Angelika Beer, der verteidigungspolitischen Sprecherin der GRÜNEN, erweckt Schwelien den Eindruck, Fischer habe die deutsche Kriegsbeteiligung auch deshalb in Kauf genommen, weil er nicht auf das Amt des Außenministers verzichten wollte. Als die überraschende Clinton-Forderung Anfang Oktober 1998 – keine zwei Wochen nach der Bundestagswahl – nach Bonn übermittelt wurde, soll Gerhard Schröder zu Fischer gesagt haben: »Entweder du stimmst der amerikanischen Forderung zu, oder du wirst nicht Außenminister.« Für den designierten Kanzler, so viel ist unstrittig, war die Beteiligung Deutschlands am NATO-Einsatz ein »Lackmus-Test der Bündnistreue«. Nach nur 15-minütiger Bedenkzeit habe sich Fischer Schröders Logik gebeugt: »Er wollte lieber Außenminister werden, statt

als jemand in die Geschichte einzugehen, der sich verzweifelt (und womöglich auch verbittert) gegen einen Vorratsbeschluss der NATO gestemmt hat. Ein überzeugter Pazifist sei er ohnehin nie gewesen.«

Ganz besonders entrüstet sich Schwelien darüber, dass Fischer am Beginn des Krieges das Schicksal der vertriebenen Deutschen nach 1945 mit dem der Juden unter Hitler verglichen habe – an einer Stelle rückt er diese Äußerung sogar in die Nähe Jörg Haiders. Bei einem Treffen mit us-Außenministerin Madeleine Albright habe Fischer gesagt, dass »wir beide den aus dem Kosovo vertriebenen Albanern besonders verpflichtet sind, weil wir beide ja selbst Opfer »ethnischer Säuberungen« sind.« Albright ist Tochter einer jüdischen Diplomatenfamilie aus Prag, die erst vor den Nazis und später vor den Kommunisten ins Ausland fliehen musste. Fischers Eltern waren Donauschwaben, die nach 1945 aus Ungarn vertrieben wurden. Schwelien wirft Fischer vor, »ein Tabu gebrochen zu haben: die Judenverfolgung und die Vertreibung der Deutschen in einem Atemzug zu nennen«. Er habe damit die »Dreistigkeit besessen, zwecks Annäherung an die Ameri-

kaner die Einmaligkeit der der Nazi-Verbrechen in Abrede zu stellen«. Madeleine Albright, die zu dieser Empörung vielleicht etwas mehr Recht hätte, scheint diese allerdings keineswegs zu teilen. Zumindest hat sie sich später immer mit höchster Bewunderung über ihren deutschen Amtskollegen geäußert.

Am Ende des Buches hat Schwelien einige der aufschlussreichsten Reden und Zwischenrufe Fischers zusammengestellt, von dem berühmten »Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch« von 1984 gegenüber Richard Stücklen (CSU) bis zur Europa-Rede an der Berliner Humboldt-Universität im Mai dieses Jahres. Ein gelungener Abschluss eines Buches, das zwar leicht und gelegentlich nicht ohne ein gewisses Vergnügen zu lesen ist, am Ende jedoch weit mehr Fragen offen lässt als beantwortet.

Michael Schwelien: Joschka Fischer. Eine Karriere. HOFFMANN & CAMPE VERLAG, Hamburg 2000, 336 Seiten, 16 Seiten Bildteil, 39,90 DM.

JOHANO STRASSER

SPD in der finalen Identitätskrise?

Christian v. Ditfurths
alte Verfallsgeschichten

»Gelernter« Historiker und Germanist, Verlagslektor, Journalist und Buchautor – so steht es auf seiner Homepage im Internet: Christian von Ditfurth, der Bruder der bekannteren Jutta, die das adlige »von« in ihrem Namen gestrichen hat, ist ein vielseitiger, um nicht zu sagen, wendiger Mensch. Bis Mitte der 80er Jahre war er Mitglied der DKP, nach 1989 machte er sich einen Namen, indem er anderer Leute linke Vergangenheit erbarmungslos ans Licht zog: 1991 mit *Blockflöten*, einem Buch über die Blockparteien der soeben erschienenen DDR, 1998 mit *Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS*.

Nun also ist ein Buch über die SPD dran. Und wieder kommt der Autor als Entlarver daher, wieder die *Undercover*-Masche à la Wallraff, wieder Enthüllungen und Insider-Informationen, die keine sind, weil, was v. Ditfurth zu sagen hat, längst überall auf dem Markt gehandelt wird: dass die SPD-Führung vom demokratischen Sozialismus nichts mehr wissen will, dass der Parteivorsitzende und Kanzler Gerhard Schröder keinen Unterschied zwischen linker und rechter Wirtschaftspolitik macht und dass an der Basis der Partei viele der Meinung sind, die SPD solle sich mehr um soziale Gerechtigkeit kümmern.

Nach v. Ditfurth befindet sich also die Schröder-SPD in ihrer finalen Identitätskrise: »In der sozialen Gerechtigkeit versammeln sich gewissermaßen die letzten Spurenelemente der sozialdemokratischen Geschichte: etwas Sozialismus und etwas Demokratie, sozialer Frieden. Das ist nicht gering zu schätzen. Der sich in der Beliebigkeit der Begriffsbestimmungen ankündigende Verzicht auf die Essenz der sozialdemokratischen Geschichte raubt der SPD ihre Identität und damit ihre Lebenskraft. Wenn soziale Gerechtigkeit nicht zeitgemäß sein soll, kann das Willy-Brandt-Haus in Berlin schon mal Kostenvoranschläge von Abrissunternehmen anfordern.«

Dass es in der Parteiführung einige gibt, die den Begriff der Gerechtigkeit am liebsten so umdefinieren möchten, damit auch noch die krassesten Ungleichheiten legitimiert werden könnten, ist nicht zu bestreiten. Absehbar ist aber auch, dass sie damit vermutlich nicht durchkommen werden. Und dass an der Basis über die Führung geschimpft wird, wenn Kommunal- und Landtagswahlen verloren werden, ist ebenso normal wie die Identitätskrise, die der Autor der SPD attestiert: Sie begleitet die Partei praktisch von ihren Anfängen an.

Von Ditfurth tritt im Januar 1998 der SPD bei, besucht einige Ortsvereinsversammlungen und Wahlveranstaltungen und tritt knapp zwei Jahre später, als sein Buch fertig ist, wieder aus. Gelernt hat er, was er immer schon

wusste: dass die SPD, um an die Macht zu kommen und dort zu bleiben, ihre Prinzipien verrät, sich dem Zeitgeist anpasst, Zugeständnisse gegenüber dem Kapital macht. Muss man dazu Parteimitglied werden? »Die SPD war für mich ein Experiment. Ich wollte herausfinden, wie ernsthaft es der Partei ist mit dem Versuch, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander zu verbinden, und ob die Forderung nach Solidarität und sozialer Gerechtigkeit nur ein Lippenbekenntnis ist.«

Für die Antwort, die doch von Anfang an feststeht, braucht der Autor fast dreihundert- und fünfzig Selten, auf denen er die aus den DKP-Broschüren der 70er Jahre bekannte Verfallsgeschichte der Partei von Eduard Bernsteins revisionistischer Ursünde, über die Kriegskredite von 1914 und das Abwürgen der Revolution durch Ebert und Noske bis zu Gerhard Schröder fortschreibt und zwischendurch einige ziemlich belanglose Erlebnisse aus seiner *Undercover*-Zeit in der SPD einflieht.

Am Ende dann die vernichtende Prognose: »Wenn die CDU/CSU aus dem Spendenjammertal steigt und die PDS ihr demokratisch-sozialistisches Profil schärfen kann, werden die Symptome der latenten Krise der Sozialdemokratie wieder zu Tage treten. Das ist nur eine Frage der Zeit. Denn Schröders Modernisierung heißt, die SPD von dem zu befreien, was sozialdemokratisch ist. Bedeutete Godesberg die Anerkennung einer gewachsenen politischen wirtschaftlichen Wirklichkeit unter Beibehaltung der sozialdemokratischen Identität, so bedeutet Schröders Kurs die Aufgabe der sozialdemokratischen Identität zu Gunsten der Unternehmer, als deren geschäftsführender Kanzler Schröder sich sieht.«

Ausgerechnet das Godesberger Programm, das dem Autor noch in den 80er Jahren als Inbegriff sozialdemokratischen Opportunismus galt, wird nun zum Beleg sozialdemokratischer Standhaftigkeit und damit zum Knüppel, mit dem er die Schröder-SPD meint prügeln zu können. Ähnlich ver-

fährt v. Dittfurth mit dem 1990 verabschiedeten Berliner Programm. Auch dies wird nur zitiert, um dem Leser zu zeigen, wie viel schlimmer es seitdem schon wieder geworden ist mit der SPD. Ein einziger unaufhaltsamer Niedergang – bis zur Gegenwart, die dem Autor – wie weiland Fichte – zum »Zeitalter der vollendeten Sündhaftigkeit« gerät.

Dabei enthält das Buch durchaus Richtiges und Bedenkenswertes, auch und gerade in der Kritik am gegenwärtigen Kurs der SPD. Aber man nimmt es dem Autor nicht ab, weil er sich an keiner Stelle des Buches der Frage stellt, wie denn unter den heutigen Bedingungen eine praktische Politik aussehen könnte, die den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet bleibt. In der kürzlich eröffneten Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD steht aber genau diese Frage im Mittelpunkt. Und solange die Partei darüber streitet, ist es allemal verfrüht, ihr zu bescheinigen, sie habe sich aufgegeben.

Christian v. Dittfurth: SPD – eine Partei gibt sich auf, HENSCHEL VERLAG Berlin 2000, 352 Seiten, 48,- DM.

NORBERT SEITZ

Mehr Menschlichkeit gegen Kasse Heinrich Potthoffs Bilanz der Deutschlandpolitik

Seit Brigitte Seebacher-Brandt die Rolle Herbert Wehners in der Deutschland-Politik in Zweifel zog, ist auch unter Brandt-Eleven und Schmidt-Adepten ein kleiner Historikerstreit über die konsequentere Ostpolitik und das Wirken des langjährigen SPD-Fraktionschefs im Gange. Bisheriger Höhepunkt der Auseinandersetzung war der öffentliche Zwist zwischen Egon Bahr und dem Historiker Heinrich Potthoff. Bahr hatte nämlich Wehner wegen seiner intensiven Kontakte zu Honecker des

persönlichen »Verrats« am Friedenskanzler Brandt bezichtigt.

In seiner umfangreichen deutschlandpolitischen Bilanz beurteilt Potthoff Wehners Rolle gnädiger. Er nennt ihn nicht nur einen »Motor und Spiritus Rector« der Regierungen Brandt und Schmidt, sondern bescheinigt ihm sogar »gewisse Ähnlichkeiten mit dem Ansatz, wie er bei Bahr zu erkennen war (...) Beide gingen von einem nationalstaatlich geprägten historischen Deutschland aus, und bei beiden spielte Europa kaum eine Rolle. Europa bzw. die europäische Integration galten expressis verbis oder immanent eher als problematisch gegenüber dem primären nationalen Ziel.«

Vom Mauerbau, dem »zweiten Staatsgründungsakt der DDR«, bis zur deutschen Vereinigung lässt der Autor alle Stationen einer offiziellen und inoffiziellen Deutschlandpolitik Revue passieren, von den ersten Passierscheinverhandlungen des Berliner Senatsdirektors Korber mit dem DDR-Staatssekretär Wendt, über den Grundlagenvertrag der Ära Brandt-Bahr, Schmidt-Wehners deutsch-deutsche Kontaktpflege auf der Honecker-Schiene, dem Milliardenkredit Mitte der 80er Jahre der Strauß-Schalck-Connection bis zu Kohls Triumphzug in den neuen Bundesländern.

Präsident Kennedy gab dem Berliner Regierenden Bürgermeister rasch nach dem Mauerbau zu verstehen, es stünden »keine Schritte zur Verfügung, die eine wesentliche materielle Veränderung« erzwingen könnten. Also notierte der sich im Stich gelassen fühlende Willy Brandt: »Was für die Berliner ein Tag des Entsetzens war, sollte für die westlichen Regierungen objektiv zu einem Datum der Erleichterung werden: Ihre Rechte auf West-Berlin blieben unangetastet, die befürchtete Kriegsgefahr war abgewendet.«

Während zur Adenauer-Zeit das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen als Aliamt zur Pflege von Wiedervereinigungsrhetorik verspottet wurde, galt Deutschland-Politik seit der Ära Brandt als Chefsache.

Am Anfang stand die grundlegende Erkenntnis der Tutzinger Reden von Brandt und Bahr – zwei Jahre nach dem Mauerbau: »Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie.« Folglich war die Voraussetzung für die Wiedervereinigung nicht in Ost-Berlin zu bekommen.

Die sozialliberale Koalition hielt an der nationalen Option fest

Während Franz Josef Strauß die westeuropäische Integration einer nationalstaatlichen Wiedervereinigungslösung vorzog, hielt die Politik der frühen sozial-liberalen Koalition an der nationalen Option fest. »Zwei Staaten auf deutschem Boden, die füreinander nicht Ausland sind«, hieß die neue diplomatische Formel der ersten Regierungserklärung Willy Brandts anno '69, von Richard von Weizsäcker als »fundamentale Weichenstellung« gewürdigt. Auch mit den Grenzverträgen von Moskau und Warschau sei die deutsche Frage – so Potthoff – »politisch, rechtlich und historisch« offen geblieben, nachdem sie 1971 an das Viermächteabkommen über Berlin geknüpft werden konnte.

Aber dennoch durfte von »normalen gutnachbarlichen Beziehungen« nicht die Rede sein, wie sie im Artikel 1 des Grundlagenvertrages angestrebt wurden: Die DDR perfektionierte die Selbstschussanlagen an der Grenze, beschloss eine kompromisslosere Anwendung der Schusswaffen, stockte die Stasi von 1970 bis 1975 um 37 Prozent Personal auf und erhöhte die Mindestumtauschsätze für Tagesbesuche drastisch. Vom folgenreichen Treiben des Günter Guillaume nicht zu reden.

So sei die »Triebkraft der Ost-, Deutschland- und Sicherheitspolitik«, wie sie Bahr vorschwebte, schon vor dem Rücktritt Brandts erlahmt. Wehner hielt nunmehr die Lösung humanitärer Fragen über den Weg diskreter Kontakte zu Honecker für gegeben. Hieraus sollte Bahr seinen »Verrats«-Vorwurf zimmern, den der Autor als »einen gravierenden Irrtum und eine Entstellung wider besseren Wissen« abtut. Trotz aller wohlwol-

lenden Betrachtung will auch Potthoff nicht die »befremdlichen Züge« von Wehners guten Beziehungen zu Honecker verhehlen, ohne freilich nähere Beispiele zu nennen. Sätze wie: »Sein Agieren trug in manchem den Charakter des Konspirativen« bleiben deshalb im Nebel.

Auch wenn sich Kanzler Schmidt sehr persönlich in regelmäßigen Telefongesprächen mit dem SED-Chef um humanitäre Fragen bemühte, wurden die deutsch-deutschen Beziehungen jener Jahre von weiteren Repressalien der kommunistischen Machthaber überschattet: die Ausweisung von Fernsehkorrespondenten, Wolf Biermanns Rauswurf, der Hausarrest für Robert Havemann, der Fall Rudolf Bahro.

Schmidt stieß mit seiner beharrlichen Forderung nach einer Senkung des Reisealters für West-Besucher auf schroffen Widerstand. Währenddessen bestand die DDR gebetsmühlenartig auf ihren vier Forderungen: der Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft, der Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, der Auflösung der zentralen Erfassungsstellen der DDR-Verbrechen in Salzgitter sowie der Festlegung des Grenzverlaufs *auf* der Elbe.

Als sich Ende der 70er Jahre die Großwetterlage durch den NATO-Doppelbeschluss und die Invasion in Afghanistan verschlechterte, geriet die quasi bilaterale deutsch-deutsche Politik in die interne Schusslinie streitender SED-Spitzen. Honecker wurde vorgehalten, »hinter dem Rücken des Politbüros mit der BRD zu konspirieren«. Politbüromitglied Werner Krolikowski leitete Ende 1980 die Notiz nach Moskau weiter: »Mielke sagte zu W.Stoph: E.H. verschaukelt uns und die sowjetischen Freunde«. Ein »prinzipiell klarer Kurs gegenüber der BRD« müsse wieder eingeschlagen werden. Noch strenger äußerte sich Verteidigungsminister Heinz Hoffmann: »Er werde einen Verrat der DDR gegenüber der Sowjetunion niemals mitmachen.« Erst als SOLIDARNOSC 1980 vorübergehend anerkannt

wurde, seien »E.H. die Ereignisse in Polen in die Knochen gefahren« – so Mielke gegenüber Willi Stoph. Danach besann er sich wieder auf eine härtere Linie.

Da Kanzler Schmidt in Polen Ende '81 mit dem Schlimmsten rechnete – einem Einmarsch wie in Prag '68 –, soll er Honecker für ein »Nicht-Miteingreifen der nva am Portepée« gepackt haben: »Dies könne und solle H. auf jeden Fall erreichen.« Doch ebenso wie Kanzler Schmidt bevorzugte auch dessen Nachfolger Helmut Kohl den persönlichen Draht zum Staatsratsvorsitzenden: »Sie sprechen hier mit einem Mann« – so Kohl – »der nichts unternehmen wird, um Sie in eine ungute Lage – ich will es nicht näher interpretieren – in eine ungute Lage zu bringen.«

Der Honecker-Besuch und die Verharmlosung des SED-Staates

In der frühen Ära Kohl war »operative Kontinuität«, aber »deklaratorischer Wandel« angesagt. Die von SPD-Politikern prognostizierte Eiszeit im Ost-West-Verhältnis trat nicht ein. Für Potthoff markiert der Milliardenkredit, der an kein ausdrückliches Junktim geknüpft war, eine »qualitative Veränderung in der Deutschlandpolitik«. Doch immerhin wurden danach Selbstschussanlagen abgebaut. Als die Sowjetunion jenes finanzielle Koppelungsgeschäft aufs Schärfste missbilligte, gab Schalck-Golodkowski zu verstehen, in der Sowjetunion wolle man nicht, dass Honecker nach Bonn komme. Also musste er 1984 seinen ersten Besuch absagen, ein unfreundliche Grußbotschaft des CDU-Hardliners Dregger sollte als Vorwand dienen.

Doch mit dem Amtsantritt Gorbatschows im Frühjahr 1985 begann die letzte deutsch-deutsche Phase. Honeckers Bonn-Besuch wurde im September 1987 nachgeholt. Mit der Anerkennung des Staatsratsvorsitzenden sei auch »das Gespür für das Wesen des SED-Staates und das Leben in einer Diktatur ersichtlich verloren gegangen, der Unrechts-

charakter sei verharmlost worden,« stellt Potthoff kritisch fest. Der Autor unterstreicht den Einwand Timothy Garton Ashs, »ob zu diesem Zeitpunkt nicht eine andere Politik möglich und angemessen gewesen wäre, die innere Reformen wirklich angemahnt, Dissidenten nicht allein gelassen, die Achtung der Menschenrechte stärker akzentuiert und dafür mit dem Lockmittel größerer finanzieller Leistungen der Bundesrepublik gewonnen hätte«.

Doch noch als Gorbatschows Glasnost längst auf der Agenda stand, sollte im Frühjahr 1988 »die umfassendste Verhaftungsaktion seit dem 17. Juni 1953« stattfinden. Mit der Erschießung des jungen Flüchtlings Chris Gueffroy und den gefälschten Kommunalwahlen war das Regime im Frühjahr '89 moralisch restlos erledigt. Aber noch Mitte August 1989 entsandte Oskar Lafontaine seinen Staatssekretär Hans-Peter Weber nach Ost-Berlin, »um Wege zur Eindämmung der Fluchtwelle zu erörtern.« Und Ende 1989 forderte er, »DDR-Bürger nicht mehr als Deutsche in Sinne des Grundgesetzes zu behandeln.« Potthoff rechnet mit »den postnational geprägten Enkeln« ab, denen es erheblich »an Gefühl und Bewusstsein für das Sehnen der Mehrheit der Menschen in der DDR« gemangelt habe.

Der zweite deutsche Staat kollabierte unblutig mit 17 Milliarden Mark Haushaltsdefizit. Ebenso hatte sich auch die gängige Deutschlandpolitik »im Kleinen« erschöpft. Heinrich Potthoff zieht eine brutale Bilanz: Die »klaffende Wunde« namens Mauer, 1378 Kilometer lang, habe 938 Menschenleben gefordert. Zwischen 1963 und 1989 sind 34.000 Häftlinge freigekauft worden. Addiert man die gesonderten Familienzusammenführungen, dann wurden dem SED-Regime von 1964 bis 1990 3,436 Milliarden DM bezahlt.

»Mehr Menschlichkeit gegen Kasse«, das Prinzip der Deutschlandpolitik hatte nur solange eine Berechtigung, wie die SED-Führung zu mehr Entgegenkommen bereit

war, auch wenn häufig mit der minimalistischen Legitimationsformel gearbeitet wurde, schlechte Beziehungen zur DDR seien besser als gar keine.

Heinrich Potthoff hat eine gründliche Studie vorgelegt, die sich auf Archivmaterial des Bundeskanzleramtes, auf Bestände des Politbüros und des Zentralkomitees der SED sowie auf Unterlagen aus dem Helmut Schmidt-Depositem der FES stützt. Das Mitglied der Historischen Kommission der SPD geizt nicht mit Kritik an manch übereifrigem Genossensolo, vor allem im Rahmen jener »neben-gouvernementalen« Ostpolitik in den 80er Jahren. Leider sitzt er zu Beginn seiner Studie noch immer dem platten Antagonismus der Nachkriegs-SPD auf, einen atlantischen Königsweg von Brandt und Erler gegen die kleineuropäischen »Sonderbündeleien« der »Gaullisten« in der Union zu behaupten.

Heinrich Potthoff: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990. PROPYLÄEN VERLAG, Berlin 1999, 441 Seiten, 39,90 DM.

HANS-MARTIN LOHMANN

Zeitschriftenforum: Die schleichende Abdankung der Väter

Vor etwa zwei Jahren waren es *Unsere Mütter*, deren sich das KURSBUCH mehr oder minder liebevoll annahm (Heft 132), jetzt folgen nicht unsere, sondern *Die Väter* (Heft 140), und an dieser kleinen semantischen Differenz bei der Behandlung von »Müttern« und »Vätern« erkennt man bereits auf den ersten Blick, was immer und immer noch der Fall ist: dass uns »unsere« Mütter allemal näher stehen als »die« Väter, zumindest affektiv. Mütter sind etwas Primäres, sozusagen Unvordenkliches, Väter etwas Sekundäres, gleichsam Abgeleitetes.

Je nachdem, aus welchem Blickwinkel man sie betrachtet, steht es um die Sache der Väter mal gut, mal schlecht. Folgt man der

Diagnose Alexander Mitscherlichs aus dem Jahre 1963 (*Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*), so darf es heute gar keine Väter mehr geben, die diesen Namen noch verdienen. Genau diese Meinung vertritt der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann (*Geld, Gott und Gesetz. Das Verschwinden der Vater-Imago*) in seinem KURSBUCH-Beitrag: »Die Rebellion der 68er-Generation gegen ihre Väter war ... nicht nur ein Aufstand gegen die Muffigkeit jener Jahre, sondern auch ein Protest gegen den Entzug wirklicher Vaterschaft. Dieser Protest war dann auch gekennzeichnet durch eine letzte, selbst schon skurrile Evokation einer Vater-Imago: Ho Chi Minh.

Die weibliche Identifizierung der Gesellschaft

In der modernen Gesellschaft hat der Vater seine sozialen Funktionen endgültig verloren. Unter Verhältnissen, in denen der Sohn noch vor Abschluss seiner Schullaufbahn mehr Geld verdienen kann, als der Vater in seinem Leben je gesehen hat, unter Verhältnissen, in denen das Kind besser als der Vater weiß, was in den alles entscheidenden Szenen gerade en vogue ist, in denen es auch selbstredend die sozialen Normen und ihre dazugehörigen Ideologien besser kennt und in denen es, wenn es schon einen Sinn sucht, jeden Guru dem Gott seiner Väter vorzieht, unter Verhältnissen, in denen der Vater sich Hilfe suchend an den Sohn wendet, um den Anschluss an die Informationsgesellschaft nicht zu verlieren, erübrigt sich die Frage, was an Lebensbewältigungskompetenz ein Vater noch weitergeben könnte.«

Was bei Liessmann noch als vergleichsweise kühle sozialpsychologische Bestandsaufnahme – die schlichte Überflüssigkeit der Väter – daherkommt, kondensiert bei dem Tübinger Kulturjournalisten Christian Gampert zum ungebremsen Wutausbruch. Gampert sieht sich und seinesgleichen, eben die Väter, in der Rolle der gnadenlos Gelackmeierten, die das Resultat von dreißig Jahren Frauenbewegung auszubaden haben. Die

Behauptung, wir lebten in einer patriarchalen Gesellschaft, hält er für eine gegenstandslose feministische Ideologie, die von Politikern und Amtsträgern gedankenlos nachgeplappert werde: »Der pater familias existiert nicht mehr. Vielleicht gibt es ihn noch in der Türkei, in Spanien, in Griechenland.

Gamperts Wut konkretisiert sich in einer Fallgeschichte, hinter der offenbar persönliche »Betroffenheit« steckt. Sie erzählt von einem unehelichen Vater, der nichts, und einer ebensolchen Mutter, die alles zu melden hat: »Das Sorgerecht hat die Mutter, basta.« Fast klingt es wie eine Komplott-Theorie, wenn der Autor schreibt, es gebe eine unheilige Allianz von Konservativen, GRÜNEN und SPD-Frauen, die partout das Monopol der unehelichen Mutter retten wollen. »Es ist unübersehbar«, schreibt Gampert, »dass die bundesrepublikanische Gesellschaft weiblich identifiziert ist. Die uneheliche Mutter ist unangreifbar, sie ist die heilige Kuh der deutschen Justiz. Es gibt schlechte Mütter, aber offiziell redet man nicht darüber. Mutter tritt einer Psychosekte bei, die ihr die Trennung vom langjährigen Gefährten nahelegt – und nicht nur die Frau ist weg, sondern auch das Kind. Es ist nämlich nicht verboten, einer Sekte anzugehören. »Eine mißbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge« nach § 1666 BGB war nicht festzustellen. Männer bauen Häuser aus und windeln Babys – wenn Mutter plötzlich nach Afrika ziehen will, lebt das Baby ab jetzt eben anderswo, kann ja nicht schaden. Selbst wenn es blutig wird, ist die öffentliche Meinung immer mit den Armen und Beladenen: Väter, die ihre Kinder (und sich selber) umbringen, sind in der Presse immer Bestien, arme Irre, die die Trennung nicht verkraftet haben. Frauen, die zwar nicht selbst, aber ihre Kinder killen und in Kühltruhen einfrieren, sind dagegen überlastete, verzweifelte Mütter, die sich nicht anders zu helfen wussten. Der verständnisvolle Rummel um die präsumptive Kindsmörderin Monika Böttcher (geschiedene Weimar) spricht für sich.«

Einmal abgesehen davon, dass man den »Rummel«, der um den Fall Weimar gemacht wird, auch ganz anders als der KURSBUCH-Autor interpretieren kann, bleibt doch fraglich, ob man aus unzweifelhaft vorkommenden Absurditäten und Ungerechtigkeiten in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern generelle Schlüsse hinsichtlich des rechtlichen und moralischen Status der Väter in unserer Gesellschaft ziehen kann. *Der entmachtete Vater* (so der Titel des Beitrags von Gampert) mag nicht selten Realität sein. Man darf aber ebenso vermuten, dass dieser partiellen sozialen Entmächtigung der Väter auf der anderen Seite eine Mächtigkeit entspricht, die sich gerade nicht primär an der Väterlichkeit, dafür umso mehr am reinen Faktum der Männlichkeit festmachen lässt. Im übrigen illustriert der Beitrag des Schriftstellers David Chotjewitz (Jg. 1964), dass es auch durchaus erfolgreiche »neue Väter«, eben alleinerziehende Väter, gibt.

Wenn man eine Art Fazit aus diesem *Väter-KURSBUCH* (mit weiteren lesenswerten Beiträgen von Eva Demski, Irene Böhme, Hans Richard Brittnacher und Christiane Grefe) ziehen will, kommt man allerdings zu dem Ergebnis, dass nichts mehr so ist, wie es vor zwei, drei Generationen noch war. Eine gewisse Abdankung der Väter – mit allen negativen Folgeerscheinungen – ist ebenso unübersehbar wie die Tatsache, dass in den pluralen Lebensformen, in welchen Väterlichkeit heute realisiert und gelebt wird, auch humane Chancen liegen.

Reportagen über weltferne Gegenden

In *LETTRE INTERNATIONALE* findet man regelmäßig das, was man in anderen Kulturzeitschriften vergeblich sucht: ausführliche Berichte und Reportagen über Weltgegenden, die uns nicht nur geographisch fernliegen. Das Heft 49 beschäftigt sich in einem Schwerpunkt mit Afrika (*Die Geister Afrikas*), mit jenem vergessenen Kontinent, bei dem wir nur noch müde abwinken, wenn im Fernsehen eine Katastrophenmeldung über ein

Massaker oder eine Hungerepidemie oder Aids kommt. Afrika ist unendlich weit weg, so weit weg wie, beispielsweise, Kambodscha, das angeblich ärmste Land der Welt außerhalb Afrikas. Aber gerade wegen dieser Ferne locken Länder wie Kambodscha westliche Touristen an, die genügend Geld haben, um sich einen exotischen Luxus zu kaufen, der wie ein Paravent dafür sorgt, dass man nichts sieht. In einem Beitrag für *LETTRE* thematisiert der britische Journalist Pico Iyer das Unbehagen, das ihn auf einer Reise durch Kambodscha befiel: »... selten war ich so betroffen wie in dem Grand Hotel, wo jedes Sechs-Dollar-Teegedeck dem Monatseinkommen eines normalen Kambodschaners entspricht (und von den 1.400 Dollar, die ein Besucher in einer der Luxusboutiquen für einen Bademantel ausgibt, könnte ein ganzes Dorf ein Jahr lang leben)... Wer Angkor Wat, den großartigen Mittelpunkt des Khmer-Reiches, besichtigt, ... landet auf einem langen, von Krüppeln gesäumten Damm: Ein Junge grinst ihm von einem kaputten Rollstuhl aus zu, ein Mann mit zwei Beinstümpfen streckt ihm hilfe flehend die Hand entgegen, andere in khakifarbenen Arbeitsanzügen, die wie Gespenster aus *Pol-Pot*-Zeiten aussehen, lächeln über ihren Andenken, und kleine Mädchen mit dem grauen Star in den Augen spielen mit kleinen Affen an einer Leine.«

Iyers Bericht macht anschaulich, was es bedeutet, ein Land zu bereisen, in dem vor einem Vierteljahrhundert routinemäßig Leute hingerichtet wurden, weil sie Brillen trugen, Englisch sprachen oder einfach eine Schule besucht hatten, und in dem es heute noch so viele Landminen gibt, dass auf einen Touristen mehrere Verstümmelte kommen. Gleichwohl glaubt Iyers, es sei besser, Kambodscha zu besuchen, als das Land und seine Menschen sich selber zu überlassen. Es ist wichtig, dass eine Zeitschrift wie *LETTRE INTERNATIONALE* Beiträge wie diesen druckt, weil sie uns dazu zwingen, über unser Verhältnis zu den vergessenen Kontinenten dieser Erde nachzudenken.

Autorinnen und Autoren

Peter Becher, geb. 1952,
habilitiert zurzeit über die Geschichte der
deutschen Literatur Böhmens und Mährens
der Jahre 1938-1945. Lebt in München.

Martin Hielscher, geb. 1962,
Lektor beim Verlag KIEPENHEUER & WITSCH
in Köln.

Hep Krekel, geb. 1957,
ist Leiter der Informationsstelle im europäi-
schen informationszentrum berlin.

Christine Lemke-Matwey, geb. 1962,
ist verantwortliche Musikredakteurin des
TAGESPIEGEL in Berlin.

Hans-Martin Lohmann, geb. 1944,
Publizist, lebt in Heidelberg.

Matthias Machnig, geb. 1960,
Bundesgeschäftsführer beim Parteivor-
stand der SPD.

Martin Pieper, geb. 1957,
ist Kulturredakteur bei ZDF/ARTE.

Joachim Riecker, geb. 1963,
ist Parlamentsjournalist der MÄRKISCHEN
ALLGEMEINEN in Berlin.

Wolfgang Schirmacher, geb. 1947,
Technikphilosoph, lebt in New York und ist
Dekan des Fachbereichs für Medien und
Kommunikation an der EUROPEAN GRA-
DUATE SCHOOL.

Michael Schmidt, geb. 1957,
ist Musikredakteur beim BAYRISCHEN
RUNDFUNK und FES-Vertrauensdozent.

Thema des Dezember-Heftes: **Hochschulen**

mit Texten von Bundesministerin Edelgard Bulmahn, Peter Glotz,
Kultusminister Jürgen Zöllner, Klaus Faber u.a.

Außerdem weitere Texte zur Programmdebatte und ein Gespräch mit
dem Bevölkerungswissenschaftler Prof. Rainer Münz.



Foto: David Ausserhofer/JOKER

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)
Elke Schubert (Berliner Facetten)
Michael Schmidt (Mitarbeit am Thema)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer*
Münz, Hans-Joachim Schabedoth, Burkhard
Reichert, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina
Stadlmayer und Johano Strasser

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,*
Gottfried Erb, Iring Fetscher,
Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen,
Norbert Greinacher, Tomas Kosta,
Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,
Susanne Müller, Siegmars Mosdorf,
Peter von Oertzen, Richard Schröder,
Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel

Anschrift der Redaktion *c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin*
Hiroshimastraße 17 10785 Berlin
Telefon 030 / 26 93 58 18-21
Telefax 030 / 26 93 58 55

Verlag und Anzeigenverwaltung *Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH*
In der Raste 2 53129 Bonn
Telefon 02 28 / 23 80 83
Telefax 02 28 / 23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Margret Reichert

Umschlag- und Innenkonzept
Groothuis + Malsy, Bremen

Satz und Lithografie: *Dr. Mänken GmbH, Bonn*

Druck und Verarbeitung: *satz + druck gmbh, Düsseldorf*

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus;
Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus;
Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.